

31 août 2023 (NZZ)

[Meldestellen wie das Berliner Register schaffen ein Klima der Verdächtigung \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/meldestellen-wie-das-berliner-register-schaffen-ein-klima-der-verdaechtigung-nzz.ch)

## Meldestellen im ganzen Land erzeugen ein Klima der Verdächtigung – zum Beispiel das «Berliner Register»

In der deutschen Hauptstadt wird Buch geführt über missliebige Äusserungen von Bürgern. Selbst wenn diese erlaubt sind, kommen sie auf die Liste. Die Aktion läuft steuerfinanziert und ohne Rechtsgrundlage.

Fatima Keilani, Berlin

31.08.2023, 05.30 Uhr 5 min



Maidemonstration in Berlin: Der Begriff «Nazi» kommt manchem Berliner leicht über die Lippen. AP

Wer sich rächen will, eine Intrige spinnen, einem Kollegen schaden, der hat in Deutschland leichtes Spiel. Im ganzen Land entstehen «Meldestellen» für Vorfälle aller Art. Objektivierbare Kriterien gibt es dabei nicht.

Problematisch erscheint nicht so sehr, was gemeldet wird, sondern dass es diese Portale überhaupt gibt. Denn die gemeldeten Vorfälle bewegen sich unterhalb der Strafbarkeitsgrenze und sind damit ganz überwiegend vom Recht auf Meinungsfreiheit erfasst.

Ein Vorreiter des Ganzen ist das «Berliner Register». Die deutsche Hauptstadt besteht aus zwölf Bezirken, von denen inzwischen jeder ein «Register» hat, also eine bezirkseigene Meldestelle. «Zum Netzwerk der Berliner Register gehören weitere Community-basierte Dokumentationsstellen und über 230 Anlaufstellen», heisst es auf deren Website. 230 – eine stattliche Zahl. Die Schwelle ist niedrig, denn Vorfälle können ganz leicht online gemeldet werden.

### Erlaubte Äusserungen werden «dokumentiert»

Die Zahl wiederum ist dynamisch, denn jeder kann Meldestelle werden: «Du machst in Deinem Umfeld bekannt, dass Du Anlaufstelle bist», lautet eine der Instruktionen auf der Website für Personen, die selbst zur Meldestelle werden wollen. Eine erkennbare Rechtsgrundlage gibt es nicht, obwohl das Register steuerfinanziert ist.

Auf der Website steht auch, was gemeldet wird: «In die Dokumentation der Berliner Register fliessen Vorfälle ein, die Bürger\*innen im Alltag beobachten oder selbst erleben. Bei den Vorfällen handelt es

sich um Aktivitäten der extremen Rechten, um rassistische Vorfälle im Alltag und Diskriminierung an verschiedenen Orten. Im Gegensatz zur Kriminalitätsstatistik der Polizei beziehen die Register auch Vorfälle in die Dokumentation ein, die keine Straftaten sind oder die nicht angezeigt wurden.» Letztlich bedeutet das: Bürger denunzieren Bürger.

Ein Aufkleber mit der Aufschrift «Es gibt nur zwei Geschlechter» würde in der Logik des Registers als rechtsextrem eingestuft, wie eine leitende Mitarbeiterin bestätigt. Allerdings nicht in jedem Fall: «Wir schauen, von wem der Aufkleber stammt, und wenn er von der AfD ist, dann nehmen wir ihn auf.» Man könne ja im Parteiprogramm nachlesen, was die Partei wolle.

## «Aus Meinung wird irgendwann Verhalten»

Das erscheint problematisch – ein Verhalten ist im Recht entweder vorwerfbar oder nicht, ohne Ansehen der Person (mit wenigen Ausnahmen). Um Strafbarkeit geht es dem Register auch nicht. «Es geht eher darum, ein gesellschaftliches Klima zu beschreiben, denn aus Meinung wird irgendwann Verhalten», sagt die Mitarbeiterin.

Es geht also darum, eine zivilgesellschaftliche Grauzone des Verdachts und der Prä-Strafbarkeit zu schaffen. Dass man den Rechtsstaat dabei untergräbt, scheint egal. Dabei ist es eigentlich ganz einfach: Unterhalb der Strafbarkeit sind unwillkommene Äusserungen anderer Menschen womöglich lästig, aber erlaubt. Oberhalb ist die zuständige Meldestelle die Polizei.

An der Zahl der «Vorfälle» wird durchaus getrickst. Das gibt die Verwaltung offen zu. In einem Brief aus der Berliner Sozialverwaltung, der der NZZ vorliegt, bestätigt der zuständige Sachbearbeiter, dass er es völlig in Ordnung findet, wenn derselbe «transfeindliche» Aufkleber, der von fünf Personen gemeldet wird, als fünf transfeindliche Vorfälle gezählt wird.

## Es gibt viele Wahrheiten, also keine

Um es zu verdeutlichen: Gäbe es einen körperlichen Angriff mit fünf Zeugen, und diese fünf Zeugen meldeten unabhängig voneinander den Angriff dem Berliner Register, dann gingen diese Meldungen als fünf körperliche Angriffe in die offizielle Statistik des Berliner Registers ein, obwohl es faktisch nur ein Angriff war. Manche Darstellungen sind in der Sache falsch oder zumindest Ansichtssache.

Die Berliner Musikerin Wiebke Hoogklimmer ist eher zufällig darauf gestossen. Sie beobachtete im Juni die lesbische 25-Personen-Demo «Real Dyke March», ohne daran teilzunehmen. «Als in der Presse die Statistik dieses Registers veröffentlicht wurde mit der Aussage, dass Transfeindlichkeit angestiegen sei, schaute ich mir aus Interesse die Vorfalls-Chronik an und war überrascht, dort faktisch falsche Angaben zu finden», sagte Hoogklimmer der NZZ.

«Da ich bei manchen der gemeldeten Ereignisse Augenzeugin war, schrieb ich der Projektleiterin mit der Bitte um Stellungnahme. Ich erhielt bis jetzt keine Antwort. Die falschen Meldungen wurden auch nicht gelöscht.» Die verzeichneten transfeindlichen Übergriffe habe es nicht gegeben.

## «Menschen lügen»

«Es gibt Menschen, die sich bei uns melden, die lügen», antwortet die Leiterin der Koordinierungsstelle, Kati Becker, auf Anfrage der NZZ. Sie habe die Mail der Zeugin erhalten, deren Inhalt sei jedoch unwahr. Bestimmt sei die Zeugin der transfeindlichen Frauenbewegung zuzuordnen. Hoogklimmer weist das zurück. Sei's drum – da es keine objektivierbaren Kriterien gibt, hat ohnehin jeder seine eigene Wahrheit. Was der eine transfeindlich findet, nimmt der andere kaum wahr.

«Als Bürgerin eines Rechtsstaates sehe ich diese Meldeportale, die ja bundesweit ausgebaut werden sollen, ohnehin kritisch», schrieb die 63-jährige Hoogklimmer in einem Brief an die Berliner Justizsenatorin Felor Badenberg. «Wenn ich als Bürgerin allerdings nicht einmal darauf vertrauen kann, dass diese Meldeportale nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten geführt werden, finde ich es mehr als bedenklich.» Antwort erhielt sie stattdessen vom oben erwähnten Sachbearbeiter.

Wenn über jemanden etwas Unwahres als Vorfall gemeldet wird, so ist der Grat zur Strafbarkeit schmal – hier kommen üble Nachrede und Verleumdung in Betracht. Anfangs enthielt das Berliner Register sogar noch Namen der angeprangerten Personen, [etwa im Falle der Biologin Marie-Luise Vollbrecht](#). Der Berliner Molekularbiologe Carsten Grötzingler erstellte im April einen längeren Twitter-Thread dazu. Inzwischen wurde der Name von Vollbrecht entfernt. Die Schaffung des Berliner Registers begann schon 2006, seither ist das Meldewesen immer weiter ausgeföhrt. Der Bund versieht es zudem mit immer neuen Grundlagen. Im Bundestag wurde im März lebhaft über das Demokratiefördergesetz diskutiert, das auf Betreiben der Grünen kommen soll. Man nimmt dort an, dieses Gesetz stärke die Demokratie.

Der Unionspolitiker Christoph de Vries geht vom Gegenteil aus. «Ein staatlich finanzierter Pranger, mit dem demokratische Meinungen innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft angeprangert werden, ist nicht fortschrittlich, sondern totalitär und illiberal und hat auch nichts mit Vielfalt zu tun», sagte er in der Bundestagsdebatte. «Wir brauchen keine Petz-Portale wie das Berliner Register, bei denen von der Meinungsfreiheit gedeckte, aber politisch missliebige Äusserungen angeprangert und diffamiert werden können», sagte er der NZZ.

Die Zahl der Meldungen hänge vom «Grad der Sensibilisierung» ab, heisst es auf der Website des Berliner Registers. Das erscheint schlüssig. Je höher die Sensibilisierung, desto mehr Vorfälle und desto grösser natürlich der Bedarf für mehr Meldestellen. Diese werden dann «dokumentieren», wie diskriminierend und ausgrenzend die Gesellschaft ist, und dementsprechend braucht es mehr Beauftragte, um dies zu bekämpfen. [Das alles greift nahtlos ineinander mit den Bestrebungen der Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes, Ferda Ataman, die für ein Verbandsklagerecht diskriminierter Gruppen eintritt](#). So könnten Vereine die Rechte der von ihnen Vertretenen vor Gericht durchsetzen.

Das Demokratiefördergesetz ist nicht die einzige Regelung, die zur Denunziation einlädt. Bereits in Kraft getreten ist das Hinweisgeberschutzgesetz, das es Whistleblowern ermöglichen soll, auf Missstände in der Arbeitswelt aufmerksam zu machen, ohne dafür Nachteile befürchten zu müssen. Nur dass Deutschland bei der Umsetzung einer entsprechenden EU-Richtlinie über das Ziel hinausgeschossen ist und ein Monstrum erschaffen hat, das zur Denunziation einlädt. Über 100 000 Meldestellen bei Arbeitgebern werden derzeit dafür aufgebaut.

31 août 2023 (NZZ)

[Frankophilie: Die Franzosen zu mögen: in Deutschland ein aussterbendes Phänomen \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/frankophilie-die-franzosen-zu-moegen-in-deutschland-ein-aussterbendes-phaenomen-1.1611111)

## Paris sei schmutzig, der Service an der Côte d'Azur schlecht und die Franzosen seien generell unfreundlich. Frankophilie ist ein aussterbendes Phänomen

Die Faszination der deutsch-französischen Freundschaft hat sich erschöpft.

Alexander Pschera

31.08.2023, 05.30 Uhr 5 min



Das deutsch-französische Verhältnis stellt den zentralen Ankerpunkt europäischer Kultur und Politik dar. Der Eiffelturm im Frühling (2018).

Charles Platiau / Reuters

Lunéville – das war das erste französische Wort, das ich lernte. Ich muss damals sechs oder sieben Jahre alt gewesen sein. Lunéville, eine Gemeinde im Département Meurthe-et-Moselle, war die Partnerstadt von Schwetzingen, wo wir lebten. Meine Eltern waren begeisterte Tennisspieler. Jedes Jahr wurde ein Turnier zwischen dem Schwetzinger Tennisklub und dem aus Lunéville ausgetragen, einmal hier, einmal dort.

Meine Eltern erzählten von diesen Ausflügen über die nicht weit entfernte Grenze. Es hörte sich für mich immer so an, als hätten sie eine Expedition in ein exotisches Land unternommen. In ein Land, in dem die Menschen völlig anders lebten und dachten als bei uns. Dieses Gefühl, nicht nur eine geografische, sondern auch eine zutiefst lebensphilosophische Grenze zu überschreiten, hat sich festgesetzt.

Die Grenze zu Frankreich ist für mich zu einer beständigen Demarkationslinie geworden zwischen der Welt des Pragmatismus, der Hässlichkeit und der Bürokratie einerseits und der Welt der Freiheit, der Schönheit und des Laisser-aller andererseits. Diesen emotionalen Aggregatzustand nennt man Frankophilie.

## Kein Schund, sondern Kunst

Früher war sie in Deutschland weit verbreitet. Dazu trugen die Städtepartnerschaften bei. Die erste war die zwischen Ludwigsburg und Montbéliard im Jahr 1950. Heute gibt es rund 2300 solcher «jumelages». Organisationen wie das seit 1963 aktive Deutsch-Französische Jugendwerk verstärkten den Austausch zwischen den beiden Ländern, die spätestens seit dem Pfälzischen Erbfolgekrieg (1688–1697) eine früher einmal sogar als «Erbfeindschaft» bezeichnete kriegerische Beziehung

pflegten. Nach dem Zweiten Weltkrieg erbte man dann zum Glück nicht mehr den Hass auf den Nachbarn jenseits des Rheins, sondern die Liebe zu seiner Lebensart und Kultur.

Keine deutsche Küche, die etwas auf sich hielt, verzichtete auf ein Bocuse-Kochbuch. Im Vinylregal reihte sich Georges Moustaki an Georges Brassens, Jacques Brel an Léo Ferré. Wenn im lokalen Kino ein neuer Film von Truffaut, Rohmer oder Godard lief, musste man erbittert um Karten kämpfen. Die kulturelle Avantgarde pilgerte in die Pariser Vorstädte zu Patrice Chéreau's [Théâtre des Amandiers](#) oder Ariane Mnouchkine's [Cartoucherie de Vincennes](#).

In den Ferien erkundete man nicht mehr die Costa Brava oder die italienische Adriaküste, sondern die Côte d'Azur, die Bretagne oder die Kulturlandschaft des Burgund. Und auch «Asterix» gelang etwas Erstaunliches: Die Comic-Buchreihe überzeugte selbst hartgesottene, kulturbeflissene und humorlose Oberstudienräte davon, dass gezeichnete Geschichten, oder eben «bandes dessinées», keinen Schund, sondern eine eigene Kunstform darstellten.

## Ausweg aus der sinnentleerten Existenz

Frankreich und seine Kultur boten einen Ausweg aus der sich nach dem Krieg öffnenden, von der liberalen Marktwirtschaft hervorgebrachten Antinomie von Arbeit und Freizeit und der daraus entstehenden Sinnentleerung der eigenen Existenz. Die Anziehungskraft des französischen Lebensgefühls war für die Deutschen, die ihren von Routinen erschöpften Alltag daheim durch oberflächlichen amerikanischen Komfort erträglich zu machen suchten, enorm.

In Italien oder Spanien konnte man sich von den Strapazen des Alltags zwar erholen. Frankreich aber bot mehr. Frankreich konnte das Leben bis in seine kleinsten Atome erklären und sinnlich erlebbar machen. Frankreich zeigte, was es bedeutet, das Leben nicht nur zu erdulden, sondern ganzheitlich zu erleben, grundsätzlich zu begreifen, existenziell zu bejahen. «Je t'aime» bedeutet eben mehr als «Ich liebe dich».

Jacques Brel's mit der Tragik eines bevorstehenden Weltuntergangs gesungenes, geseufztes «Ne me quitte pas» reformulierte die Ansprüche des Individuums und sein Recht auf Glück. Und das in einer Weise, die die nüchterne, verbürgerlichte Paarphilosophie der deutschen 1970er Jahre bis in ihre Grundfesten erschütterte. Frankreich-Ferien stellten die eigene Biografie auf die Probe und vielleicht sogar infrage. Frankreich-Ferien waren keine Ferien, sondern eine Reise ins Ich. Und auch eine ins Du.

Man sollte meinen, dass sich an diesen Grundlagen bis heute wenig geändert hat, ja dass sich dieser Konflikt in Zeiten von Burnout, sozialer Vereinsamung und digitaler Entfremdung weiter verschärft hat. Dem sich unter zentrifugaler Maximalbeschleunigung selbst entleerenden Leben einen Sinn, eine existenzielle Verwurzelung zu geben, erscheint als vordringliche Aufgabe der Gegenwart. Daher könnte man annehmen, dass die Frankophilie sich als Vademecum für ein gelungenes Leben in die jungen Generationen vererbt hat. Doch Frankophilie ist ein aussterbendes Phänomen.

## Erschöpfte Freundschaft

Heute wählen rund 15 Prozent der Kinder an den Schulen Französisch als Fremdsprache. Das ist der niedrigste Wert in Deutschland seit dreissig Jahren. In einem Ranking der beliebtesten Reiseziele der Deutschen in den Jahren 2018 bis 2021 steht Frankreich nur an achtzehnter Stelle – hinter der Türkei, Skandinavien und Luxemburg.

Die meisten, fast ein Drittel, aller deutschen Städtefreundschaften sind zwar nach wie vor mit Frankreich geknüpft. In den späten achtziger und frühen neunziger Jahren entstanden daneben auch viele Partnerschaften mit ostdeutschen oder osteuropäischen Städten. Man pflegt jetzt multilaterale Beziehungen. Die Faszination der deutsch-französischen Freundschaft, ein früher Motor des europäischen Einigungsprozesses, hat sich wohl erschöpft.

Und schliesslich: Wer in diesen Wochen ins Kino geht und sich den anstrengenden, aber lohnenden Film «Les Amandiers» von Valeria Bruni Tedeschi ansieht, der von Patrice Chéreau's Zeit am Théâtre des Amandiers erzählt, der wird ihn vielleicht gar nicht im Kinoprogramm finden, weil er unter dem deutschen Verleihtitel «Forever Young» läuft. Sollte er ihn dennoch aufgespürt haben, wird er allein im Kino sitzen (so in der Nähe von München geschehen).

Frankreich scheint nicht nur uninteressant, sondern gar suspekt geworden zu sein. Spricht man mit potenziellen Frankreich-Touristen, so hört man, Paris sei schmutzig, Marseille gefährlich, der Service an der Côte d'Azur schlecht, und die Franzosen seien generell ein unfreundliches und unerfreuliches Volk.

Und die kulinarische Reise ins Elsass oder ins Burgund? Wer unschuldige Frösche züchtet, um ihre dünnen Schenkel zu frittieren, Gänsehäse stopft, um dann die Leber in Dosen zu verpacken, wer auf Schnecken herumkaut, die die Konsistenz eines abgenutzten Kaugummis haben, der darf sich nicht wundern, dass er in Zeiten von Sushi und Sojamilch ins gastronomische Abseits gerät.

## Zentraler Ankerpunkt der Kultur

Ist es wirklich so schlimm, wenn die Deutschen für Frankreichs Geist und Frankreichs Sinne nicht mehr empfänglich sind? Ja. Denn Frankophilie ist nicht nur eine Vorschule für den Umgang mit einer fremden Kultur, die den eigenen Blick erweitert. Das deutsch-französische Verhältnis stellt darüber hinaus seit Karl dem Grossen (oder, wie die Franzosen sagen: Charlemagne) den zentralen Ankerpunkt europäischer Kultur und Politik dar, um den sich dann in konzentrischen Kreisen immer weitere Schichten angelagert haben.

Ein geeintes und einiges Europa ohne eine vitale deutsche-französische Beziehung ist undenkbar. Daran hat sich seit Adenauer und de Gaulle nichts geändert. Das gilt in ökonomischer – immerhin sind Deutschland und Frankreich die beiden grössten europäischen Volkswirtschaften –, aber in besonderem Masse auch in lebensphilosophischer Hinsicht. Freiheit ist das grösste Gut des Menschen. Frankreich ist das Heimatland der Freiheit.

Daran sollten sich vor allem jene orientieren, die allenthalben über die überbordende Verbotspolitik der gegenwärtigen deutschen Regierung schimpfen und ihrem Unbehagen mit typisch deutscher Spiessigkeit zu Leibe rücken. Ich würde diesen Menschen raten, eine echte Gauloise zu rauchen, natürlich eine ohne Filter. Beim zweiten oder dritten Zug stellt sich dann vielleicht eine Gewissheit ein, der selbst ihre Verunglimpfung als Werbeslogan nichts anhaben konnte: Liberté. Toujours.

Alexander Pschera ist ein deutscher Autor, Publizist und Übersetzer.

31 août 2023 (NZZ)

[Was zählt mehr: Kompetenz oder Solidarität? \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

GASTKOMMENTAR

## Was zählt mehr: Kompetenz oder Solidarität? – Die demokratische Gesellschaft lebt in einem Zwiespalt, den sie immer weniger zu gestalten versteht

Grösstmögliche Gerechtigkeit und Chancengleichheit sollen herrschen, und zugleich muss der Staat Sicherheit garantieren. Demokratien sehen sich mit Anliegen konfrontiert, die sich widersprechen. Das beginnt der Politik über den Kopf zu wachsen.

Manfred Schneider 116 Kommentare 31.08.2023, 05.30 Uhr 6 min



### Wohlgeordnete Verhältnisse unter einem «Steuermann». Karl Friedrich Schinkels «Griechenlands Blüte» (Ausschnitt), 1825.

Alte Nationalgalerie Berlin

Vor wenigen Wochen kippte der amerikanische Supreme Court das Aufnahmeverfahren an amerikanischen Universitäten, die sogenannte Affirmative Action. Aus grundrechtlichen Erwägungen heraus wurde den Hochschulen untersagt, Afroamerikanern, Hispanics und anderen Personen wegen ihrer ungünstigeren sozialen Ausgangsbedingungen einen Vorteil zu verschaffen und ihnen den akademischen Zugang zu höheren Karrieren zu erleichtern.

Damit gerieten zwei Prinzipien der aufgeklärten Gesellschaften miteinander in Widerstreit. In der Sprache der Französischen Revolution heissen sie «égalité» und «fraternité», also Gleichheit und Brüderlichkeit oder moderner «Familiarität». Denn wenn beim Zugang zu den Colleges alle Bewerber nach dem Grundsatz der Gleichheit behandelt würden, dann wäre das fair, aber es schränkte die Bemühung um gerechte Fürsorge für Benachteiligte ein. Die Anweisung zur «brüderlichen» Solidarität fordert, sozial oder ökonomisch weniger Begünstigten im Wettstreit der «Gleichen» bessere Startchancen einzuräumen. Das hat die Affirmative Action über Jahrzehnte hinweg versucht.

### Und die Sicherheit?

In ihrer grundsätzlichen Form ist die Idee einer «familiären Solidarität» gewiss nicht strittig. Mit der «fraternité» erlangte die antike stoische Vorstellung von einer Menschen- und Nationenfamilie bei modernen Staatsgründungen neue normative Qualität. Aber ihre Umsetzung kommt nicht nur mit dem Grundsatz der Gleichheit in Konflikt, sondern auch mit einer weiteren Aufgabe des Staates: der Gewährleistung von Sicherheit.

Sollten auch bei höchst sicherheitsrelevanten Berufen im Sinne der Affirmative Action Gerechtigkeit und Gleichheit die Auswahl bestimmen? Sollte etwa bei der Zulassung zur Pilotenlaufbahn oder zur Steuerung von Kernkraftwerken auch Rücksicht auf soziale Herkunft, Geschlecht und mögliche Behinderung genommen werden?

Den politischen Entscheidungsträgern souffliert ein Heer von eigens eingekauften Beratern, was am besten zu tun sei. Doch die sind für die Folgen ihrer Ratschläge nicht verantwortlich.

Der Konflikt zwischen Gerechtigkeit, Gleichheit und Sicherheit ist nicht neu. In einer sehr traditionellen Bildlichkeit, die die staatstheoretischen Schriften der Antike nutzten, hiess der Staatsmann griechisch «kybernes» und lateinisch «gubernator», nämlich Steuermann. So machte man sich das Führungsamt als Navigation durch die Zufälle, Schicksale, Stürme der Zeiten anschaulich.

Wer aber ist der Beste für diese wichtige Aufgabe? Platon fand Argumente dafür, dass Philosophen ans Steuer des Staatsschiffs gestellt werden sollten. Auch mit Rücksicht auf die zweite Leitidee seines Idealstaates, die Gerechtigkeit, schien ihm der Philosoph perfekt ausgebildet, um für steuernde Ordnung und Sicherheit zu sorgen.

Der «kybernes» sollte aus einer Gruppe von besonders befähigten Männern und Frauen gewählt werden, die Platon «Wächter» nannte. Diese «Wächter» waren gebildete Bürger, Ratgeber und Soldaten. Und damit war bereits in den alten platonischen Papieren das Problem bedacht, das die Gegenwart noch viel dringlicher beschäftigt: Soll der Steuermann in Politik und Wirtschaft, der «kybernes» oder die Gubernatorin, nach Prinzipien der Tüchtigkeit oder nach solchen der ausgleichenden Gerechtigkeit berufen werden?

Unlängst erschien in der amerikanischen Zeitschrift «Palladium» ein Artikel des Fondsmanagers Harold Robertson, der beklagt, dass die in den USA geltenden Gerechtigkeitsregeln der «diversity», der «equity» und der «inclusion» bei der Auswahl neuer Mitarbeiter für Staat und Industrie einen dramatischen Verlust an Qualität, Kompetenz und Sicherheit zur Folge gehabt hätten.

Robertson sieht einen Zusammenhang zwischen zahlreichen Katastrophen in den USA während der letzten Jahre sowie dem Niedergang an intellektueller, technischer und wissenschaftlicher Kompetenz durch das Gerechtigkeitsprinzip «diversity»: So seien im Jahr 2017 innerhalb weniger Wochen drei amerikanische Kriegsschiffe miteinander kollidiert; ein Jahr später hätten defekte Stromleitungen des Unternehmens PG&E einen für 85 Personen tödlichen Flächenbrand ausgelöst. Robertson meint auch, dass die «institutionelle Kultur» beim Flugzeugbauer Boeing für die beiden Abstürze der 737 Max in Indonesien und Äthiopien im Jahr 2019 mitverantwortlich gewesen sei.

## Kybernetisches Dilemma

Robertson weist allerdings nicht nach, dass die an diesen Unglücksfällen Beteiligten auch durch «diversity»-Programme bevorzugt oder über niedrigschwellige Ausbildungsstandards in die kritischen Positionen gelangt waren. Vermutlich lässt sich derlei auch gar nicht eindeutig nachweisen.

Zwar zeigen Robertsons Überlegungen deutliche ideologische Schlagseite, dennoch bleiben sie bedenkenswert. Denn er zeichnet in einem ausführlichen Rückblick nach, wie die Spitzenpositionen in der amerikanischen Wirtschaft und Verwaltung nicht mehr nach anspruchsvollen Leistungskriterien, sondern über Quotierungen gemäss der Regel der «diversity» besetzt werden. Tatsächlich wirbt Microsoft für sich damit, dass das Unternehmen streng auf «racial equity» achte und dass es «in den USA die Anzahl der schwarzen, afroamerikanischen sowie hispanischen und lateinamerikanischen Manager, leitenden Angestellten und Führungskräfte verdoppelt hat».

Was also eine deutliche Bemühung um mehr Brüderlichkeit anzeigt, ist nun im Auge von Robertson eine Gefahr für die Gefahren-Navigation, die einst Platon dem Philosophen als bestem Wächter übertragen wollte. Das alte Wort «kybernes» verweist auch darauf, dass die hypermoderne, technisch überaus komplexe Gegenwart und Zukunft auf der Seite der Regelung, Sicherung und Steuerung extrem gut ausgebildete Leute benötigt oder, um es in Begriffen der «Familiarität» zu sagen: nur die allerbesten «Brüder und Schwestern».

In Deutschland und anderen europäischen Ländern mit ihren Beamtenheeren ist die Lage anders. Hier lässt sich die Frage stellen, ob etwa bei der desaströsen Planung und Regelung grosser Bauvorhaben nicht ähnliche Ursachen mit im Spiele sind. Man denke an den Berliner Flughafen, die Elbphilharmonie oder, um das bedrückendste Beispiel zu nennen, an das Management der Deutschen Bahn. Dabei wird das strukturelle Problem sichtbar, dass es die Gesellschaft mit einer stetigen Zunahme an Komplexität zu tun hat; zugleich aber verfängt sie sich in der Lebenslüge, dass sich mit der Evolution von Technik und Wissenschaft das Leben aller vereinfachen und erleichtern werde. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall.

Damit tritt ein drittes Problem in den Blick: In der Politik wie in der Wirtschaft ist der «kybernes», mag er noch so befähigt sein, nicht mehr allein in der Lage, die schwierigen Probleme, die er lösen soll, in allen moralischen, ökonomischen und technischen Dimensionen zu verstehen und zu entscheiden. Die neue deutsche Bundesregierung hat nicht nur 1700 frische Beamte eingestellt, sondern unterhält daneben 25 Beratungskommissionen. Überdies souffliert ihr ein Heer von eigens eingekauften Beratern, was am besten zu tun sei.

Aber bekanntlich sind diese Berater für die Folgen ihrer Ratschläge nicht verantwortlich. Mit den Beraterarmeen wirken Leute an politischen Entscheidungen mit, deren Ausbildung und Kompetenz dem öffentlichen Urteil nicht zugänglich sind. Sie sind unsichtbar. Die Bundesregierung gab zwischen 2017 und 2021 eine Milliarde Euro für externe Beratung aus; im Jahr 2022 schloss sie bereits Verträge in Höhe von knapp 600 Millionen Euro ab. Das macht nur die Dimension dieses kybernetischen Dilemmas sichtbar.

## Gleichsam aus dem Nichts

Vielleicht ist auch hier eine historische Erinnerung hilfreich. Im Verständnis der antiken politischen Theorie sind das Beraten und das politische Handeln das Gleiche. Das römische Amt des Konsuls leitet sich von «consulere» («sich beraten») her. Der Konsul war oberster Ratgeber. Selbst die antiken Götter und Göttinnen hiessen «Ratgeber», und nicht zuletzt der «kybernes» des Götterhimmels, Jupiter, trug den Beinamen «consulus». In der Sprache der Rhetorik hiessen die göttlichen und irdischen Führungsämter «suasoria», nämlich «Zuraten» und «Abraten».

Das hat sich anscheinend bis auf den heutigen Tag bewährt, oder es hat noch niemand erkannt, dass es sich nicht bewährt hat. Denn schauen wir herum, dann obliegt die staatliche Ordnung zwar keinen Geheimräten, Kommerzialräten oder Hofräten mehr; jetzt wird die Verwaltung von Regierungsräten, Gerichtsräten, Stadträten (aller Geschlechter) getragen.

Doch während sich die staatliche Administration zum grossen Teil aus beamteten Ratgebern rekrutiert und damit, ähnlich wie bei Platons Wächtern, die Karrieren von egalitär oder brüderlich Ausgewählten hin zu den Entscheidern sichtbar macht, kommen in der neueren Zeit die zahlreichen externen Ratgeber gleichsam aus dem Nichts. Sie sind privat, verantwortungsfrei und nicht zuletzt materiell privilegiert.

Dies führt zurück zum Widerstreit von Gleichheit und Brüderlichkeit: Offenbar bildet sich am Rande der staatlichen und industriellen Systeme, vielleicht darf man sogar sagen: parasitär, eine durch keine (egalitäre oder brüderliche) normative Kontrolle und durch keine Prüfungen getestete Beraterklasse. Das schliesst keineswegs aus, dass es auch ausgezeichnet qualifizierte Berater gibt, aber wir wissen es nicht.

Gewiss lässt sich nicht definitiv feststellen, ob ein solcher Zusammenhang zwischen den Desastern bei staatlichen Grossprojekten einerseits und einer geschwächten Kompetenz in den von Beratern bevölkerten Behörden andererseits besteht. Aber die essigfliegenartige Vermehrung von Beamten und Beratern in den Regierungen gibt zu erkennen, dass die Verwaltung und kybernetische Steuerung der modernen Welt nicht einfacher, sondern komplexer wird. Daher dürften bei der Ausbildung und Auswahl der verantwortlichen «Schwestern und Brüder» nur die höchsten Massstäbe gelten.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Aus seiner Feder stammt der Roman «Die Katze schleicht» (Transit, 2021).

30 août 2023 (Le Figaro)

[Pierre Albertini: «La démographie française à l'horizon 2070, vers une double rupture anthropologique» \(lefigaro.fr\)](#)

## Pierre Albertini: «La démographie française à l'horizon 2070, vers une double rupture anthropologique»

Par [Pierre Albertini](#)

Publié le 30/08/2023 à 18:32, mis à jour le 31/08/2023 à 08:44

**TRIBUNE - Alors qu'une nouvelle loi immigration sera prochainement débattue au Parlement, les travaux de l'Insee devraient alerter le gouvernement sur l'ampleur des bouleversements démographiques qui attendent la France, explique le professeur émérite à l'université de Rouen Normandie.**

*Pierre Albertini est ancien député et ancien maire.*

Depuis 1980, vingt-neuf lois de portée variable ont traité de l'immigration. Dans l'attente de la prochaine, ce bricolage restera sans effet tant qu'il ne sera pas précédé d'un débat, prenant appui sur des chiffres et sur des projections démographiques, condition indispensable pour que la raison l'emporte sur la passion et l'esprit de responsabilité sur la posture médiatique. Or rien n'a été fait pour combler les lacunes de notre appareil statistique. On n'enregistre ni les entrées ni les sorties du territoire, contrairement à ce que font les pays nordiques qui tiennent un registre de leur population, et l'on se refuse à collecter des données qui permettraient d'agir sur l'origine, la répartition et l'intégration des migrants.

Personne ne peut avancer de chiffre précis sur l'immigration clandestine que l'on approche par un biais assez grossier, les bénéficiaires de l'aide médicale de l'État (380.000 en 2021). Au sein de l'Union européenne, la liberté de circulation étant la règle, les mouvements de population qui se produisent ne sont pas comptabilisés. Faut-il alors s'étonner que fleurissent, dans un sens ou dans l'autre, des jugements aussi excessifs qu'invérifiables? L'ignorance est la première source des fantasmes. Quand proposera-t-on aux citoyens une réflexion sans tabous ni préjugés, quand les traitera-t-on en adultes et non en assistés?

Une projection démographique sur la longue durée est indispensable. C'est ce travail éclairant qu'a réalisé l'Insee («Population et sociétés», février 2022). Il aboutit à l'horizon 2070 à une prévision de 68 millions d'habitants, soit un niveau identique à l'actuel. Les paramètres sur lesquels il se fonde sont les suivants: une fécondité maintenue à 1,8 enfant par femme, une augmentation des décès due au vieillissement continu de la population, un solde migratoire positif du même ordre qu'aujourd'hui.

### Provenance africaine

Entre une hypothèse basse (64 millions) et une hypothèse haute (72 millions), la conclusion la plus évidente est bien le vieillissement de notre population: la tranche des plus de 65 ans sera nettement plus nombreuse (29%) que celle des moins de 20 ans (20%). Le solde naturel qui mesure la différence entre naissances et décès, déjà au plus bas aujourd'hui (56.000 en 2022), deviendra négatif à compter de 2035, dans un peu plus de dix ans. Seul l'excédent migratoire permettra, dans un demi-siècle, le maintien de sa population. C'est cette double rupture anthropologique que subira le pays. Outre la modification de la pyramide des âges que montre la projection de l'Insee, l'origine géographique des entrants fera également subir à la société de fortes corrections.

Faute de statistiques ethniques, réservées à de rares chercheurs, comment évaluer la structure de la population actuelle et les effets du flux migratoire à venir? Certains démographes se contentent

d'observer que la proportion d'étrangers résidant en France demeure stable mais leur présentation sous-estime délibérément l'ampleur et la perception de l'immigration. Comme les récentes émeutes l'ont montré douloureusement, une carte d'identité française ne suffit pas à faire de son détenteur un citoyen attaché à notre pays.

Un calcul mathématique simple confirme la baisse inexorable des Français de souche et la hausse corrélative des immigrés qui se retrouveront peu ou prou à égalité en 2070

Les enquêtes «Trajectoire et origines» conduites par l'Insee et l'Ined en 2008-2009 puis en 2019-2020 fournissent cependant une base d'analyse assez complète. Portant sur de vastes échantillons, elles nous apprennent ainsi que 32 % de la population de moins de 60 ans, soit 16 millions sur 50 millions, ont une origine immigrée, totale ou partielle, sur trois générations, et que la provenance géographique des migrants a beaucoup changé: majoritairement européenne au départ, elle est aujourd'hui principalement africaine. Cette inversion est encore plus sensible chez les plus jeunes.

## **Diminution du noyau intégrateur**

Si l'on s'accorde sur ces données objectives, la population «native» ou «de souche», ne comptant aucun ascendant immigré du fils au grand-père, représente environ 46 millions, celle ayant une origine immigrée, totale ou partielle, environ 22 millions, dont 60 % de provenance extra-européenne, selon l'Insee. C'est cette répartition que l'excédent migratoire, source essentielle puis exclusive de croissance démographique à partir de 2035, va sensiblement affecter.

Les recensements partiels récents le situent autour de 160.000 à 180.000 personnes par an. Mais la prise en compte des entrées clandestines, dont les mineurs isolés, des déboutés du droit d'asile demeurant en France et des Français quittant le territoire national, conduit à un apport annuel d'étrangers plus élevé, de l'ordre de 250.000, dont l'origine géographique n'est pas indifférente.

Les principales sources de l'immigration sont désormais le Maghreb, les pays subsahariens, la Turquie et le Moyen-Orient (60 %), la provenance européenne est nettement minoritaire (30 %) et celle du reste du monde (Amérique, Asie) demeure marginale (10 %). Dès lors, un calcul mathématique simple confirme la baisse inexorable des Français de souche et la hausse corrélative des immigrés qui se retrouveront peu ou prou à égalité en 2070. De cet apport extérieur, les migrants du Sud constitueront de loin la part la plus importante au point d'approcher un tiers de la population totale et même de devenir majoritaires dans quelques départements, tels la Seine-Saint-Denis.

Le mérite de cette projection est de nous faire comprendre que notre avenir démographique se joue maintenant. En 2070, dans une France où la proportion d'actifs sera moindre, le financement de la protection sociale et des investissements sera problématique. La diminution du noyau intégrateur rendra plus difficiles encore l'insertion des nouveaux migrants et l'édification d'une communauté de citoyens. Quel gouvernement aura le courage de relever ces défis majeurs ?

28 août 2023 (FAZ)

[Hans-Werner Sinn kritisiert die Klimapolitik: Energieökonom antwortet \(faz.net\)](#)

KLIMADEBATTE:

## Hans-Werner Sinns Klima-Thesen im Realitätscheck

VON LION HIRTH

• -AKTUALISIERT AM 28.08.2023-06:12



Hans-Werner Sinns scharfe Kritik an der deutschen und europäischen Klimapolitik schlägt hohe Wellen. Hier antwortet ihm der Energieökonom Lion Hirth.

Hans-Werner Sinn ist einer der einflussreichsten Ökonomen des Landes. In einem kürzlich veröffentlichten Interview mit der „Bild“-Zeitung übt er einmal mehr harsche Kritik an der deutschen [Klimapolitik](#), die er [in der F.A.Z. vom vergangenen Donnerstag noch mal wiederholte](#). Zeit für einen kritischen Blick auf Sinns Klima-Thesen.

### 1. Nationale oder europäische Klimapolitik bringt nichts

Wenn er schreibt, „der CO<sub>2</sub>-Ausstoß kann aber bei Öl, Kohle etc. nur reduziert werden, wenn alle oder fast alle [Länder] mitmachen“, und nationale Klimaschutzanstrengungen als „unnützlich“ abtut, stützt er sich dabei auf Theorien, die man in jedem Ökonomie-Lehrbuch findet.

Das grundlegende Argument ist Folgendes: Ein stabiles Klima nützt der ganzen Welt, aber für jedes einzelne Land kostet Klimaschutz Geld. Deswegen würde jede Regierung zwar gerne als Trittbrettfahrer von den Anstrengungen der anderen profitieren, rational kalkulierende Länder investieren jedoch nicht in Klimaschutz. Die Welt kann diesem Dilemma nicht entkommen und läuft wissentlich und absehbar in die Klimakatastrophe. Senkt ein Land trotzdem den Verbrauch an Öl und Gas, senkt dies die Weltmarktpreise, sodass woanders die Brennstoff-Nachfrage angeheizt wird – und kein Klimanutzen entsteht.

Ein Ausweg wäre, dass alle Länder verbindliche Emissionssenkungen vereinbaren. In der Praxis jedoch scheitert die Klimadiplomatie seit Jahrzehnten an einem solchen Abkommen – der viel gefeierte Pariser Vertrag setzt ja gerade nicht auf solche festen Verpflichtungen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der zunehmenden geopolitischen Spannungen wirkt Sinns Forderung nach einem verbindlichen Klimaabkommen zwischen Europa, Russland, USA, Indien und [China](#) fast naiv. Eine solche Übereinkunft scheint auf Jahre und Jahrzehnte unwahrscheinlich. Diese Argumentation läuft also darauf hinaus, dass wir alle Klimaschutzanstrengungen stoppen und wieder ohne jede Zurückhaltung Kohle, Öl und Gas verbrennen. Ist das tatsächlich die Empfehlung an die Bundesregierung?



Lion Hirth :Bild: Hertie School of Governance

Während es im ökonomischen Lehrbuch Klimapolitik gar nicht geben dürfte, sieht die Wirklichkeit anders aus. Viele Länder unternehmen gerade große Kraftanstrengungen: Die USA investieren Hunderte Milliarden Dollar in grüne Technologien, Europas Emissionshandel besteht seit bald 20 Jahren, und kein Land installiert mehr Windräder und Solarzellen als China. (Im ersten Halbjahr wurden dort mehr Solarzellen angeschlossen als in den letzten 30 Jahren hierzulande.)

Globale verbindliche Emissionsziele sollten oberste Priorität der Klimadiplomatie bleiben, und würden den globalen **Klimaschutz** natürlich beschleunigen. Aber es bewegt sich eben auch ohne Abkommen einiges – obwohl es dies laut ökonomischer Theorie gar nicht dürfte.

## **2. Elektroautos und Wärmepumpen erhöhen die CO<sub>2</sub>-Emissionen**

Ähnlich harsch urteilt Sinn über die **Elektromobilität**: „E-Autos sind keine Lösung! Der schmutzige Auspuff liegt nur etwas weiter entfernt im Kohlekraftwerk.“ Deswegen „bedeuten mehr E-Autos mehr Braunkohleförderung.“

Natürlich hängt die Klimabilanz von **Elektroautos** und Wärmepumpen auch davon ab, wie sauber der Strom erzeugt wird. Jedoch wandeln Elektromotoren Energie etwa dreimal so effizient in Bewegung um wie Verbrenner. Auch Wärmepumpen erzeugen dreimal mehr Wärme je Kilowattstunde Energieeinsatz im Vergleich zur Gastherme. Selbst wenn unser gesamter Strom aus Kohlekraftwerken käme, wäre die Klimabilanz einer Wärmepumpe deswegen besser als die einer Gasheizung.

Aber das tut er ja nicht – der deutsche Strom ist aber ja bereits heute viel sauberer! Im ersten Halbjahr kam mehr als die Hälfte aus erneuerbaren Energien. Wenn in einigen Jahren Elektroautos in größeren Zahlen über deutsche Straßen rollen, wird der Strom noch deutlich grüner sein. Dies gilt vor allem dann, wenn Elektroautos intelligent geladen werden, also gerade dann, wenn günstige Sonnenenergie im Überfluss vorhanden ist – was mittags in den letzten Monaten schon regelmäßig der Fall war.

Es ist unter Experten völlig unumstritten, dass Elektromobilität und **Wärmepumpen** wichtige Bausteine für ein klimafreundliches Energiesystem sind und andersherum Klimaneutralität ohne solche Elektrifizierung kaum vorstellbar ist.

## **3. Die Klimapolitik ruiniert die deutsche Autoindustrie**

Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität „ruinieren unsere Automobilindustrie, senken unseren Lebensstandard und subventionieren andere Länder, allen voran China“, schreibt Sinn weiter.

Diese These ist insofern überraschend, als dass Deutschland ja gerade kein Vorreiter in der Elektromobilität ist – sondern China. Dort sind mehr als die Hälfte aller Elektroautos weltweit zugelassen.

Nicht ein zukünftiges Verbrenner-Verbot bedroht die deutsche Autoindustrie, sondern dass sie nicht früh und konsequent genug auf **Batterien** und Digitalisierung gesetzt hat. Tesla und auch eine Reihe chinesischer Hersteller sind den deutschen Autobauern technologisch hier weit enteilt, und es wird alle deutsche Ingenieurskunst brauchen, um diesen Vorsprung aufzuholen.

Der globale Kapitalmarkt hat seine Technologieentscheidung übrigens längst getroffen: **Tesla** ist an der Börse mehr als doppelt so viel wert wie Volkswagen, Mercedes, Porsche und BMW zusammen, obwohl die Kalifornier nur ein Zehntel so viele Autos verkaufen. Offensichtlich bewertet der Kapitalmarkt Deutschlands Weltklasse-Motoren als Technik von gestern. So ist es der Kapitalismus, der den Verbrenner aussortiert, nicht die Europäische Union.

#### **4. Erneuerbare Energien gefährden die Versorgungssicherheit**

„Wind- und Sonnenstrom werden uns nicht allein versorgen“ und sind ohnehin nur „kaum zu bändigender Flatterstrom“, schreibt Sinn.

Dass Wind- und Sonnenstrom „allein“ die **Stromversorgung** sicherstellen, hat ja auch niemals jemand behauptet. Es ist immer ein Stromsystem, das Zusammenspiel von vielen Technologien, das die Versorgung gewährleistet. Die wesentlichen Bausteine hierfür sind das europäische Stromnetz, Batterien und Wasserspeicher, intelligente Verbraucher und natürlich auch Gaskraftwerke (die langfristig mit Wasserstoff befeuert werden können).

Unzählige Studien und zunehmend auch die Praxis zeigen, dass ein auf Wind und Sonne basierendes Stromsystem nicht nur möglich, sondern auch günstiger ist als die schmutzigen Alternativen. Selbst Energiekonzerne wie RWE, die in der Vergangenheit noch in das gleiche Horn wie Sinn geblasen haben, setzen inzwischen voll auf Erneuerbare.

Fazit: Der Klimaschutz ist eine Herkulesaufgabe, und die Komplexität der Energiewende kann einem den Atem rauben. Das Fehlen einer funktionierenden globalen Klimakooperation ist und bleibt ein Grund zur Sorge und die größte Gefahr für das Weltklima. Aber Sinns theoretisch begründeter Defätismus ist angesichts der vielfältigen technologischen und politischen Erfolge im Klimaschutz aus der Zeit gefallen. Der Fortschritt bei Solarzellen und Windturbinen, Batterien und Elektroautos, aber auch die klimapolitischen Anstrengungen in Europa, USA und Asien stimmen zuversichtlich, dass eine weitgehend klimaneutrale Weltwirtschaft in wenigen Jahrzehnten erreichbar ist.

*Lion Hirth ist Professor für Energiepolitik an der Hertie School und Geschäftsführer des energiewirtschaftlichen Beratungsunternehmens Neon.*

27 août 2023 (FAZ)

[Wie A. Dirk Moses eine Umwertung der Holocaust-Erinnerung betreibt \(faz.net\)](#)

POSTKOLONIALISMUS:

## Die Logik der Täter

VON STEPHAN MALINOWSKI

-AKTUALISIERT AM 27.08.2023-11:19



Der Historiker A. Dirk Moses stellt geschichtliche Großverbrechen nebeneinander. Mit postkolonialer Attitüde betreibt er die Umwertung der Erinnerung an den Holocaust. Ein Gastbeitrag.

Mit dem Begriff „Arschbombe“ wird in Sommerbädern eine Sprungtechnik bezeichnet, der es zwar an Eleganz mangelt, die jedoch im Becken erheblichen Wellengang und einige Aufmerksamkeit zu erzeugen vermag. Im Mai 2021 wählte der australische Historiker A. Dirk Moses ebendiese Technik beim Sprung ins Becken der deutschen Geschichts- und Erinnerungspolitik. Sein provokanter, scharf polemischer Text mit dem Titel „Der Katechismus der Deutschen“ wendet sich gegen die in Deutschland angeblich kultische Beschäftigung mit dem Holocaust, die angebliche Abwertung anderer, vor allem kolonialer Großverbrechen und die angeblich reflexartige Unterstützung des Staates Israel.

Der Text, eines der schrillsten Zeugnisse einer international an Kraft gewinnenden Sichtweise vor allem unter jüngeren Wissenschaftlern und Aktivisten, hat erhebliche Wellen erzeugt, die in diversen Konferenzen und Sammelbänden auslaufen und als „Historikerstreit 2.0“ bezeichnet wurden. Moses, Professor am City College of New York, beherrscht im Übrigen auch alle anspruchsvollen Startsprünge zum Eintritt in akademische Wettkampfbecken – er gehört seit zwanzig Jahren zu den produktivsten und einflussreichsten Intellektuellen auf dem Feld der postkolonial inspirierten komparativen Genozidforschung.

### **Neue Erinnerungskultur?**

Jetzt erscheint für den deutschen Markt ein kurzes Bändchen mit dem Titel „Nach dem Genozid“ (Matthes & Seitz, 159 Seiten, 15 Euro), das den Titelzusatz „Grundlage für eine neue Erinnerungskultur“ hat und sich als Versuch verstehen lässt, die Kernthesen seines umfangreichen, öffentlich aber nur wenig eingeschlagenen Hauptwerks von 2021 – „The Problems of Genocide“ – in Deutschland weiter zu popularisieren. Beiden Texten ist gemein, den 1948 für die UN-Völkermordkonvention zurechtgeschnittenen Genozid-Begriff als ein von jüdischen Intellektuellen entwickeltes Konzept zu deuten, das sich eignete, um NS-Verbrechen zu verfolgen und den Holocaust als „einzigartig“ zu stilisieren, ohne die gleichzeitig fortlaufenden kolonialen und postkolonialen Großverbrechen liberaler und illiberaler Staaten benennen und verfolgen zu müssen.



SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf auf der Anklagebank bei der Urteilsverkündung zwischen zwei Wachen am 10. April 1948 in Nürnberg :Bild: bpk

Da Historiker keine rückwärtsgewandten Staatsanwälte sind und die jeweils gemeinten Täter und Opfer von ihnen weder verfolgt noch geschützt werden können, mag es gute Gründe geben, den Genozid-Begriff auf dem Feld der Geschichtswissenschaft für kontraproduktiv zu halten. Historische Analysen sollen Rekonstruktion, Deutung und Erklärung bieten, nicht messen, ob sich spezifische Mordgeschehen in nachgereichte juristische Kategorien pressen lassen.

Dass die Begriffskampagne hier von einem Historiker geführt wird, der seit mehr als zehn Jahren als Herausgeber des renommierten „Journal of Genocide Research“ fungiert, mag verwirren. Erheblich mehr jedoch verwirrt der Vorschlag, stattdessen die formelhafte Selbstdeutung nationalsozialistischer Täter in den Rang historischer Erklärungen zu erheben. Moses nennt diese katechetische Formel „dauerhafte Sicherung“ in der deutschen, „permanent security“ in der englischen Fassung.

So sollen etwa die Vernichtung der Azteken, die Bombardierung Dresdens und Tokios, der Vernichtungskrieg gegen die Herero, das Wüten französischer Spezialeinheiten im Algerienkrieg, das Massaker von Babyn Jar, die Gaskammern von Auschwitz und der amerikanische War on Terror nach 9/11 mit ein und derselben Kategorie erfasst werden. Neben Verweisen auf rhetorische Häufungen innerhalb der Deckungscodes der Mördersprache (Sicherheitsdienst, Sicherheitspolizei, Reichssicherheitshauptamt) führt Moses als wichtigste Quelle für diese Vorstellung allen Ernstes die Nürnberger Aussagen des SS-Gruppenführers Otto Ohlendorf an. Dem 1951 hingerichteten Befehlshaber der Einsatzgruppe D war es im Nürnberger Kreuzverhör gelungen, seine Ankläger in Debatten über alliierte Bombardierungen und die Kriegslogik der Tötung von Zivilisten zu verwickeln.

Die Ermordung von Frauen und Kleinkindern sei – Himmler hatte in seinen Posener Reden Ähnliches ausgeführt – notwendig gewesen, um spätere Rächer vorsorglich auszuschalten und somit Raum und Herrschaft dauerhaft „zu sichern“. Moses glaubt, hier den Schlüssel entdeckt zu haben, mit dem sich weltweit Szenarien extremer Gewalt, darunter der Holocaust, erklären lassen. In verblüffender Vermengung von Quellen- und Analysensprache geht es angeblich darum, „aufzuzeigen, dass das utopische Streben nach absoluter Sicherheit den Kern der Shoah und anderer NS-Genozide bildet“.

### **Zeitlose und globale Kategorie**

Mit dem Bezug auf den SS-Gruppenführer Ohlendorf schlägt der Text tatsächlich vor, die nachgereichten Apologien der Mörder in eine global und zeitlos einsatzfähige analytische Kategorie zu verwandeln. Moses versichert irritierten Lesern, der Begriff sei „gegen Ohlendorf und seinesgleichen“ gerichtet. Dieses merkwürdig nivellierende „Seinesgleichen“ rückt dann noch ganz andere Vorgänge in

unmittelbare Nähe der NS-Verbrechen. Wenn Moses für den War on Terror seit 2001 „mindestens“ 4,6 Millionen Todesopfer errechnet, ist grob erkennbar, wohin die vergleichende Reise gehen soll. Dieser neue Katechismus, den Moses seit Jahren international predigt, nimmt die antilibérale (hierzu gehören die NS-Verbrechen oder China) und liberale Sicherung (Atombomben, Korea, Vietnam, War on Terror, eine lange Reihe von Kolonialkriegen) gleichermaßen ins Visier.

Moses' frühere Arbeiten ließen sich in die Forschungskonjunktur zur Sicherung postimperialer Großräume, zu Aufstandsbekämpfung und Ausnahmeständen einordnen, die den War on Terror und seine Doktrinen kritisch begleitet hatte. Und tatsächlich kann man diese Begriffe auf 1957 in Algerien wütende Fallschirmspringer, britische Konzentrationslager in Kenia oder auf die kolonialgeschichtlich informierten Aufstandsbekämpfungseinheiten der Briten und Amerikaner in Afghanistan seit 2001 mehr oder minder sinnvoll anwenden. Die Formel „dauerhafte Sicherung“ trägt zu einer Erklärung Guantánamos einiges bei – für Sobibor gilt dies jedoch nicht.

Bereits vor Jahren hatte Moses die Deutung des Holocaust als „subaltern genocide“, also ein Genozid der Unterworfenen gegen die Herrscher, entworfen. Diese besagt, die Deutschen hätten sich in einer „kolonialen“ Unterjochung durch die Juden geglaubt. So wird die Ermordung der europäischen Juden zum imaginierten Teil eines antikolonialen Befreiungskampfs. Breite Pinselstriche und freie Assoziationen dieser Art lassen Formulierungen erblühen, die methodisch und stilistisch an Ernst Noltes perfide Sprachspiele der Achtzigerjahre erinnern – hier erscheint die Shoah als der „radikalste Fall präemptiver Gegenwehr der Weltgeschichte“. Für erklärungsstark hält Moses zudem die Figur der „verängstigten Patrioten“, die – in ihrem „paranoiden“ Selbstverständnis – im Namen der Sicherheit agiert hätten.

Viele dieser Formulierungen muss man mehrfach lesen, bis man glaubt, dass sie dort wirklich gedruckt stehen: „Die Einsatzgruppen verkörperten den Sicherheitsimperativ im Feld.“ Die Behauptung, Täter hätten sich vor allem in einer Art Gefahrenabwehr gesehen, müsste noch gegen den Forschungsstand durchgesetzt werden. Die Krankenmorde im Rahmen der T4-Aktion, die Ermordung der Sinti und Roma, die Jagd auf jüdische Kleinkinder auf Rhodos, in Amsterdam oder Bordeaux, ihr Transport quer durch Europa an Orte, deren einziger Zweck in der Ermordung der größtmöglichen Zahl einzelner Menschengruppen bestand, die Entkoppelung der Mordprozesse von militärischer und ökonomischer Logik – all das lässt sich damit nicht verbinden.

### **„Erinnerungskämpfe“**

Der Unsinn reicht aber weit über die Grenzen der NS-Geschichte hinaus. Francisco Pizarros Männer in Peru, die Offiziere der Force Publique im Kongo, die Soldateska Trothas und Lettow-Vorbeckes, die mit der Vernichtung der Herero befasst war, Polizeieinheiten, die Greise und Kinder im März 1945 in die letzten Deportationszüge am Gleis 17 in Berlin-Grünwald zwängten – was auch immer Täter in diesen verschiedenen Szenarien antrieb, der Wunsch „verängstigter Patrioten“ nach „Sicherheit“ war es nicht. Auch die Heerscharen deutscher und europäischer Profiteure, die ein Stück Marmor aus der niedergebrannten Synagoge, das Sofa der verhafteten Nachbarn, den Hof gegenüber, oder die Doktorandenstelle des emigrierten Kommilitonen an sich nahmen, handelten, soweit bekannt, nicht als verängstigte Patrioten im Dienste der dauernden Sicherung.

Der kurze Band für deutsche Leser bleibt im Ton moderat und filtert die Beschäftigung mit Israel fast vollständig aus. Dies wird jeden Kenner von Moses' Arbeiten erstaunen, hat sich doch die Wendung gegen den in seiner Sicht kolonialen Charakter Israels immer deutlicher als sein Achsenthema gezeigt. Und so ist der Text mit einem fast zeitgleich veröffentlichten Aufsatz von Moses in Jürgen Zimmerers Band „Erinnerungskämpfe – Neues deutsches Geschichtsbewusstsein“ (Reclam, 500 Seiten, 25 Euro, erscheint am 8. September) zu lesen, in dem die antiisraelische Trompete laut aufspielt. Aus den fünf Elementen des „Katechismus der Deutschen“ sind nun fünf deutsche „Obsessionen“ geworden, die von „Obsessionsmanagern“ gesteuert werden.

## **Politischer Zweck**

Diese befürchten, dass eine Analyse kolonialer Aspekte des Nationalsozialismus letztlich die „siedlungskolonialistische Einheit weißer Juden und Jüdinnen“ freilegen werde, „die gegenüber einheimischen Palästinenser:innen ein Regime der Apartheid eingerichtet haben“. Statt obsessiv die Einzigartigkeit des Holocaust zu betonen, sei es an der Zeit, stärker der Nakba zu gedenken (im arabischen Sprachgebrauch die Flucht und Vertreibung von arabischen Palästinensern aus dem früheren britischen Mandatsgebiet).

Wer den Vietnamkrieg, den Zionismus, Israels Siedlungspolitik, Drohnenangriffe im Jemen oder in Afghanistan kritisieren will, muss dafür nicht auf die Schoa zurückgreifen. Allerdings sind die semantischen Spielmöglichkeiten immens, wenn die Schoa als koloniale Tat und Israel als kolonialer Apartheidsstaat gedeutet werden. Deutlich wird, wie „obsessiv“ der Autor betreibt, was er seinen Gegnern vorwirft: die instrumentelle Verwendung von Holocaust-Deutungen für einen politischen Zweck. Omer Bartov, internationale Autorität der Holocaust-Forschung, hatte die von Moses erzeugte Aufregung als „Historikerstreit 0.0“ bezeichnet, was treffend erscheint, denn historische Forschungsergebnisse werden hier nicht präsentiert. Wie sich der neue Katechismus, den Moses mit immenser Energie verbreitet, durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Seine politische Attraktivität, die sich nicht zuletzt einem kämpferisch und antikolonial tönenden Sound verdankt, ist jedoch nicht nur in amerikanischen, britischen und deutschen Seminarräumen unübersehbar. Tatsächlich erschafft Moses durch seine Dekontextualisierung eine analytische Nacht, in der alle Katzen grau sind. Was Völkerrechtler mit derartig aufgeweichten Kategorien anfangen können, wird man der juristischen Fachdiskussion überlassen müssen.

## **„Fall unter Fällen“**

Präzise lässt sich in dieser Begrifflichkeit lediglich ausdrücken, dass zu allen Zeiten viele Menschen an vielen Orten umgebracht wurden und dass „wir“ ihrer gedenken sollten – irgendwie überall und „multidirektional“. Da Geschichte nicht im Äther, sondern an Orten stattfindet, wird jedoch der Holocaust in der deutschen und israelischen Erinnerungspolitik auch weiterhin wichtiger bleiben als in Uganda oder Nepal. Umgekehrt werden die indische Teilung im Punjab und Roger Casements Putumayo Report in Bogotá intensiver „erinnert“ werden als in Baden-Baden.

In einem Briefwechsel von 1965, auf den sich auch Moses beruft, diskutierten Hans Magnus Enzensberger und Hannah Arendt die vermeintlich enge Verwandtschaft von Auschwitz und atomarer Bedrohung. Enzensberger hatte Politik, Verbrechen, Tradition und Auschwitz schwungvoll in eins gepresst. Arendt kommentierte: „Es gibt einen scheinbaren Radikalismus, der nicht so sehr das Kind mit dem Bade ausschüttet, als vielmehr durch Parallelen, bei denen sich irgendein Generalnenner darbietet, vieles Partikulare unter ein Allgemeines subsumiert, wobei das konkret Sich-Ereignende als Fall unter Fällen verharmlost wird.“

Diese Beobachtung ist nicht nur für das Bändchen von Moses, sondern insgesamt für eine Debatte bedenkenswert, die sich bemüht, jahrzehntelang getrennt voneinander analysierte Gewaltregime zusammenzudenken. An der Innovationskraft und an den Meriten dieser Diskussion kann kein Zweifel bestehen, und es bedarf keiner Propheten, um vorherzusehen, dass der Versuch, den Holocaust in eine globale Gewaltgeschichte der Moderne einzuordnen, Stoff für Jahrzehnte bietet. Dabei wird es nicht darum gehen, eine „Hierarchie“ der Verbrechen zu liefern, sondern darum, verschiedene Motive, Ziele und Verlaufsformen extremer Gewalt sowie verschiedene Handlungsspielräume von Tätern, Kollaborateuren und Opfern zu beschreiben.

Koloniale Gewaltregime und die NS-Herrschaft über Europa weisen tatsächlich eine Reihe frappierender Gemeinsamkeiten auf. Diese möglichst präzise zu erfassen und die Punkte zu definieren, an denen die Vernichtungslogik der Schoa aus den jahrhundertealten Bahnen kolonialer Extremgewalt ausschert, wird

auf lange Zeit eine wichtige Forschungsaufgabe bleiben. Die Mischung aus politischer Polemik, Whataboutism und Begriffszerstörung wird nicht zur Lösung beitragen.

*Stephan Malinowski lehrt Geschichte in Edinburgh und Düsseldorf. Sein Buch „Die Hohenzollern und die Nazis – Geschichte einer Kollaboration“ (Propyläen Verlag, 784 Seiten, 35 Euro) erhielt den Deutschen Sachbuchpreis 2022. Derzeit arbeitet Malinowski an einem Buch zum Verhältnis von Kolonialismus und NS-Herrschaft über Europa.*

26 août 2023 (FAZ)

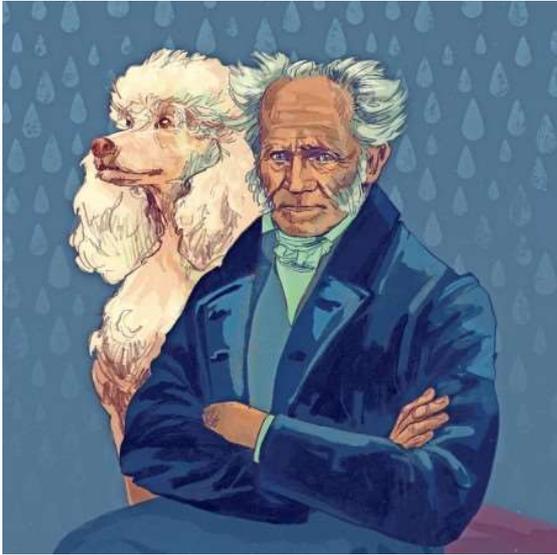
[Arthur Schopenhauer: Frankfurter Philosoph und radikaler Pessimist \(faz.net\)](#)

ARTHUR SCHOPENHAUER:

## Die Welt ist schlecht und wird es immer bleiben

VON MICHAEL HIERHOLZER

-AKTUALISIERT AM 26.08.2023-12:58



Theoretischer Veganer und radikaler Pessimist: Der Philosoph Arthur Schopenhauer arbeitete unermüdlich an seinem grimmigen Image. Aber er nahm Positionen vorweg, die gegenwärtig mehrheitsfähig sind.

*Das Institut für Sozialforschung feiert in diesem Jahr seine Gründung vor 100 Jahren. Die ältere Kritische Theorie ist mittlerweile Geschichte. Aber ihre Ideen wirken bis in die Gegenwart hinein. Wie auch die ihrer biographisch mit Frankfurt verbundenen Vordenker Hegel und Schopenhauer. Manche Aspekte sind erstaunlich aktuell.*

Bevor er zu Mittag gegessen hatte, war es nicht ratsam, ihn anzusprechen. Er konnte ziemlich unangenehm werden, unwirsch reagieren, sein Gegenüber brüskieren. Widerspruch ließ er ohnehin nicht zu, Bewunderung schon. Die wurde ihm erst spät in seinem Leben entgegengebracht. Er wartete Jahrzehnte darauf. Und wurde aus lauter Verdruss immer unleidlicher.

Arthur Schopenhauer (1788 bis 1860) pflegte sein Image als grimmiger Feind der „Allzuvielen“, wie er seine Mitmenschen nannte. Spazierte mürrisch und abweisenden Blickes mit seinem Pudel am Main entlang. Schließlich vertrat er philosophisch die Lehre von der Unerfreulichkeit der Welt, warum sollte er diese Auffassung nicht auch den Frankfurtern vor Augen führen? Der Denker und das von ihm Gedachte verschmolzen, je älter er wurde.

Schopenhauers Philosophie ist die eines jungen Mannes, nach seinem 30. Geburtstag änderte er nichts Wesentliches mehr an ihr, was noch kam, waren Ergänzungen, Ausschmückungen, Aphorismen in endloser Zahl, geschliffene Texte, die zum Besten gehören, was jemals in deutscher Sprache verfasst wurde. Ein Blick auf seine Manuskripte im Frankfurter Schopenhauer-Archiv zeigt die Akribie, mit der er bei der Verwendung der Sprache vorging, sie sind voller Anweisungen an den Setzer, er bestand beispielsweise in drohendem Ton darauf, eine altertümliche Orthographie beizubehalten. Sprache und Gedanken waren für ihn nicht zu trennen.

## Schopenhauer ließ nichts aus

Im Englischen Hof am Roßmarkt, wo einige Jahrzehnte vorher sein gehasster Antipode Hegel im Haus des Weinhändlers Gogel wohnte, in einem Gebäude, das nicht mehr existiert, nahm er sein Mahl ein. Er speiste lang und üppig, danach war es durchaus möglich, dass er sich auf ein Gespräch einließ, sicher war das nicht. Zu den Gerichten, die er sich gönnte, gehörten auch solche mit Fleisch, eine Selbstverständlichkeit für damalige Verhältnisse. Wer es sich leisten konnte, aß totes Tier, Wild und Hausgeschlachtetes, Gebratenes und vor allem, wie es noch immer deutsche kulinarische Art ist, Gesottenes. Schopenhauer ließ nichts aus. Selbst dafür, wie für alles, was einem so im Leben begegnet, hatte er eine philosophische Begründung, die wie manch andere heute an Plausibilität verloren hat. Obwohl – auch in der Gegenwart argumentiert die Fleischlobby ähnlich.

Der Denker, der auf der Flucht vor der in [Berlin](#) grassierenden Cholera Frankfurt als Wahlheimat Mannheim vorgezogen und sich 1833 endgültig am Main niedergelassen hatte, nachdem er detaillierte Listen mit den Pluspunkten und Nachteilen beider Städte aufgestellt hatte, war aus diätetischen Gründen vom Fleischgenuss überzeugt. Das hatte seinerzeit nichts mit Abnehmen zu tun, sondern mit der Frage, was der Mensch sich zuführen soll, um an Leib und Seele gesund und möglichst lange am Leben zu bleiben. Dass dazu Fleisch nötig sei, war Schopenhauers zweifelsfreie Meinung, und er berief sich dabei auf alte Quellen, auch auf die Bibel, und neuere Beobachtungen von Ärzten und Naturforschern.

Dabei legt seine Philosophie es nah, Vegetarier oder gar Veganer zu werden. Er liefert allen Verächtern des Fleischgenusses, all jenen, die das Entsetzen über die Ausbeutung der Tiere nicht nur die Lust an Schnitzel und [Bratwurst](#), sondern auch an Ei und Honig vergällt, den Stoff, in den sie ihre Argumente hüllen können.

## Mitgefühl mit den Tieren

Der christliche Mainstream sprach Tieren ebenso wie die aufstrebenden Naturwissenschaften ab, eine Seele zu haben. Im schlimmsten Fall sah man in ihnen Automaten, die auf Schmerz reagierten wie ein Daunenkissen, das eingedrückt wird und anschließend dazu tendiert, seine ursprüngliche Form wiederzuerlangen. Schopenhauer jedoch billigte den Tieren nicht nur die Denkleistung zu, Ursache und Wirkung zu erkennen, er stellte sie auch mit dem Menschen insofern auf eine Ebene, als sie mit uns der Willen zum Leben verbinde, der die Wesen allerdings nicht etwa fröhlich stimme, sondern sie permanent leiden lasse. Daher verbiete es sich, Tieren zusätzlich Schmerz zuzufügen oder sie wie rechtlose Objekte zu behandeln. Vielmehr sei Mitgefühl angebracht.

Das wissenschaftliche Verhältnis zu den Tieren sollte sich im Lauf des 19. Jahrhunderts noch verschärfen, die Kluft zwischen Menschen und Tieren sich vertiefen, und die Gewalt, die mit der Nutztierhaltung und Verwertung von Tieren einhergeht, ins Unermessliche wachsen. Max Horkheimer (1895 bis 1973) fand als Jugendlicher in Schopenhauer einen Gewährsmann für seine Einstellung zur Tierwelt. Sein Einfluss auf die Kritische Theorie wird oft unterschätzt.

Aber es sind diese beiden Pole, zwischen denen sie oszilliert: Auf der einen Seite Hegel mit seinem beweglichen Optimismus, den Marx in den historischen Materialismus mit dem Ziel der sozialistischen Gesellschaft umgemünzt hat, auf der anderen Seite Schopenhauer mit seinem starren, von der Unveränderlichkeit der menschlichen Natur überzeugten Pessimismus. Überbordender Elan und melancholischer Rückzug, Zuversicht und Resignation, dazwischen wankt und schwankt die Kritische Theorie. Die sozialen Ungerechtigkeiten nach dem Ersten Weltkrieg vor Augen, teilte sie mit Schopenhauer schon bald nach ihrer Etablierung das pessimistische Grundgefühl.

## Was er dachte, ist im Augenblick Zeitgeist-Konsens

Die Welt ist nach seiner Auffassung schlecht und wird es immer bleiben. Keine Hoffnung, nirgends. Das Glück lässt sich nur definieren als Abwesenheit von Schmerz und Leid, die universell sind. Die Endlichkeit aller Dinge, die Sterblichkeit der Individuen, Kummer und Krankheit: „Ruchlose Optimisten“

nennt Schopenhauer Zeitgenossen, die angesichts der prekären Lage auf einer erkalteten Kugel am Rand des Universums fröhlich und unbekümmert über deren Kruste wandeln.

Die Erde, ein Jammertal: Schopenhauer selbst hat zwar nicht gerade Konjunktur, aber was er dachte, ist im Augenblick Zeitgeist-Konsens. Schwarzmalerei durchzieht sein gesamtes Werk, wie sie auch das Denken der Kritischen Theorie grundiert, die ein düsteres Bild der Verhältnisse pinselt, in der Maschinen, eine kalte Rationalität, die Herrschaft des Geldes und anderes für eine dauerhafte Entfremdung des Menschen von seinen eigenen Wünschen sorgen.

### **Er braucht auch kein besonderes Motiv, um unglücklich zu sein**

Auch unsere Gegenwart malt schwarz in Schwarz. Horrorvorstellungen vom Weltende oder zumindest vom Ende der Welt, wie wir sie kennen, lösen sich so rasch ab, dass man den Eindruck gewinnt, es sei eigentlich ganz gleichgültig, wovor man sich fürchtet, Hauptsache, es gibt irgendeinen Grund zum Pessimismus und für extrem schlechte Stimmung.

Schopenhauer braucht auch kein besonderes Motiv, um unglücklich zu sein: Der Kosmos, findet er, ist derart dürftig eingerichtet, dass es schlimmer nicht geht. Die Menschen machen ihn sich gegenseitig noch mehr zur Hölle, die er per se doch schon ist. Liebe ist eine Illusion, und Angst vor dem Tod hat der Mensch auch noch, obwohl er froh sein müsste, wenn alles vorbei ist: Allein der fatale Weltwille gaukelt ihm vor, am Leben hängen zu müssen, denn dieses irrationale Prinzip sucht allenthalben nach Mitteln und Wegen, sich durchzusetzen.

Am deutlichsten sichtbar in der Sexualität: Was Schopenhauer als „Wille“ bezeichnet, ist auf der individuellen Ebene in etwa das, was Freud das „Unbewusste“ nennen wird, das dem Ich regelmäßig Streiche spielt, indem es den Menschen zu Handlungen treibt, die ihn nicht immer auf der Höhe des Bewusstseins zeigen. Es steht für das Triebhafte, die dunklen Motive, eine alles beherrschende, auch zerstörerische Kraft.

Die Welt ist, lehrt Schopenhauer, Wille, und sie ist Vorstellung, denn ohne Subjekte, die sie erkennen, existiert sie nicht. Er hat den Buddhismus und andere in Indien entstandene Lehren ins abendländische Denken eingeführt, aus ihnen die Idee der Scheinwelt ebenso wie jene der Weltseele geschöpft.

Auch seine Mitleidsethik ist von fernöstlichem Denken beeinflusst: Sie umfasst nicht nur Menschen, sondern eben auch die Tiere. Dass er seinen Pudel „Atman“ nannte, was so viel wie die individualisierte Weltseele meint, ist daher nicht nur eine kuriose Anekdote, zu der auch gehört, dass er ihn „Mensch“ schimpfte, wenn er nicht parierte. Es kommt darin vielmehr auch jene Idee von der Verbundenheit zum Vorschein, die uns nach Schopenhauers heutzutage mehrheitsfähiger Meinung mit allem Lebendigen eint.

26 août 2023 (NZZ)

[Weimar: Wo Goethe, die Demokratie und Hitler aufeinandertreffen \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## In Weimar sind es nur zwanzig Minuten vom Goetheplatz bis ins KZ Buchenwald

Wenn es in Deutschland kriselt, werden gleich die Gespenster der Weimarer Republik heraufbeschworen. In der Geschichte der thüringischen Kleinstadt berühren sich die Extreme von Hochkultur und Barbarei.

Paul Jandl 26.08.2023, 05.30 Uhr 10 min



Überlebensgross in Bronze gegossen stehen Goethe und Schiller auf dem Platz vor dem Weimarer Nationaltheater.

D. Kerlekin / Imago

Was ist bloss aus dem alten Klassikerstreit geworden? «Kunst des Kaufens» steht in der Schrift des Dichters auf dem «Goethe-Kaufhaus». Ein paar hundert Meter weiter gibt es das «Schiller-Kaufhaus». Schiller hat auch Lagerfeld, sein Konkurrent führt Unterwäsche. Und er hat auch noch ein zweites Standbein: «Goethes Schokolädchen». Weimar wäre nicht Weimar, würde es nicht mit aller Kraft vom Ruhm der Vergangenheit profitieren wollen.

In doppelter Menschengrösse und ganz aus Bronze posieren die beiden Dichter seit 1857 hier als Denkmal. Vor ihnen, am Platz des Deutschen Nationaltheaters, drängen sich die Touristen. Ein Vater erklärt seinen kleinen Söhnen holprig und in hessischem Dialekt, woran man Dichter erkennt: Bei ihnen wird jedes Wort zu Sprache. Die Söhne schauen ungläubig. Ihre Mutter auch.

Wie es hinter Weimars Fassaden gerade um Goethe bestellt ist, erkennt man im Haus, das er fast fünfzig Jahre bewohnt hat. Seit den letzten DDR-Jahren ist hier an der Substanz nichts mehr gemacht worden. 100 000 Besucher drängen sich jährlich durch das weitläufige Gebäude am Frauenplan. Vorbei an originalen Möbeln und apokryphen Einrichtungsgegenständen. Die Stehlampen vom Möbeldiscounter und die Steckerleisten hat bestimmt kein Goethe gekauft. Postume Heizkörper ragen in die engen Räume.

Die Tapeten an den Wänden sind von der Verehrung der Massen abgeschabt. Der Flügel, auf dem schon Felix Mendelssohn Bartholdy spielte, durch die direkte Sonne ausgebleicht. Neben Goethes

Schlaf- und Sterbezimmer liegt sein Arbeitsraum. Deutscher Geist und Weimarer Nachttopf waren auf ein paar Quadratmetern miteinander so innig vereint, dass es einen schaudert, wie hier alles verstaubt.

## Berlin lässt sich Zeit

Das 1832 verstorbene Genie zumindest virtuell im früheren Wohnhaus wieder lebendig zu machen, ist Wunsch der Klassik-Stiftung Weimar, die sich um ein grosses Kulturerbe kümmern muss. Schillers Wohnhaus, die Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek, das Gut Ossmannstedt des Dichters Christoph Martin Wieland gehören dazu und noch vieles andere. Gerade wird das Weimarer Stadtschloss für 140 Millionen Euro saniert, daneben sind die 35 Millionen, die es für das Goethe-Haus brauchte, nicht viel. Oder doch?



Das Deckengemälde im Rokoko-Saal der Anna-Amalia-Bibliothek zeigt den «Genius des Ruhms» von Johann-Heinrich Meyer.

Michael Weber / Imago



Der 2005 gebaute Bücherkubus ist das moderne Herzstück der altherwürdigen Anna-Amalia-Bibliothek.

S. Ziese / Imago

Schon im Jahr 2008 stand die Kernrenovierung des Kulturerbes im Masterplan der Klassik-Stiftung. Dann kam das neue Bauhaus-Museum dazwischen, das 2019 eröffnet wurde. Exakt hundert Jahre nach der Gründung der Kunstschule in Weimar durch Walter Gropius. 2032 dräut in der Stadt an der Ilm das grosse Goethe-Jubiläum. 200. Todestag.

Die Sanierung, sind die Gelder erst einmal bewilligt, würde Jahre dauern. Es könnte knapp werden, und dabei hängt finanziell noch alles am seidenen Faden. Das Land Thüringen würde die Hälfte der Kosten tragen. Aber nur dann, wenn der Bund die andere Hälfte übernimmt. Berlin lässt sich Zeit und schleppt die Sache durch alle parlamentarischen Instanzen.

«Haushaltsbereinigungssitzung» heisst die letzte politische Hoffnungsrunde im November. Kulturministerin Claudia Roth, die sogar Mitglied im Stiftungsrat ist, hält sich bis jetzt bedeckt. [Am 28. August, dem 274. Geburtstag Goethes](#), starten die Verantwortlichen der Residenz am Frauenplan schon einmal einen Verzweiflungsakt: Crowdfunding. Im Park an der Ilm wird es Blumenkranzbinden geben und Kartoffeltorte.

Goethes Nöte gehören in Weimar immer schon dazu. Das heutige Dichter-Disneyland Weimar pendelt zwischen kunstvoll gepflegter Patina und ritueller Entstaubung. Es geht im Namen Goethes nicht mehr um alles, aber dass es lange so war, ist auf den Wegen durch die Stadt immer noch zu spüren. Das Klassische an der Weimarer Klassik hat etwas janusköpfig Universelles: Ihre Worte lassen sich missbrauchen. Sie haben die moralischen Zwecke der Humanität ebenso geschmückt, wie sie für die inhumanen Ideen des 20. Jahrhunderts herhalten mussten. Weimar, mit seinen 65 000 Einwohnern viertgrösste Stadt Thüringens, ist eine Metapher: In zwanzig Minuten kann man vom Goetheplatz mit dem Bus zum [Konzentrationslager Buchenwald](#) fahren.

## Das Nichts bleibt immer da

Am Nationaltheater hängt ein breites Banner, auf dem die Worte stehen: «Diplomatie! JETZT! Frieden». Es klingt nach dem [Aufruf von Sahra Wagenknecht](#) und Alice Schwarzer zum Ukraine-Krieg. Dem Theater gegenüber liegt das Haus der Weimarer Republik. Niederländische Schulklassen ziehen an den Materialien über die erste deutsche Demokratie vorbei. An Bildern von Herren im Gehrock, an Pickelhauben und am Mythos von den wilden zwanziger Jahren.



## Aufruf zu einer diplomatischen Lösung des Ukraine-Kriegs am Weimarer Nationaltheater.

Jürgen Schwenkenbecher / Imago

Die Euphorien der Epoche waren deshalb immer guter Filmstoff, weil sie so allegorisch sind: Das gute Leben kommt wie aus dem Nichts, aber das Nichts bleibt immer da. Im Museum geht es weiter in die Sonderausstellung über das «Trauma 23». Gemeint ist nicht das Jahr 2023, sondern 1923. Die Hyperinflation, in der ein Liter Milch 200 Millionen Mark kostete, ist mit der gewachsenen Inflation, wie wir sie heute haben, nicht vergleichbar, [aber die Weimar-Vergleiche sind trotzdem überall](#). Das Gefühl der Krise ist ein Erregungszustand von halluzinatorischer Wirkung. Während der 1918 begründeten Weimarer Republik die Gegenmittel für die von ganz links und ganz rechts wirkenden Fliehkräfte fehlten, ist die heutige Demokratie eine andere. Sie hatte Zeit, sich an sich selbst zu

gewöhnen. Es gibt sie in dieser Form und mit allen einander austarierenden Kräften gerade deshalb, weil das Unglück Weimar passiert ist. Weil auf diese erste, ultramodern gedachte Demokratie ein Abgrund namens Nationalsozialismus folgte.

Als im Februar 1919 Friedrich Ebert im Hoftheater die Nationalversammlung von Weimar eröffnet, spricht er von notwendigen Veränderungen. Deutschland müsse «vom Imperialismus zum Idealismus» übergehen. Man ist in einer Stadt, die bisher nicht durch Imperialismus aufgefallen ist, sondern durch eine universelle Idee des Geistes. Daran will der SPD-Politiker anknüpfen und hält eine Rede, die sich durch flamboyante Vorsicht auszeichnet: «Es wird in der ganzen Welt als angenehm empfunden, wenn man den Geist von Weimar mit dem Aufbau des neuen Deutschen Reiches verbindet.»

Als Augenzeuge macht sich der [Schriftsteller Harry Graf Kessler](#) Notizen über ein Ereignis, das ihm wie eine Konfirmation in einem gutbürgerlichen Haus vorkommt. Tadelloser Blumenschmuck, eine in den Reichsfarben geschmückte Bühne. Ein sozialdemokratisch gewendeter Goethe. Theodor Wolff, Chefredaktor des «Berliner Tageblatts», schreibt: «Klein, nicht ganz ohne einen gewissen Charme, aber spiessbürgerlich und im Verlauf schwunglos. Ebert wirkt wie ein braver Handwerksmeister. Die ganze Sitzung ohne Stimmung und Grösse.» Es ist eine Weimarer Rede, gehalten ohne rhetorisches Talent, aber voller Rücksichten. Man schreckt aus nicht unsympathischen Gründen vor allzu viel Grösse zurück.

Auch die Tatsache, dass man die neue Demokratie in einer Provinzstadt konstituiert, ist Folge einer defensiven Politik. Über Berlin liegen noch die Rauchschwaden der Dezemberkämpfe und der Januaraufstände, nachdem die Revolution von 1918 erstaunlich friedlich verlaufen ist. Die Gefahr, dass linke oder rechte Extremisten das Projekt vereiteln, ist gross. Auf Weimars Plätzen hält man während der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung Gehstock tragende Bürger in Schach.



**Die Sternbrücke an der Ilm in Weimar. Sie verbindet das Stadtschloss mit dem Ilmpark.**

Jürgen Schwenkenbecher / Imago

## Goethe stand für alles

Weimar ist verbürgerlichte Aristokratie. Die Insignien der Macht sind hier auf reale Verhältnisse geschrumpft. Als Gegenentwurf zum preussischen Militarismus versucht man es mit der Autorität des Geistes. Die aus dem Fürstenhaus Braunschweig-Wolfenbüttel zugezogene Anna Amalia wurde in internationaler Politik ebenso ausgebildet wie in den Künsten. Als Mäzenin pflanzt sie der Stadt Kultur ein und sorgt als Mutter für adäquaten Nachwuchs.

Ihr Sohn Carl August holt Goethe nach Weimar und macht ihn gleich einmal zum Minister. Später ist der institutionelle Kontakt nicht mehr so eng, aber man lebt 53 Jahre nebeneinander. Eine Geistesesehe, in der Standesgrenzen und bisweilen auch Anstandsgrenzen überwunden werden. Der nobilitierte und später geadelte Bürger Goethe war ein utopischer Vorschein von bourgeoisen Möglichkeiten. Die Millionen von Goethe-Büsten in den Haushalten waren immer auch Imperative der deutschen Selbstvervollkommnung.

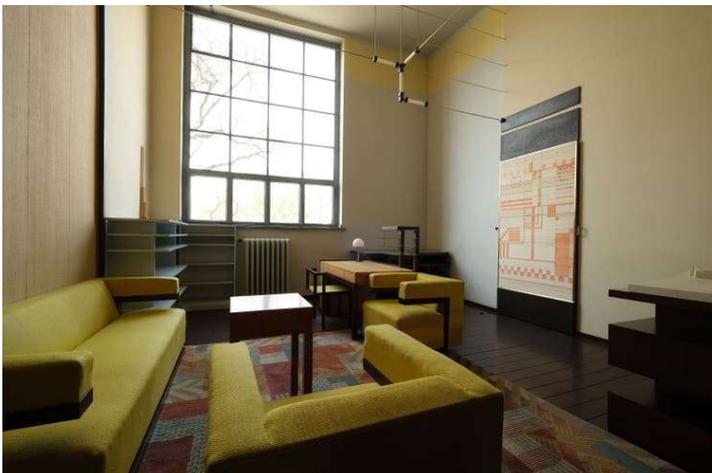
Goethe war alles, er stand für alles. Friedrich Ebert konnte sich 1919 den Dichter als linken Genossen aus dem «Faust II» und dem «Wilhelm Meister» zusammensuchen. Die rechte Reichshälfte war mit dem vermeintlichen Royalisten Goethe zufrieden, den angesichts der Französischen Revolution die Angst vor dem Pöbel packt.

Den Kindereien solcher Vereinnahmung steht ein Enfant terrible gegenüber, das für politische Zwecke so leicht gar nicht zu vereinnahmen ist. Als Kriegsminister bei seinem Duodezfürsten Carl August ist das Universalgenie Goethe ein klassischer Abrüster. Unter seiner Führung wird die Truppenstärke des winzigen Heeres um fünfzig Prozent reduziert.

Der Dandy aus Frankfurt bringt Unsitten in eine Stadt, die fast noch keine ist. Ein paar Häuser stehen damals um die Höfe der verwitweten Herzogin Anna Amalia und ihres Sohnes Carl August herum. Die Stadt wird wachsen, und sie wächst aus einer Idee der Liberalität heraus. Auf Auswüchse reagiert sie allergisch, und das ist die andere Seite der Bürgerlichkeit: das Konservative.

## Ein «rückständiges Bierdorf»

Fast zeitgleich mit der Gründung der Weimarer Republik wird das [«Staatliche Bauhaus in Weimar»](#) geschaffen. Aus der früheren Grossherzoglich-Sächsischen Kunstschule und Henry Van de Veldes Kunstgewerbeschule entsteht ein Ganzes, das unter dem Architekten Walter Gropius zur Speerspitze gegen Verspiesserung werden soll. Der Kulturkampf ist eröffnet. Von einer zweiten Weimarer Moderne ist die Rede. Die Verfechter der Idee beschwören wieder einmal eine «Republik der Geister», haben aber wohl nicht alle Geisteskinder mitgemeint. Eine Ästhetik, in der Kunst und Technik vereint sind, ein künstlerischer Lebenswandel, der sich um Konventionen nicht schert. Das ist zu viel für die Stadt.



Das einstige Büro von Walter Gropius mit Möbeln aus der Zeit der 1919 gegründeten Bauhaus Universität Weimar.

Internationale Kunstgrößen wie Wassily Kandinsky, Paul Klee, László Moholy-Nagy und Lyonel Feininger werden nach Weimar berufen, während sich die Stadt in den Augen von Gropius als «rückständiges Bierdorf» entpuppt. 1924 zeichnet sich das Ende des Bauhauses in Weimar ab, 1925 übersiedelt man nach Dessau.

Die rechtsextremen Kräfte sind 1924 in Weimar doppelt so stark wie sonst im Land Thüringen. Der Völkisch-Soziale Block liegt bei 18,6 Prozent. 1932 kommen die Nationalsozialisten gemeinsam mit den Deutschnationalen auf 52,2 Prozent. Schon 1924 fordern die Völkischen die Entfernung aller Juden aus Regierungs- und Beamtenstellen.

Idyllisch liegt die Villa Silberblick unter Weimars Bäumen. Sie gehört zur Biografie eines grossen Mannes, der in Weimar sein Ende fand, ohne eine Wiederauferstehung als Kaufhaus feiern zu müssen: [Friedrich Nietzsche](#). Zuletzt gepflegt von seiner Schwester Elisabeth Förster-Nietzsche, starb der Philosoph im Jahr 1900 in Weimar und musste nicht mehr miterleben, wie man sein Werk in den faschistischen Führerkult hineinverkleisterte.



## Villa Silberblick mit dem Nietzsche-Archiv in Weimar.

Karl F. Schöfmann / Imago

Elisabeth Förster-Nietzsche machte die Übermensch-Rhetorik ihres Bruders zum Proviant aufkommender rechter Strömungen. Mussolini und Hitler konnten sich als von Nietzsche vorausgeahnt fühlen. Im Juli 1933 telegraphiert die Philosophenschwester Mussolini zu seinem 50. Geburtstag und schreibt gleich im Namen des Nietzsche-Archivs. Glückwünsche werden entboten, «dem herrlichsten Jünger Zarathustras, den sich Nietzsche träumte, dem genialen Wiedererwecker aristokratischer Werte in Nietzsches Geiste».

## Hitler tarnt sich als Schriftsteller

Ein anderer, der sich aus der Sicht von Elisabeth Förster-Nietzsche als Wiedererwecker qualifiziert hat, geht schon seit längerem in Weimar ein und aus. Adolf Hitler hat hier in der deutschen Provinz genügend Windschatten, um seine Pläne zu verfolgen. Wenn er Berlin und München meidet, dann ist er an der Ilm. 1926 hält Hitler den ersten Reichsparteitag nach der Wiedergründung der NSDAP in Weimar ab. Als Reichskanzler hat er mit Weimar viel vor und setzt hier so viel um wie kaum anderswo.

Die Gauhauptstadt bekommt ein grössenwahnsinniges Gauforum, das heute noch die Stadt an empfindlichster Stelle durchschneidet. Die Mischung aus Nazi-Architektur und wüstenhafter Weite hat die Kommune bis heute nur kosmetisch in den Griff bekommen. In den Gebäuden sind städtische

Verwaltungen untergebracht. Unter dem Exerzierfeld ist heute eine Tiefgarage, in einen unvollendeten Hallenbau wurde ein Einkaufszentrum hineingestellt.

Weimar ist voll mit architektonischen Memorabilien aus der NS-Zeit. Es gibt unterirdische Stollen früherer Industrieanlagen, Bonzenvillen und ein ehemaliges Altersheim für arische Schauspieler. Es trug den Namen von Hermann Görings Frau Emmy. Und dann ist da noch das berühmte Hotel «Elephant» am Weimarer Markt, seit Goethes Zeiten Hauptquartier künstlerischer Konspirationen. Umschlagplatz der Ideen. Treffpunkt von Franz Liszt und Richard Wagner. Die Bauhaus-Leute waren hier und das «Konzil der geistigen Krieger» um den Verleger Ernst Rowohlt.



## Eingang zum Hotel Elephant in Weimar.

Jürgen Ritter / Imago

Nur zum Schein hat sich Adolf Hitler als Kämpfer für das Geistige getarnt, als er sich zum Reichsparteitag 1926 unter der Berufsbezeichnung «Schriftsteller» einquartierte. «Lieber Führer, bitte, bitte – lenk auf den Balkon die Schritte!», skandierten die Weimarer Massen, wenn Hitler da war. Das alte Hotel hat er 1937 abreißen und durch einen Neubau in Führer-Fasson ersetzen lassen. Die leider oft nachgefragte Hitler-Suite wurde 1998 zur Udo-Lindenberg-Suite, heute trägt sie den Namen von Lyonel Feininger.

## Das Falsche an der Geschichte

Es sind die Namen, von denen Weimar lebt, das ewige Goethe-Schiller-Konzept, das so gross ist, dass es für neue ideologische Räume immer wieder passend gemacht werden muss. Den Anti-Antisemiten Nietzsche haben die Nationalsozialisten zu einem der Ihren umgedeutet und natürlich auch Schiller. Der Mann, der davon überzeugt war, dass es ein kleinliches Ideal sei, «für eine Nation zu schreiben», wurde zum revolutionären Nationalisten umgestempelt.

Wer sich gegen diese Vergangenheit wehren will, der muss selbst eingreifen ins Netz der Namen und Bedeutungen. Beim Weimarer Gauforum, wo bis zu 40 000 Menschen den Führer feiern konnten, drängen sich heute die Autos, um in die Tiefgarage zu kommen. Der dortige Adolf-Hitler-Platz heisst heute Jorge-Semprún-Platz. Er ist nach dem spanischen Schriftsteller und Widerstandskämpfer benannt, der Weimar nicht als Stadt zeitloser Humanität kennenlernte, sondern als Amtssitz für das Konzentrationslager Buchenwald. Nach Buchenwald war Semprún im Januar 1944 deportiert worden.



Rekonstruierter Lagerzaun mit Wachturm im einstigen Konzentrationslager Buchenwald.

Michael Weber / Imago



Verbrennungsofen des Krematoriums im einstigen Konzentrationslager Buchenwald.

Michael Weber / Imago

Das Weimar, das die Signatur Goethes trägt, will ein anderes sein. Es ist ein inselhaftes Phänomen, so wie das Goethe-Haus am Frauenplan eine Insel ist. Im Garten des Dichters tuckert der Rasenmäher, im Fensterladen des Arbeitszimmers ist noch das Loch zu sehen, das für die optischen Experimente des Gelehrten wichtig war. Sein Haus war eine Denkmachine mit 52 000 Forschungsobjekten, geborgen in Schränken und Laden. Goethe hat Dinge enträtselt und hinterlässt denen, die jetzt sein Haus auf Vordermann bringen müssen, viele Fragen. Was gehört wirklich hierher? Auch im Goethe-Haus hat sich Adolf Hitler verewigt. Ein Museumsneubau aus dem Jahr 1935 war ein Geschenk des Führers, gipsern stand sein Kopf im Foyer.

Heute im Goethe-Haus Inventur zu machen, heisst, das Falsche vom Echten unterscheiden zu können. Die über 190 Jahre seit dem Tod des Dichters sind nicht nichts und haben ihre Spuren hinterlassen: falsche Farben, falsche Möbel, falsche Geschichten.

Das Falsche an der echten Geschichte hat sich gezeigt, als die SS 1937 einen Namen für das Konzentrationslager finden musste, das nur ein paar Kilometer von Weimar entfernt entstanden war. Beim Vorschlag «K. L. Ettersberg» protestierte die NS-Kulturgemeinde. Ettersberg, der Name des Hügels neben Weimar, stehe mit dem Leben Goethes zu sehr in Verbindung. Genau dort, wo jetzt das Konzentrationslager war, hatte Eckermann am 26. Juni 1827 bei einem Picknick die Worte des begeisterten Dichters notiert: «Hier fühlt man sich gross und frei.»

25 août 2023 (NZZ)

[Documenta, Roger Waters, der «Kostümjude» Fabian Wolff: Linke Israelkritik boomt \(nzz.ch\)](#)

KOMMENTAR

## Der Israel-Knacks der Linken

Die Juden kommen kaum noch aus den Schlagzeilen. Von der Documenta über Roger Waters bis zum «Kostümjuden» Fabian Wolff: Worum geht es? Klar: gegen Israel. Und um eine eigenartige Freude, dass Juden nicht nur Opfer sind.

Andreas Scheiner 118 Kommentare 25.08.2023, 05.30 Uhr 7 min



Feministinnen verknüpfen ihr Anliegen mit dem Kampf der Palästinenser. Die Aufnahme stammt von einer Demonstration 2019 in Israel. Bruno Thevenin / Imago

Die Chance, einem Juden zu begegnen, ist für viele Menschen relativ klein. Juden machen 0,2 Prozent der Weltbevölkerung aus. Von den 15 Millionen Juden weltweit leben knapp die Hälfte in Israel. Und etwa 6 Millionen in den USA. Bleiben im Rest der Welt nicht mehr viele. In den Medien muss man trotzdem nie lange nach Juden suchen. «Jews are news», das weiss jeder Journalist. Über Juden berichten bringt Aufmerksamkeit.

Die Präsenz von jüdischen Themen kann gut wie schlecht sein. Schlecht, weil eine Ballung bedeutet, dass wohl der Antisemitismus boomt. Gut, weil der geballte Antisemitismus aufgezeigt wird.

In letzter Zeit scheinen die Juden kaum noch aus den Schlagzeilen zu kommen. Angefangen hat es mit dem Angriff auf Deutschlands Holocaust-Gedenken. Die Deutschen seien fixiert auf Auschwitz, um von ihren kolonialen Verbrechen abzulenken, sagen Postkolonialisten. Dann der kuratierte Judenhas auf der Documenta. Dann Roger Waters, der mit seiner Israel-Phobie den Antisemitismus auf und neben der Bühne bewirtschaftet. Kürzlich etwa auch die Geschichte um den «Kostümjuden» Fabian Wolff, einen scharfen Israel-Kritiker, der sich eine jüdische Mutter herbeiphantasierte. Von den jeweils neusten Ideen der Anhänger der Bewegung BDS, die für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen steht, gar nicht zu reden.

Was ist der gemeinsame Nenner der Geschichten? Klar, Israel. Es geht gegen Israel. Und es handelt sich jeweils um Israel-Kritik aus einer linken Position heraus.

## Der Judenhas der Emanzipierten

Die Debatten sind das eine. Im Buch «Judenhass Underground» (Hentrich & Hentrich, 2023) ist akribisch dargelegt, wie anfällig linke Subkulturen für Israel-Hass und Antisemitismus sind. Im Hip-Hop «rhymen» Rapper gegen «Rothschilds» an, in Bewegungen wie «DJs for Palestine» dröhnt eine antisemitische Begleitmusik. In der «Klimaintifada» wird der Israel-Hass von «Fridays for Future»-Exponenten zum Anheizen des grünen Anliegens befeuert. Gleichzeitig feiern Feministinnen die Terroristin Leila Khaled von der Volksfront zur Befreiung Palästinas als Ikone der Weiblichkeit.

Auf Israel als Feind vermag man sich offenbar in den unterschiedlichsten emanzipatorischen Bewegungen zu einigen. Und ob durch die Hintertür wie in der Postkolonialismus-Debatte, wo Israel als koloniales Projekt kritisiert und sein Existenzrecht infrage gestellt wird; ob von Ausstellungswänden herab oder von der Stadionbühne; oder ob als Beigemüse zum Streit über die israelische Justizreform: Die Israel-Kritik beweist, dass sie in jedem Feld funktioniert. Jeder fühlt sich frei, mitzumachen.

Es ist sogar zum Wohl der Juden. So zumindest sehen das gut 40 Prozent der Deutschen. Laut einer Umfrage sind sie der Meinung, dass die israelische Regierung zur Judenfeindlichkeit beitrage. Im Umkehrschluss: Wer den jüdischen Staat kritisiert, hilft den Antisemitismus zu bekämpfen. Masei Tov!

Kein Land auf der Welt wird öfter kritisiert als Israel. 103-mal hat der Menschenrechtsrat der Uno den jüdischen Staat seit 2006 verurteilt. Syrien, die Nummer zwei in der Rangliste, brachte es auf 42 Verurteilungen. Israel-Kritik ist salonfähig. Mainstream. Trotzdem nimmt, wer Israel kritisiert, für sich in Anspruch, aus einer Minderheitsposition zu sprechen. Der Israel-Kritiker versteht sich als mutiger Überbringer von schlechten Nachrichten.

## David gegen Goliath

«Die Deutschen haben eine unglaubliche Angst, nur einen kritischen Satz zu Israel zu sagen.» So äusserte sich kürzlich in einem Interview mit der «Frankfurter Rundschau» die amerikanisch-jüdische Philosophin Susan Neiman, die in Deutschland gerne zu jüdischen Debatten befragt wird. Wie kommt sie darauf? Wenn alle eine solche Angst haben, wer genau führt die hysterischen Debatten?

Die kognitive Akrobatik ist erstaunlich. Aber sie muss wohl sein: Denn es geht darum, die Position des Aussenseiters zu beanspruchen. Die Israel-Kritik ist von Grund auf konzipiert als der Kampf eines David gegen Goliath.

Israel zu kritisieren, scheint für bestimmte Kreise sinnstiftend. In der Selbstwahrnehmung steht man auf der Seite der Schwachen. Der jüdische Staat, obwohl von Feinden umgeben, wird als Übermacht dargestellt.

Dass die Lebensbedingungen im Westjordanland und in Gaza zum Teil katastrophal sind, ist klar. Ob es den propalästinensischen Stimmen aber um das Leid der Palästinenser geht, ist zumindest fraglich. Denn die Hamas, die in Gaza die eigene Bevölkerung terrorisiert, oder auch die Diktatur der Fatah finden in der israelkritischen Nahost-Analyse selten Erwähnung. Und sicher gibt es Fälle von Diskriminierung israelischer Araber. Doch während Israel als «Apartheidstaat» diffamiert wird,

wurde dieser Vorwurf etwa Jordanien oder Libanon noch kaum gemacht. Obwohl dorthin geflüchteten Palästinensern teilweise seit Generationen gleiche Rechte verwehrt werden – was in Israel nicht der Fall ist.

Ist die Israel-Kritik auf dem linken Auge blind? Aus der gegenwärtigen Beschallung mit israelkritischen Themen, aber auch aus dem antisemitischen Schmonzes in den Subkulturen spricht ein altbekannter linker Reflex. Es ist der klassische Israel-Knacks, der sich hier zurückmeldet.

## Der neue Nazismus

Das Israel-Syndrom bildete sich nach dem Zweiten Weltkrieg heraus. In den sechziger Jahren wehte ein Wind des Aufbruchs, der europäische Imperialismus lag in den letzten Zügen. Aber die jungen Deutschen, die sich als Neue Linke verstanden, trauten der Sache nicht. Sie blickten nach Kuba und sahen die amerikanische Invasion in der Schweinebucht. Sie schauten nach Vietnam und sahen die amerikanischen Bomber über friedliebenden Reisbauern. Und was sie zu sehen glaubten, war das genuin Böse: ein Aufflackern von Nazismus.

Was, wenn der Nazismus nicht eigentlich besiegt war? Gerade in konservativen Parteien in Deutschland durften sich alte Nazi-Größen nach dem Krieg weiter betätigen. Die Neue Linke registrierte das. Und war alarmiert. Zu Recht. «Nie wieder!» ist das zentrale Versprechen des Grundgesetzes, das auf den Schuttbergen des Zweiten Weltkriegs gegeben wurde. Aber das rechtsextreme Denken war nicht einfach verschwunden. Die Neue Linke schrieb sich den Widerstand auf die Fahne.

Im Kampf gegen den Zombie-Nazismus übte sie sich bald in hektischen Manövern. Als Israel im Sechstagekrieg 1967 Land gewann, war die Neue Linke konsterniert. Israel schien ein brutales imperialistisches Potenzial innezuwohnen. Davor hatte man mit Israel sympathisiert. Immerhin wurde im Kibbuz das sozialistische Ideal gelebt.

Mit dem Präventivschlag zeigten die Israeli, dass sie nicht in der Verteidigungshaltung verharrten. Wer die Welt in Knechte und Geknechtete unterteilt, den musste die jüdische Selbstermächtigung überfordern. Die Juden bedienten nicht länger ein Opfernarrativ, das sich für den antiimperialistischen Kampf eignete.

Nach dem Sechstagekrieg kündigte die Neue Linke dem Judenstaat die Freundschaft auf. Und kalibrierte den Nahost-Kompass neu. In ihrem manichäischen Weltbild war Israel jetzt der «Crypto-Nazi», der getarnte Nazi, wie der amerikanische Autor Paul Berman in «Power and the Idealists» (W. W. Norton & Company, 2007) treffend analysiert.

Der zentrale Gedanke in der Neuen Linken war, dass der Nazismus noch lange nach dem Holocaust als eine Art Weltgeist weiter sein Unwesen trieb. In gerissenen Formen habe sich das Böse in die Gegenwart gerettet, fürchteten die linken Studenten. Und Israel schien das ultimative Beispiel dafür zu sein. Wenn der Nazismus nur immer neue Verkleidungen suchte, so schreibt Berman, dann hatte er im jüdischen Staat seine perfekte Camouflage gefunden.

Natürlich war die Vorstellung vom Juden im Nazi-Mantel auch entlastend. Ein jüdisches Tätervolk? Dann war ja das deutsche doch nicht so beispiellos. Und in der völlig pervertierten radikallinken Logik mussten im Kampf gegen den untoten Nazismus nun die Juden ins Visier genommen werden.

## «Palästina ist unser Vietnam»

1969 deponierte die Terrorgruppe Tupamaros West-Berlin eine Bombe im jüdischen Gemeindehaus in Berlin. Weil, wie im Bekenner schreiben stand, aus den Juden «selbst Faschisten» geworden seien. Der Anschlag misslang, die Sache flog auf. Auch die Sozialdemokratie verurteilte den blutrünstigen Judenhass. Worauf Dieter Kunzelmann, Kopf des terroristischen Unterfangens, gegen den deutschen «Judenknax» (sic) wettete, der noch immer nicht überwunden sei. «Palästina ist unser Vietnam», war er überzeugt. Der gerechte Kampf heilige alle Mittel.

Auch Nazi-Methoden waren recht: 1976 beteiligte sich die Terrorgruppe Revolutionäre Zellen an der Entführung eines Flugzeugs der Air France, um inhaftierte palästinensische Terroristen freizupressen. Am Flughafen von Entebbe in Uganda machten sich die Terroristen daran, jüdische und nichtjüdische Passagiere in bester Nazi-Manier zu «selektieren». Wie an der Rampe von Auschwitz wurden an der Rampe des Flughafen-Terminals die Juden zur Ermordung ausgewählt.

Einer israelischen Sondereinheit unter dem Kommando des späteren Ministerpräsidenten Ehud Barak gelang es, alle bis auf eine Geisel zu retten. Aber auch ein israelischer Soldat starb bei der Befreiungsaktion, Jonathan Netanyahu. Sein Bruder Benjamin ging danach in die Politik.

Entebbe war nicht nur für die israelische Politik ein Schlüsselmoment. Sondern auch für die deutsche. Damals ein «Sponti», bekannte Joschka Fischer viele Jahre später als Aussenminister, dass nicht zuletzt die «Selektion» in Entebbe zu seiner «Desillusionierung» mit der militanten Linken beigetragen habe.

Paul Berman spricht von einer «grässlichen Dialektik der Geschichte»: Linke Deutsche, die von einer besseren Welt träumten, waren hingegangen, Nazis zu bekämpfen. Doch was taten sie? Sie imitierten die Nazis.

## Israel als Punchingball

Die Lehre aus der Geschichte ist klar: Der Israel-Knacks kann zum gefährlichen Wahn werden. Jetzt ist er wieder ausgebrochen. Wieso? Weil die Abwehrkräfte nachlassen: Die Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs sterben weg. Auch die Erinnerung an die Entstehungsgeschichte Israels verblasst. Für viele Holocaust-Überlebende gab es keine Alternative zu Israel. Der Judenhass in der halben Welt war nicht einfach verpufft. Andere Länder, auch die Schweiz, schotteten sich mehr oder weniger ab von den KZ-Geschädigten. Die Willkommenskultur war nicht allzu ausgeprägt.

Abwehrkräfte schwinden, das ist das eine. Die linken Reflexe von früher finden gleichzeitig zu einer neuen Form: Aus Antiimperialismus ist Postkolonialismus geworden. Die Linke hat für sich ein neues Projekt gefunden. Das Holocaust-Kapitel soll wohl allmählich geschlossen werden, jetzt ist die Kolonialschuld an der Reihe. Und wieder bietet sich Israel als Punchingball an. «Siedlerkolonialismus» ist das neue Schlagwort.

Vergangenheitsbewältigung funktioniert in Deutschland anscheinend nach diesem Prinzip: Man arbeitet die eigene Geschichte auf und arbeitet sich gleichzeitig an Israel ab. Auch davon erzählen die Debatten aus der jüngsten Zeit. Für Juden sind das alles keine guten «news».

24 août 2023 (FAZ)

[Hans-Werner Sinn über Klimapolitik und Verbrennerverbote \(faz.net\)](https://www.faz.net)

HANS-WERNER SINN:

## Ein Plädoyer gegen Alleingänge in der Klimapolitik

VON HANS-WERNER SINN

-AKTUALISIERT AM 24.08.2023-05:57



Die Bevölkerung begehrt mittlerweile gegen den klimapolitischen Extremismus auf und ist empört wie selten. Tatsächlich sind die Verbrennerverbote – ob für Autos oder Heizungen – nutzlos oder sogar kontraproduktiv. Ein Gastbeitrag.

Im Kampf gegen den Klimawandel mutet sich die [EU](#) derzeit Gewaltiges zu. Von 1990 bis 2021, in 31 Jahren, haben jene Länder, die heute zu ihr gehören, einen Rückgang des CO<sub>2</sub> um 27 Prozent geschafft. Das war wegen des Untergangs der alten Industrien der ex-kommunistischen Länder machbar. Den viel schwierigeren Rest, immerhin fast drei Viertel des Weges, will man in 29 Jahren geschafft haben.

Deutschland will sogar fünf Jahre früher am Ziel sein: von heute an in 22 Jahren. Dazu will es die Industrie, die Heizungen und den Verkehr elektrisieren und legt alle Hoffnung auf den Ausbau des Wind- und Solarstroms. Der machte aber im vergangenen Jahr gerade mal 6 Prozent des Primär- und 7,7 Prozent des Endenergieverbrauchs der Bundesrepublik aus. Wunschdenken verdrängt die Wirklichkeit.

Je utopischer die deutschen Ziele wurden, desto heftiger wurden die Eingriffe in Form von Ge- und Verboten, mit denen die Politik die Deutschen auf Kurs bringen möchte. Nach der Atomkraft soll nun mit einem doppelten Verbrennerverbot – bei den Automotoren und den Heizungen – auch das Öl weichen, und das Gas kommt ohnehin nicht mehr aus Russland. Kein Wunder, dass die Angst vor der Deindustrialisierung grassiert. Die ist in der Tat schon seit 2018 im Gange, denn das war das Jahr, in dem es der deutschen Automobilindustrie mit einer prohibitiven CO<sub>2</sub>-Verordnung für den Flottenverbrauch an den Kragen ging, ohne dass die Regierung von [Angela Merkel](#) Widerstand leistete.

Die deutsche Industrieproduktion ist seitdem um 7 Prozent gefallen, während sie in Ländern wie Österreich und der Schweiz um 9 Prozent beziehungsweise 22 Prozent zulegen konnte. Die Automobilindustrie, das Herzstück der deutschen Wirtschaft, wurde durch die Verbotspolitik im Markt getroffen. Amerikanische und bald auch chinesische Unternehmen, die den deutschen Herstellern bei den [Verbrennermotoren](#) nie das Wasser hatten reichen können, erobern das Feld. Mit einer Marktentwicklung, die man verschlafen hat, hat das Ganze nichts zu tun. Es ist Planwirtschaft pur.

Die Bevölkerung begehrt mittlerweile gegen den klimapolitischen Extremismus auf und ist empört wie selten. Die meisten Irritationen rufen die Verbrennerverbote hervor, denn sie verändern die Lebenswirklichkeit der Menschen und unterminieren ihren [Wohlstand](#).

## Das Ölverbot der EU hilft dem Klima nicht

Angesichts der Rigidität und des Umfangs der politischen Eingriffe in das Marktgeschehen sollte man hoffen, dass damit wenigstens das Ziel erreicht wird, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Welt zu verringern. Daran sind aber Zweifel angebracht, denn nur eine kleine Teilmenge der Länder der Welt agiert wie die EU. Das Pariser Abkommen, das sich auf die Gesamtemissionen an CO<sub>2</sub> für alle **Brennstoffe** bezieht, ist kein völkerrechtlich bindender Vertrag, sondern eine Absichtserklärung, die ihre rechtliche Bindungswirkung nur im Innenverhältnis der EU-Länder entfaltet. Es enthält gerade mal für ein Drittel der Unterzeichnerländer und ein Drittel des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Welt messbare Mengenbeschränkungen.

Tatsächlich sind die Verbrennerverbote nutzlos, wenn nicht kontraproduktiv. Dazu habe ich über die Zeitung „Bild“ zwei Steine ins Wasser geworfen. Meine erste These ist, dass das unilaterale Ölverbot der EU dem Klima nicht hilft, weil **Rohöl** ein international handelbarer Brennstoff ist, der zu fallenden Preisen einfach nur anderswohin geliefert und dort zum eigenen Nutzen von den Konkurrenten aus anderen Erdteilen verbrannt wird. Die zweite These lautet, dass die EU gezwungen sein wird, die als Ersatz vorgesehene Elektrifizierung auch durch Einsatz von Braunkohlekraftwerken zu bewerkstelligen, und dass insofern sogar mehr CO<sub>2</sub> in die Luft gelangt. Zu diesen Thesen schlug mir viel spontane Kritik von Kollegen entgegen, die dazu von Journalisten befragt wurden. Hier will ich meine Position näher begründen und auf meine Kritiker eingehen.

Es ist für meine Argumentation von entscheidender Bedeutung, zwischen international gehandelten Brennstoffen wie vor allem Öl, aber auch Steinkohle und Gas, auf der einen und der kaum oder nicht gehandelten Braunkohle auf der anderen Seite zu unterscheiden. Von der Braunkohle gibt es in einigen EU-Ländern, allen voran Deutschland, erhebliche Lagerstätten.

Ferner ist es wichtig, sich klarzumachen, dass aller Kohlenstoff, der auf der Welt gefördert wird, irgendwo verbrannt wird und über kurz oder lang vollständig oxidiert, also in CO<sub>2</sub> verwandelt wird. Keine noch so raffinierte Effizienzverbesserung von Verbrennungsprozessen, kein technischer Fortschritt bei grünen Technologien und keine Isolierung von Gebäuden können daran etwas ändern. Wie viel CO<sub>2</sub> aufgrund der Verbrennung von Öl in die Luft gelangt und zum Klimaeffekt beitragen kann, hängt letztlich nur vom Verhalten der Ölförderländer ab. Nur die Sequestrierung, also die Verpressung von flüssigem CO<sub>2</sub> in unterirdischen Lagerstätten, bietet einen eigenen Lösungsweg, aber sie spielt vorläufig leider keine Rolle.

## Die Corona-Krise als natürliches Experiment

Ein Indiz, wenn nicht Beleg, für die Nutzlosigkeit unilateraler Ölverbrennungsverbote liefert ein Blick auf den weltweiten Rohölmarkt, dargestellt im oben stehenden Diagramm. Die zwei Kurven stellen die Entwicklung der weltweiten Ölförderung und des Ölpreises dar. Beide Kurven zeigen Indexwerte, die so normiert sind, dass ihre Mittelwerte 100 sind. Sie können also sinnvoll in demselben Diagramm abgebildet werden.

Das Diagramm beginnt 1982 nach dem Ende der zweiten Ölkrise. Zuvor waren die Ölpreise zweimal kräftig gestiegen, weil es wegen einer bewussten Entscheidung der **OPEC** und wegen der Revolution im Iran zu einer Drosselung der Weltölproduktion gekommen war. Von einer aktiven Mengenpolitik haben sich die Förderländer danach jedoch verabschiedet, und trotz verschiedener Krisen war der Pfad der Weltölproduktion sehr stabil. Er folgte praktisch einer Geraden, die bei nur minimalen Ausschlägen im Laufe der Jahrzehnte stetig anstieg.

Gleichzeitig sind die Preise wild umhergesprungen. Sie schwankten in der Zeit bis 2019 zwischen 20 Dollar und 134 Dollar pro Barrel. Verursacht wurden diese Schwankungen durch Nachfrageänderungen in verschiedenen Teilen der Welt, die zwar auch mit der europäischen **Klimapolitik** zu tun hatten, doch wohl vor allem auf unterschiedliche Konjunktorentwicklungen zurückzuführen waren. Wenn eine der großen Regionen in die Rezession ging, fiel die Ölnachfrage und damit auch der Weltmarktpreis. Wegen der fehlenden Reaktion der Förderländer fiel der Preis gerade so weit, bis andere Regionen genau die

Mengen kauften, die wegen der Rezession freigegeben wurden. Und wenn eine Region in den Boom geriet, fragte sie mehr Öl nach und trieb wegen fehlender Angebotsreaktionen die Preise so weit in die Höhe, bis es überall auf der Welt Einsparungen beim Ölverbrauch gab, die die Befriedigung der Mehrnachfrage gerade erlaubten.

Die Situation änderte sich erst mit der **Corona**-Krise vom Frühjahr 2020 an. Man sieht an dem eingekreisten Kurvenbereich, dass die Rezession, die die ganze Welt plötzlich erfasste, die Ölpreise sehr stark fallen ließ. Die OPEC reagierte darauf erstmals seit Jahrzehnten mit einer Produktionsdrosselung, weil sie einen Preisverfall ins Bodenlose befürchtete. Durch die Drosselung der Produktion stoppte sie den Preisverfall und überkompensierte ihn sogar, was sich an den anschließend stark steigenden Preisen zeigte. Mittlerweile bewegen sich die Ölfördermengen und Preise wieder auf ihre Trendwerte zu.

Die Corona-Krise ist ein natürliches Experiment der Geschichte, das zweierlei zeigt. Erstens, dass eine weltweit koordinierte Nachfrageeinschränkung in der Lage wäre, die Ölförderländer in die Knie zu zwingen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß tatsächlich zu reduzieren. Eine solche Koordination kann durch einen weltweiten **Emissionshandel** zwischen den großen Ländern der Erde erreicht werden, wie ich ihn in meinem Buch über das Klimaproblem 2008 gefordert hatte („Super-Kioto“). Das Thema ist später unter dem Begriff des Klimaklubs vertieft worden.

Zweitens zeigt die Krise im Vergleich zu den Jahren davor aber leider auch, dass unilaterale Maßnahmen von Teilgruppen der Länder wirkungslos verpuffen, weil sie nur dazu führen, dass die nicht mehr gekauften Ölmengen anderswo verbrannt werden. Das Öl, das die Europäer freigeben, drückt den Weltmarktpreis unter das Niveau, das sonst realisiert worden wäre, und veranlasst andere Länder, die freigegebenen Mengen vollständig zu konsumieren. Trotz der ganzen Anstrengungen wird für das Klima nicht nur wenig, sondern nichts erreicht, weil die Förderländer nicht reagieren.

Die Ressourcenbesitzer würden zweifellos ihr Angebot senken, wenn die Preise unter die Extraktionskosten marginaler Lagerstätten fielen. Bis dahin ist es aber in der Realität und nach der intertemporalen Theorie der erschöpfbaren natürlichen Ressourcen ein weiter Weg, weil sie bei ihrer Angebotsentscheidung auch noch Opportunitätskosten in Form entgangener zukünftiger Gewinne berücksichtigen. Unrentabel werden marginale Lagerstätten nicht automatisch bei irgendwelchen Preissenkungen, sondern erst, wenn diese Preissenkungen hinreichend groß sind und einige weitere Bedingungen vorliegen. Das war offenbar jahrzehntelang nicht der Fall, wohl aber in der Corona-Krise.

## **Gefährliche Rückbesinnung auf die Braunkohle**

Besonders misslich an der unilateralen Verzichtspolitik ist der Umstand, dass der enorme Mehrverbrauch an Strom, den die Verbrennerverbote in der EU induzieren werden, die Netzbetreiber veranlasst, Strom aus allen nur verfügbaren Quellen herbeizuschaffen, und die sind leider nicht alle CO<sub>2</sub>-neutral. Natürlich denkt man vor allem an den grünen Strom aus Wind- und Sonnenenergie, doch wird man um die Braunkohle kaum herumkommen.

Der Strom aus Wind- und Sonnenenergie lässt sich zum einen nicht schnell genug herbeischaffen, und zum anderen ist er ein kaum zu bändigender Flatterstrom, der angesichts der Nichtverfügbarkeit von wirtschaftlich betreibbaren Speichern auch den Braunkohlestrom zur Abfederung der Dunkelflauten braucht. Das gilt besonders für jene Länder, die nicht bereit sind, auf die Atomkraft zurückzugreifen.

Ein Lehrstück für die Art, wie die Politik auf Engpässe bei der Stromversorgung reagiert, liefert die Beendigung der russischen Gaslieferungen nach Westeuropa und die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke. Deutschland hatte als Reaktion auf die entstehenden Engpässe kurzerhand fünf große Braunkohlekraftwerksblöcke aus der Reserve zurück ans Netz geholt. Auch Tschechien, Bulgarien und Polen, die ebenfalls über erhebliche Braunkohlebestände verfügen, haben die Braunkohleproduktion wegen der plötzlichen Energieknappheit wieder deutlich gesteigert. In Polen wurde die Verbrennung von Braunkohle für den Hausbrand wieder erlaubt. Und die tschechische Regierung erwägt, zur Herstellung

der Versorgungssicherheit den Braunkohleausstieg, der für 2033 geplant war, zu verschieben. Dazu hat sie schon mit den Betreiberfirmen Verhandlungen aufgenommen.

Wie brenzlich die Lage auch wegen der vielen Elektroautos und Wärmepumpen schon heute ist, zeigt eine Äußerung des Präsidenten der Bundesnetzagentur. Wegen der Stromknappheit hält er es für möglich, dass Wärmepumpen und Ladeeinrichtungen für E-Autos schon bald „pauschal abgeschaltet werden müssen“. Aber bevor das droht, wird man schwerlich auf den Braunkohlestrom verzichten wollen, der all das noch in letzter Minute verhindern kann.

Das Revival der europäischen Braunkohle wäre vielleicht kein großes Problem für das Klima, wenn auch sie ein international handelbarer Brennstoff wäre. Dann könnte man hoffen, dass die zusätzlich in der EU verbrauchten Mengen bei unveränderter Extraktion der Förderländer anderen Verbraucherländern entzogen werden. So ist es aber nicht. Eben weil die Braunkohle nicht im Weltmaßstab gehandelt wird, gelangt mit ihr fossiler Kohlenstoff über die Kraftwerke in die Luft, den die EU sonst hätte versiegeln können. Wegen des weltweiten Verschiebehahnhofs beim Rohöl folgt daraus leider, dass der Welt-CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch das europäische Verbrennerverbot steigt.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wer einen Verbrenner fährt, schont das Klima, weil er den Brennstoff Verbrauchern in anderen Erdteilen entzieht, doch wer ein Elektroauto fährt, beschleunigt den Klimawandel, weil er damit nicht nur Windräder zum Laufen bringt, sondern auch Braunkohle aus der Lausitz kratzt, die sonst dort hätte liegen bleiben können.

## **Die Gegenargumente**

Ich verstehe sehr gut, dass einige Kollegen auf solche provokanten Thesen nach der Befragung durch Journalisten spontan ablehnend reagiert haben. Die Gegenargumente, die sie vorbrachten, greifen aber nicht.

Gegen die Behauptung, dass ein verstärkter Braunkohleabbau dazu führen werde, dass mehr CO<sub>2</sub> in die Luft gelangt, wurde der europäische Emissionshandel für die in den Kraftwerken verwendeten fossilen Brennstoffe ins Feld geführt. Bei diesem Handel legt die EU-Kommission die Gesamtsumme der CO<sub>2</sub>-Emissionen für ihr Hoheitsgebiet fest, den sogenannten „Cap“, und der Markt entscheidet, wo die Emissionen stattfinden. Mir wurde entgegengehalten, dass der Cap zuverlässig verhindere, dass die Aktivierung der Braunkohle in der EU zu mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß führt, weil Preiserhöhungen bei den Zertifikaten andere fossile Brennstoffe gerade in dem Umfang verdrängen, wie mehr Braunkohle verbrannt wird.

Das stimmt für die EU, aber nicht für die Welt, weil die verdrängten fossilen Brennstoffe, also vor allem das Gas und die Steinkohle, weit über die Grenzen der EU hinaus handelbar sind. Sie landen statt in Europa anderswo auf der Welt, werden dort verbrannt und erhöhen auf diesem Wege die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Luft.

Allerdings weisen insbesondere die Grünen, die sich des Vorwurfs der Wirkungslosigkeit des grünen Stroms beim Kampf gegen den Klimawandel erwehren müssen, darauf hin, dass der Cap eine politische Größe ist und deshalb auf eine Veränderung der Energieknappheit reagiere. Da der grüne Strom den Preis der Emissionsrechte senkt, könne der Cap mit der Zeit weiter verengt werden, und das führe im Ergebnis zu einer Emissionsreduktion. Wenn man sich diesen Einwand zu eigen macht, dann muss man auch die Gefahr anerkennen, dass eine Preiserhöhung der Zertifikate aufgrund einer Reaktivierung der Braunkohle eine Lockerung des Caps und eine Mehremission von CO<sub>2</sub> selbst auf europäischem Territorium zur Folge hätte. So oder so käme mehr Kohlenstoff in die Luft, wenn mehr Braunkohle verbrannt wird. An welcher Stelle des Planeten das passiert, ist für den Klimateffekt egal.

So als hätte ich es bestritten, wurde mir auch entgegengehalten, dass die Erforschung grüner Technologien einen Nutzen für die Welt haben kann. Dem würde ich natürlich sofort zustimmen. Diese Forschung sollte indes, wie alle Grundlagenforschung, mit öffentlichen Mitteln betrieben und nicht durch

Verbrennerverbote in Gang gebracht werden. Die gesamte EU oder ganz Deutschland durch die jeweiligen Verbrennerverbote zum Versuchskaninchen bei der Suche nach billigerer Energie zu machen ist keine Politik, die sich sachverständig verantworten lässt, zumal der Verlust des Wettbewerbsdrucks, den die Verbote bedeuten, schwerlich in der Lage ist, billigere Energie hervorzubringen als jene, die wir haben – ganz im Gegenteil.

Mit dem doppelten Verbrennerverbot prescht Deutschland voran, und beim Atomausstieg ist es der Geisterfahrer auf der Autobahn. Mit seinem Sonderweg will es der Welt zeigen, wie es geht. Angesichts des Rückgangs der Industrieproduktion und der Sinnlosigkeit unilateraler Maßnahmen, die dem Klima nichts bringen, doch den Konkurrenten zu billigen Brennstoffen verhelfen, ist allerdings eher das Gegenteil zu befürchten, nämlich dass Deutschland der Welt zeigt, wie es nicht geht. Damit desavouiert es die grüne Bewegung und den notwendigen Kampf gegen den Klimawandel auf der ganzen Welt.

Die wirkliche Lösung kann nur im Klimaklub liegen. Die EU sollte im Verein mit den Großmächten der anderen Kontinente dazu alles Erdenkliche unternehmen. Es ist besser, etwas zu versuchen, das funktionieren würde, auch wenn der politische Weg dorthin steinig ist, als schnell irgendwelche symbolischen Ersatzhandlungen vorzunehmen, die zwar ein gutes Gewissen erzeugen, doch angesichts der hier dargelegten Marktmechanismen tatsächlich nichts Gutes bewirken.

*Hans Werner Sinn war Präsident des Ifo-Instituts in München.*

24 août 2023 (Le Figaro)

[L'immigration coûte plus qu'elle ne rapporte \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

# L'immigration coûte plus qu'elle ne rapporte

Par [Judith Waintraub](#)

Publié le 24/08/2023 à 09:00, mis à jour le 25/08/2023 à 11:16



Évacuation d'un camp de migrants Porte de la Chapelle. *Albert Facelly / Divergence*

**DÉCRYPTAGE - Consultant international sur l'Afrique et les migrants, Jean-Paul Gourévitch a réalisé pour *Contribuables Associés* une étude sur le rapport entre les dépenses et les recettes engendrées par l'immigration en 2023.**

---

L'immigration est-elle une «chance pour la France», comme le proclament la gauche et, quand il ne dit pas l'inverse, Emmanuel Macron? Ou bien, au contraire, participe-t-elle à son déclasserment, comme on l'affirme à droite, de Laurent Wauquiez à Éric Zemmour en passant par Marine Le Pen? L'étude réalisée par le spécialiste des migrations Jean-Paul Gourévitch pour *Contribuables associés* a le grand mérite de verser des éléments factuels et chiffrés au débat idéologique qui nous agite depuis cinquante ans. Il ne prétend pas embrasser le phénomène dans toutes ses dimensions, notamment humaines, mais fournir des données objectives dans un domaine qui en manque singulièrement.

*«Pour Contribuables Associés, l'immigration doit être traitée au même titre que la dette, les dépenses publiques, la fiscalité ou encore les gaspillages, affirme son directeur, Benoît Perrin. Elle coûte cher au contribuable: 53,9 milliards par an, c'est plus de quatre fois le budget du ministère de la Justice. Certes, elle génère des recettes, fiscales et non fiscales, et des contributions sociales, mais ces rentrées pèsent peu face aux dépenses multiples qu'engendre l'immigration régulière - en termes de prestations sociales, de coûts régaliens, sociétaux, éducatifs... - et irrégulière - coûts médicaux, de lutte contre l'immigration irrégulière, hébergement d'urgence. Notre objectif est de nourrir les débats, d'abord au Sénat, où le projet de loi immigration doit être discuté en septembre, puis à l'Assemblée nationale quand le texte reviendra devant les députés. Cette étude devrait être réalisée chaque année par les services de l'État mais, par manque de courage, ce n'est jamais fait.»*

## Une étude comme «base de travail»

Jean-Paul Gourévitch le déplore dans l'interview qu'il nous a accordée. Les chiffres sur lesquels il a travaillé sont extrêmement difficiles à obtenir, soit parce que ceux qui en disposent, ministères, collectivités locales ou associations, répugnent à leur donner une trop grande publicité, soit tout simplement parce que dans ce domaine comme dans beaucoup d'autres, l'État ne tient pas ses comptes.

*«Dans la colonne des bénéfiques, explique-t-il, il est quasi impossible d'évaluer ce que rapportent les investissements en termes d'éducation et de politique de la ville, qui visent à améliorer les compétences et les conditions de vie des immigrés et de leurs descendants directs. Le bénéfice est réel, mais différé. Dans la colonne des coûts, l'impossibilité d'obtenir un montant précis des fonds publics directement dédiés aux associations d'aide aux migrants nous a contraints à faire une évaluation, que nous estimons au minimum à 1,2 milliard d'euros. Et comme nous ne pouvons pas mesurer l'efficacité à long terme de ces investissements, à effet différé et aléatoire, nous les avons inscrits eux aussi dans cette zone grise.»*

Le chercheur ne veut pas trancher entre dissimulation volontaire et négligence, mais démêler l'écheveau des coûts et des recettes engendrés par l'immigration lui a demandé un travail considérable. Il estime cependant que son étude, malgré ce qu'il appelle ses «zones de pénombre», constitue une «base de travail» qui peut «faciliter la prise de conscience de ce que l'immigration représente en termes financiers pour notre pays».

## Coûts indirects

Les dépenses dues aux seules migrations régulières sont essentiellement des prestations sociales: Revenu de solidarité active (RSA), dépenses couvertes par la Sécurité sociale (dont maladie, accidents du travail et vieillesse) et chômage. La part de l'immigration dans les 12,36 milliards versés en 2022 au titre du RSA est d'un peu moins de 3 milliards, conséquence logique de la surreprésentation des immigrés dans la population la moins aisée. En ce qui concerne les dépenses couvertes par la Sécurité sociale pour les immigrés en situation régulière, celles concernant la maladie sont le plus gros poste de déficit: 41,44 milliards en 2022. Loin derrière, la part du coût des retraites imputable à l'immigration est de 25,5 milliards d'euros.

L'État ne fait rien pour faciliter la collecte, ni surtout la diffusion publique de ces données sensibles

Les migrations génèrent aussi des coûts indirects, via les frais de fonctionnement des organismes qui les gèrent, Office français de protection des réfugiés et apatrides (Ofpra) et Office français de l'immigration et de l'intégration (Ofii) en tête, ou encore pour la police et la justice. Selon les calculs de Jean-Paul Gourévitch, la part de l'ensemble de la délinquance étrangère dans la petite délinquance est de 71 %. La drogue coûte à l'État quelque 13 milliards d'euros, dont 12,48 milliards seraient imputables à l'immigration.

## Visas étudiants

Le chercheur se livre aussi, et c'est une première, à une tentative d'évaluation de l'évasion fiscale liée à la prostitution. Des recoupements statistiques lui permettent d'évaluer à 90 % la proportion de prostituées d'origine étrangère et à 80 % celle des proxénètes d'origine étrangère. Cette activité représenterait pour l'État un manque à gagner en termes de cotisations et d'impôts de 2,7 milliards d'euros. Et ce, sans compter les prostitués étrangers mineurs et la prostitution étudiante occasionnelle, aucune donnée fiable n'étant disponible les concernant. Les coûts humanitaires, dont ceux de l'hébergement, ont sensiblement augmenté entre cette enquête et la précédente, réalisée en 2020. Cette hausse est due aux difficultés d'hébergement des nouveaux migrants arrivants, les réfugiés ukrainiens ayant été déclarés prioritaires.

Il faut y intégrer les sommes dédiées par l'État à l'éducation des étrangers et descendants d'étrangers, de l'école aux études supérieures. Avec un succès tout relatif. «S'ils sont plus diplômés et moins victimes du chômage que leurs parents, écrit Jean-Paul Gourévitch, leurs résultats sont inférieurs à leurs condisciples natifs.» Il explique ces moindres performances par «l'attraction qu'exerce sur eux l'argent facile des trafics», mais aussi par «la lenteur, la longueur et la difficulté de l'ascension méritocratique dans un environnement souvent hostile». L'apport des étudiants étrangers à l'enrichissement de notre pays, tant vanté par Emmanuel Macron, est difficilement évaluable selon

l'auteur de l'étude. En août 2022, le président français avait signé à Alger avec son homologue Abdelmadjid Tebboune un accord de partenariat qui prévoyait notamment l'octroi de visas à 8000 étudiants algériens, en plus du contingent annuel de 30.000 jeunes que nous recevons déjà.

Sans contester qu'une partie d'entre eux puissent contribuer à la croissance de notre économie, Jean-Paul Gourévitch se désole de ne pas obtenir des ministères des Affaires étrangères et de l'Éducation nationale, pourtant concernés au premier chef, des réponses à des questions essentielles pour déterminer au moins un ordre de grandeur de l'apport de ces étudiants: *«Combien d'entre eux abandonnent en cours d'études? Changent d'orientation? Obtiennent leurs diplômes? Restent en France ensuite ou la quittent pour s'en retourner au pays d'origine ou vendre leurs compétences dans un autre pays du Nord?»* Autre zone d'opacité, et non des moindres: combien coûte la lutte contre l'immigration irrégulière et quel est le montant des subventions versées aux organismes qui la combattent... ou la gèrent. Malgré l'augmentation du parc consacré aux demandeurs d'asile qui dépasse aujourd'hui les 100.000 places, elle n'héberge qu'un demandeur d'asile sur deux.

Le France est la seule en Europe à garantir par la loi « l'abri inconditionnel », gratuit et sans limitation de durée

Pour les autres, l'État paie des hôtels dans le cadre de ce qui est appelé «*l'abri inconditionnel*» un hébergement gratuit et sans limitation de durée pour le migrant irrégulier, qui constitue une singularité en Europe, aucun pays n'étant aussi généreux. Jean-Paul Gourévitch s'appuie sur les chiffres rendus publics en 2020 par Didier Leschi, directeur de l'Ofii, dans son livre *Ce grand dérangement. L'immigration en face\**. Il évaluait le coût annuel de l'hébergement à 3 milliards d'euros. L'expert s'est aussi intéressé à la rentabilité des investissements extérieurs de l'État, essentiellement l'aide au développement des pays d'origine des candidats à l'immigration. L'idée que les tentatives de réduction des flux migratoires seront vouées à l'échec si les Européens n'aident pas ces pays à se doter d'infrastructures et d'industries fait consensus dans le débat politique français. Nicolas Sarkozy l'a encore redit dans l'interview qu'il a accordée au *Figaro Magazine* la semaine dernière: *«C'est à l'Europe de prendre en main la construction et le financement des gigantesques infrastructures dont l'Afrique a besoin.»*

## Régularisations

En 2022, l'aide publique française au développement a presque atteint 16 milliards d'euros, un record historique. Elle n'était que de 10,3 milliards en 2018. L'Afrique subsaharienne a reçu près d'un tiers de cette aide, soit six milliards d'euros, dont 2,4 milliards sont spécifiquement envoyés pour donner aux bénéficiaires des raisons de rester dans leur pays d'origine. Or, selon Jean-Paul Gourévitch, ces aides *«tendent paradoxalement à accroître le désir et les opportunités de migration plus qu'à les contenir»*, parce qu'une fois formés, ses bénéficiaires n'arrivent pas à trouver sur place des postes correspondant à leurs compétences et qu'une partie de ces sommes est utilisée pour émigrer. En revanche, il propose des pistes pour réduire les dépenses, notamment en rationalisant les missions dévolues aux associations qui s'occupent des migrants, mais aussi augmenter les recettes, en doublant les régularisations d'étrangers ayant déjà un travail pour atteindre 80.000 titres de séjour par an.

\* Tracts Gallimard n° 22 ; 64 p. ; 3,90 €.

22 août 2023 (NZZ)

[Die Welt wird gleicher - auch wenn der Eindruck täuscht \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

KOLUMNE

## Auch wenn der Eindruck täuscht: Die Welt wird gleicher

In Studien und Artikeln ist viel von der wachsenden Ungleichheit der Einkommen die Rede. Doch ein gutes Leben hängt daneben von vielem anderen ab. Versteht man den Lebensstandard etwas breiter, stellt man fest, dass es heute weniger Ungleichheit gibt als vor dreissig Jahren – und das auf einem insgesamt höheren Niveau.

Gerhard Schwarz

22.08.2023, 05.30 Uhr 3 min



Das Wachstum in Schwellenländern (Bild: Philippinen) war oft mit einer erhöhten Umweltverschmutzung verbunden.

Ezra Acayan / Getty

Das Thema Ungleichheit bewegt. Gemäss Google ist die Verwendung des Begriffs in englischsprachigen Druckerzeugnissen seit den 1950er Jahren anteilmässig um fast 500 Prozent gestiegen. Studien wie jene von Thomas Piketty tragen zur Verbreitung der Vorstellung bei, die Welt sei ungleicher geworden, was fälschlicherweise mit ungerechter gleichgesetzt wird.

Mit ihrer Analyse «Global Inequality in Well-Being Has Decreased across Many Dimensions» halten Chelsea Follett vom Cato Institute in Washington und Vincent Geloso von der dortigen George Mason University dagegen. Sie zeigen, dass die starke Verbesserung der Lebensbedingungen für Milliarden Menschen in den letzten Jahrzehnten mit einer Reduktion der Ungleichheit einherging.



Gerhard Schwarz war Leiter der NZZ-Wirtschaftsredaktion und ist heute Präsident der Progress Foundation.

## Nicht nur Monetäres fliesst ein

Der Befund hat zum einen mit der globalen Perspektive der Studie zu tun. Sie untersucht nicht die Ungleichheit innerhalb der 142 erfassten Länder, sondern die Ungleichheit im Weltmassstab. Zum anderen – und das ist der wesentliche Grund – versteht die Studie Ungleichheit nicht bloss monetär, sondern verwendet ein breites Konzept des Wohlbefindens. Das Einkommen ist nur ein Teil davon, wenn auch ein wichtiger.

Der aufs Erste verstörende Hinweis des Entwicklungsökonom Peter Bauer (1915 – 2002), der Tod eines Kindes erhöhe das Pro-Kopf-Einkommen eines Haushalts, zeigt, dass Einkommen und Wohlbefinden weder identisch sind noch korrelieren. In westlichen Gesellschaften beobachten Forscher sogar eine abnehmende Ungleichheit der Lebenszufriedenheit und des Glücks bei zunehmender Einkommensungleichheit.

Follett und Geloso beziehen daher neben dem Einkommen Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, ausreichende Ernährung, Luftverschmutzung, Schulbildung, Zugang zu Information (gemessen am Internet-Zugang) und politische Freiheit in ihren Index mit ein.

## Unterschiede bei Umwelt und Kindersterblichkeit

Bei sechs dieser acht Indikatoren nahm die Ungleichheit ab. Selbst die Einkommensungleichheit lag gemäss einer Messung 2018 etwas tiefer als 1990. Nur bei Kindersterblichkeit und Luftverschmutzung nahm die Ungleichheit zu. Für Letzteres gibt es eine plausible Erklärung. In der Regel steigt in armen Ländern, wenn die Wirtschaft wächst, auch die Umweltbelastung; erst wenn ein gewisser Wohlstand erreicht ist, geht sie wieder zurück.

Daher geht es den Menschen in Indien, China, Brasilien oder Nigeria, um nur wenige zu nennen, in Sachen Luftverschmutzung heute wohl schlechter als vor zwanzig Jahren, so dass die Ungleichheit gegenüber reichen Ländern zugenommen hat. Bei der Kindersterblichkeit ist es anders. Sie ist überall zurückgegangen, nur in armen Ländern weniger schnell als in reichen.

Gesamthaft ist die Ungleichheit des Wohlbefindens bzw. der Wohlfahrt gemessen am Gini-Koeffizienten zwischen 1990 und 2018 um einen Drittel zurückgegangen. Klammerte man den Internet-Zugang aus, beliefe sich der Rückgang zwar nur auf 16 Prozent, aber mit einem anderen Mass der Ungleichheit kommt die Studie sogar auf eine Verringerung der Ungleichheit um 59 Prozent. Wie man es also dreht, zeigt sich immer, dass, wenn nicht die Einkommen, so doch die Lebensverhältnisse insgesamt heute weniger auseinanderklaffen als vor dreissig Jahren.

21 août 2023 (NZZ)

[Ungeliebte «Brüder»: Rassismus gegen Migranten im Maghreb \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/ungeliebte-brueder-rassismus-gegen-migranten-im-maghreb-nzz.ch)

GASTKOMMENTAR

## Ungeliebte «Brüder» und «Schwestern» – afrikanischen Flüchtlingen und Migranten schlägt bereits im Maghreb Rassismus entgegen

Die jüngsten rassistischen Übergriffe auf afrikanische Migranten und Flüchtlinge in Tunesien und kollektive Abschiebungen an die Grenzen sind nur die Spitze des Eisbergs. Im gesamten Maghreb existiert ein weitverbreiteter Rassismus gegen Dunkelhäutige.

Beat Stauffer

21.08.2023, 05.30 Uhr 5 min



Afrikanische Migranten, die von den tunesischen Behörden zwecks Abschreckung in der Wüste ausgesetzt wurden. Juli 2023.

EPA

Vor rund einem Monat ist es in der südtunesischen Stadt Sfax zu gewaltsamen Übergriffen auf afrikanische Migranten und Flüchtlinge gekommen. Auslöser war ein Mord an einem Tunesier, für den ein afrikanischer Flüchtling verantwortlich gemacht wurde.

Ein wütender Mob griff Afrikaner auf offener Strasse an, zerrte Menschen aus ihren primitiven Behausungen und stahl ihre Wertsachen. Die Angegriffenen flüchteten sich auf öffentliche Plätze, wo sie tagelang ausharrten. Anschliessend wurden laut Human Rights Watch rund 1200 Geflüchtete von Sicherheitskräften an die tunesisch-libysche Grenze, seltener auch an die Grenze zu Algerien deportiert. Dort mussten sie ohne Lebensmittel, Zelte oder medizinische Versorgung tagelang ausharren.

Nach Protesten lokaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen brachte der Tunesische Rote Halbmond rund 600 Geflüchtete in Zentren in nahe gelegenen Provinzstädten. Weiterhin sind aber an den beiden Grenzen Hunderte von Menschen unter äusserst prekären Bedingungen blockiert. Bereits sollen 17 Menschen an Erschöpfung gestorben sein, unter ihnen auch Frauen und Kinder.

Saieds «Horden»-Brandrede

Für den Ausbruch der rassistischen Übergriffe trägt der tunesische Präsident eine grosse Verantwortung. Zum einen hatte Kais Saied in einer Brandrede im Februar dieses Jahres von «Horden» afrikanischer Flüchtlinge gesprochen, die die islamische Identität Tunesiens gefährdeten, und damit Öl ins Feuer gegossen. Zum andern war seine Regierung während Monaten untätig geblieben, als die Spannungen zwischen Einheimischen und Afrikanern in Sfax immer stärker zunahmen.

Doch ohne den in der Bevölkerung unterschwellig vorhandenen Rassismus gegenüber Menschen aus Ländern südlich der Sahara wären diese Pogrome so nicht möglich gewesen. Das ist besonders tragisch, war doch Tunesien das erste Land der arabischen Welt, das 1846 die Sklaverei offiziell abschaffte. In den anderen Maghrebstaaten wurde der Sklavenhandel noch jahrzehntelang praktiziert; in Marokko etwa bis 1912, als die Franzosen der Praxis ein Ende setzten.

Die EU wird wohl nicht darum herumkommen, sich selber aktiv um die im Maghreb gestrandeten und blockierten Migrant\*innen zu kümmern.

Problematisch bleibt die Lage bis zum heutigen Tag in Mauretanien, wo sklavereiähnliche Abhängigkeitsverhältnisse weiterbestehen. Am schlimmsten ist die Situation aber in Libyen, vor allem in den Regionen, die unter der Kontrolle regionaler Milizen und Warlords stehen. Dort werden afrikanische Transitmigrant\*innen, wie mehrfach dokumentiert, nicht nur auf Märkten gehandelt und anschliessend als Arbeitskräfte im Dienst ihrer «Herren» ausgebeutet, sondern auch sexuell missbraucht, gefoltert oder gar umgebracht.

Der Umgang mit afrikanischen Migrant\*innen in den anderen Maghrebstaaten ist mit diesen unerträglichen Zuständen nicht vergleichbar. Marokko ermöglichte etwa während einiger Jahre afrikanischen Migrant\*innen, unter bestimmten Bedingungen einen legalen Status zu erlangen.

Dennoch ist in der breiten Bevölkerung zumindest ein unterschwelliger Rassismus gegenüber Menschen aus Ländern südlich der Sahara festzustellen. Er richtet sich in erster Linie gegen Transitmigrant\*innen und Transitflüchtlinge. Zum Problem werden diese Menschen vor allem dann, wenn ihnen die Ausreise nach Europa nicht gelingt und sie sich in armen Vorstadtvierteln oder improvisierten Camps niederlassen. Auch in gebildeten progressiven Kreisen werden bettelnde oder Arbeit suchende afrikanische Migrant\*innen immer häufiger als störend wahrgenommen.

## Der Fluch der dunklen Hautfarbe

Doch auch die Abkömmlinge der ehemaligen Sklaven, meist «harratin» genannt, die vor Jahrhunderten in den heutigen Sahelländern geraubt und als Sklaven in den Maghreb verkauft worden sind, leiden bis heute unter sozialer Diskriminierung. Wer eine dunkle Hautfarbe aufweist, bleibt in allen Maghrebstaaten in der untersten sozialen Schicht gefangen.

Und so wundert es nicht, dass es im gesamten Maghreb kaum Professoren, Politikerinnen oder hohe Offiziere mit dunkler Hautfarbe gibt. Einzig in Regionen, in denen es seit Jahrhunderten zu einer sehr grossen Vermischung gekommen ist – etwa im Süden Tunesiens – und wo entsprechend fast alle Bewohner einen dunklen Teint aufweisen, ist ein gewisser sozialer Aufstieg möglich. Dies gilt etwa für Moncef Marzouki, den Staatspräsidenten einer der nachrevolutionären Regierungen Tunesiens. Doch auch Marzouki beklagte sich mehrfach über die Herablassung der eher hellhäutigen Bewohner der Hauptstadt Tunis gegenüber Menschen aus dem Süden wie ihm.

Der Grund für diese Haltung dürfte darin liegen, dass die Geschichte der Sklaverei im ganzen Maghreb nie wirklich aufgearbeitet worden ist. Auch an Schulen wird sie bis heute nicht thematisiert. Alle Maghrebstaaten verstehen sich kulturell als arabisch und zunehmend auch als berberisch geprägt; die afrikanische Komponente wird dabei fast vollständig ausgeblendet.

So erstaunt es nicht, dass in der breiten Bevölkerung ein unterschwelliger oder offener Rassismus gegenüber dunkelhäutigen Menschen weit verbreitet ist. Er äussert sich etwa in geläufigen Beschimpfungen gegenüber Dunkelhäutigen als «Sklave» («abid») oder «Diener» («wasif»). Auch der Umstand, dass es auf der Insel Djerba weiterhin einen Friedhof für tunesische Schwarze gibt, «le cimetièr des esclaves» genannt, belegt diese Haltung.

Weitaus gravierender als der verächtliche und oft grobe Umgang mit Menschen dunkler Hautfarbe sind allerdings staatliche Übergriffe und vor allem die erwähnten Abschiebungen von Migranten an den Grenzen zu Libyen und Algerien. Es wäre aber verfehlt, in diesem Zusammenhang nur auf Tunesien zu zeigen. Auch Algerien und Libyen spielen bei den jüngsten Abschiebungen und Pushbacks eine unrühmliche Rolle. Algerien hat zudem laut verschiedenen lokalen NGO bis Ende Juni dieses Jahres zwischen 9000 und 11 000 afrikanische Migranten an die Grenze zu Niger gefahren und sie zur Ausreise gezwungen. Die Weltöffentlichkeit hat davon kaum je Notiz genommen.

## Bittere Lektion

Die afrikanischen Flüchtlinge leiden derzeit unter der extremen Hitze und kämpfen im Süden Tunesiens unter schwierigsten Bedingungen ums Überleben. Die Uno-Flüchtlingsorganisation, die EU und private Hilfswerke sollten so rasch wie möglich eingreifen, um eine Zuspitzung der Lage und weitere Todesfälle zu verhindern. Angesichts des zu erwartenden Zustroms weiterer Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten – eine riesige Herausforderung für die Maghrebstaaten – braucht es zudem dringend Aufnahmezentren und allenfalls auch humanitäre Korridore nach Europa.

Angesichts des geplanten Abkommens mit Tunesien sollte sich die EU dazu auch moralisch verpflichtet sehen. Denn zweifellos besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem massiven Druck der EU, irreguläre Ausreisen von Migranten und Flüchtlingen so weit wie möglich zu unterbinden, und den erwähnten brutalen Abschiebungen.

Von den Maghrebstaaten ist mit Nachdruck zu verlangen, dass sie sich an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen halten und derartige Abschiebungen sofort einstellen. Doch der politische Wille dürfte gering sein, und viele Maghrebstaaten sind selber mit grossen Problemen konfrontiert. Entsprechend sind kaum rasche Verbesserungen zu erwarten. Die EU wird in den kommenden Jahren wohl nicht darum herumkommen, sich selber aktiv um die im Maghreb gestrandeten und blockierten Migranten zu kümmern.

Die bittere Lektion ist allerdings, dass Regierungen von Staaten, deren Bürger in Europa mannigfach unter Diskriminierung und Rassismus leiden, sich selber rassistisch gegenüber afrikanischen Flüchtlingen verhalten. Dies sollte nicht vergessen werden, wenn dem Westen wieder einmal unterstellt wird, Rassismus sei seiner Kultur inhärent und letztlich einzig ein Problem der «Weissen».

Beat Stauffer ist Buchautor und Journalist mit den Schwerpunkten Maghreb, Migration, islamistische Bewegungen sowie Muslime in Europa. 2019 erschien von ihm «Maghreb, Migration und Mittelmeer» (NZZ Libro).

17 août 2023 (The Economist)

[Having shaken off nationalism, Europe risks civilisationalism \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Charlemagne

## Having shaken off nationalism, Europe risks civilisationalism

A new book decries the continent's subtler form of chauvinism



image: peter schrank

Aug 17th 2023

It is possible to be black and Dutch, or for a person of Moroccan descent to be unequivocally French. But is it possible to be non-white and to think of oneself as “European”? In most ways, certainly. Plenty of non-white people are born in Europe, and a citizen of any eu country is a citizen of the bloc, no matter what their ethnicity. Yet the term “European” is sometimes also used to connote whiteness: in apartheid-era South Africa, the terms were interchangeable. Those who think of Europe as a civic construction—a place underpinned by laws and values that people freely adhere to—can welcome anyone as a citizen. But of late some have tended to think of Europe in civilisational terms, an idea rooted not just in laws and institutions but in history, culture and identity. To be European in that meaning is to be *of* a place, to belong there, and therefore for others *not* to belong. That has unsettling implications for those who live in Europe yet do not look traditionally European. Might eight decades of eu integration accidentally foment a form of ugly, pan-continental bigotry?

The case that something discomfiting might be afoot is put forward by Hans Kundnani, a fellow at Chatham House, a think-tank in London. In “Eurowhiteness”, the British son of a Dutch mother and an Indian father describes his own inability (even before Brexit) to think of himself as 100% European, as many British liberals in pro-eu circles routinely do. Those who cheer the European project laud the way it consigned nationalist competition between eu members to history—forget fighting a war, being narrowly French or Swedish looks old-hat these days, at least outside football stadiums. Even the hard right seems to be stepping back from country-first nationalism. Leaving the eu was once a populist priority. Now the likes of Marine Le Pen in France and Viktor Orban in Hungary want Europeans to band together to collectively build higher fences better to keep Middle Easterners and Africans out instead.

Surely the rout of any and all forms of nationalism (apart from the odd populist) is one of the eu's signature achievements? Not so fast. Hannah Arendt, a German political theorist, warned in 1948 that one day people might find a way to become “as narrowly and chauvinistically European as they were formerly German, Italian, or French”. Mr Kundnani does not suggest that skinheads with tattoos of eu flags will soon start roaming the streets of Brussels and Strasbourg. But he describes what he thinks is a “civilisational turn” in Europe of late. It comes not just among the likes of Mr Orban. Emmanuel Macron, France's president, has defended the idea of promoting European civilisation, the better to fend off rivals in China, America and beyond. When Ursula von der Leyen, the boss of the European Commission, appointed a staff member to stem migration four years ago, she named him commissioner for “Protecting Our European Way of Life” (after an uproar, he finally got a similar job “promoting” this elusive euro-lifestyle).

Mr Kundnani admits it is not easy to pin down where this civilisational turn comes from. In a sense, it is a return to Europe's roots: the emergence of country-first nationalism from the 18th century onwards came when the continent's common religious identity started to fade. Now it is the nation-state that is itself fading, seen as inadequate in the face of global challenges which only a united continent can tackle. (Mr Kundnani also indulges in a bit of left-wing rhetoric by pinning the blame on neoliberalism.)

That coincided with another change. Until recently, Europe was an unabashed believer in its model, keen to export its softer version of capitalism and societal welfare. But since the euro-zone miasma in the 2010s, and after an ugly refugee crisis in 2015, its confidence has taken a knock. Europe sees itself surrounded by threats, whether from a rising China or Trumpism. Touting the idea of a civilisation capable of defending its interests is comforting stuff. Mr Macron speaks often of a "Europe that protects". Josep Borrell, the eu's foreign-policy chief, calls Europe a "garden" that needs to fend off the "jungle" beyond its borders.

If euro-skinheads are not the worry, what is? For one, the more politicians speak of today's Europeans being the product of a civilisation stretching back thousands of years, the less minorities feel they belong to this particular "way of life". More broadly, the continent's welcome integration in recent decades has created a notable blind spot, Mr Kundnani argues. Defeating nationalism for the purposes of eu integration meant dwelling on the pinnacle of the horror it created. Thus it was the Holocaust which Europe remembered as the one thing it had to "never again" allow to happen. The role of (some) European countries in brutally colonising vast swathes of the globe was thereby swept under the carpet.

## **A more perfect union**

Across the world, rich white countries have had to contend with their foundational sins. In places like Australia and Canada, the shabby treatment of indigenous residents—centuries ago and today—is hotly debated. In America the divisions born of slavery mean that questions of racial justice remain central to its political discourse. In picking the Holocaust, European politicians chose a foundational sin that matched their integrationist ambitions. By highlighting the way colonial horrors were memory-holed, Mr Kundnani rightly points out that other sins were mostly ignored. The legacy of centuries of foreign misdeeds barely features in the public sphere, beyond an occasional mumbled apology.

Individually, each European country struggles with race. Europe as a collective is a mess on the issue, riven by its member countries' different histories of colonialism and migration. France pretends skin colour does not exist; Denmark's "ghetto laws", in contrast, apply ethnic discrimination. Poland expects the non-white labour migrants it imports to return home someday, echoing past delusions in Germany and the Netherlands. Hence grappling with what it means to be of Europe, to be European, will continue to be vital—even if it is uncomfortable.

19 août 2023 (FAZ)

[Pures Gefühl darf niemals siegen: Awareness-Teams in der Kritik \(faz.net\)](#)

AWARENESS-TEAMS IN DER KRITIK:

## Pures Gefühl darf niemals siegen

VON [THOMAS THIEL](#)

-AKTUALISIERT AM 19.08.2023-11:58



Awareness-Teams bekennen sich zur Parteilichkeit. Deshalb können sie ihren Auftrag, Vorurteile abzubauen, nicht erfüllen, sagen die Soziologen Nadine Maser und Sighard Neckel.

Als im Zuge des Skandals um die Band [Rammstein](#) die Forderung nach Awareness-Teams auf Rockkonzerten laut wurde, machten Kommentare die Runde, man suche auf den Konzerten doch gerade den Rausch und die Grenzüberschreitung, die hinterher als Sexismus beklagt würde. Weniger wurde danach gefragt, was solche Teams überhaupt bringen und ob sie am Ende nicht sogar das Gegenteil des Gewünschten erreichen. Man muss diese Frage nach der Lektüre des profunden Essays von Nadine Maser und Sighard Neckel in der aktuellen Ausgabe des „Leviathan“ mit Ja beantworten.

Maser und Neckel haben das Thema in ihrer Forschungsgruppe „Kulturen der Emotion“ untersucht, was naheliegt, denn die Teams sind ein Paradebeispiel für den Trend, Gefühlen absolute Evidenz zuzuschreiben – was aber davon abhängt, um wessen Gefühle es sich handelt.

Im besten Fall bieten die Teams Personen, die sich bedrängt fühlen, vorübergehenden Schutz und Gelegenheit zur Aussprache. Darauf beschränkt sich ihre Mission jedoch nicht. Sie wollen benachteiligte Menschen ins Recht setzen. Die Krux liegt in den Mitteln, mit denen sie dies herbeiführen wollen: Subjektivismus und Parteilichkeit. Laut Maser und Neckel gehört es zu den Dogmen der Teams, sich ganz auf die Gefühle und Deutungen der Betroffenen zu verlassen.

Ein verletztes Gefühl sei immer im Recht und dürfe schon deshalb nicht hinterfragt werden, weil die Pflicht zur Begründung die Wiederkehr von Traumata auslösen könnte. „Wir erkennen die Definitionsmacht der betroffenen Personen bedingungslos an“, heißt es beispielsweise im Leitfaden der Initiative Awareness. Was heißt, „dass nur der\*die Betroffene entscheiden kann, ob eine Diskriminierung, eine Belästigung oder ein Übergriff stattgefunden hat. (...) Das subjektive Erleben der betroffenen Person ist Maßstab für die Situation.“

### **Der Schuldige steht schon fest**

Das gilt freilich nicht für alle Betroffenen gleichermaßen, sondern nur für Gruppen, die für besonders vulnerabel gehalten werden. Vorausgesetzt wird, dass sich diese Gruppen in einem strukturellen Gewaltzusammenhang bewegen, der die ganze Gesellschaft durchziehe und von vielen nicht erkannt werde: auf der Seite der Privilegierten, weil dies ihre Machtposition erschüttern würde, und auf der Seite der Benachteiligten, weil sie ihre Unterprivilegierung für ganz normal halten.

Maser und Neckel stellen die Existenz von struktureller Gewalt nicht in Abrede. Das Problem beginnt für sie bei den praktischen Konsequenzen, die daraus gezogen werden: die explizite Aufgabe der Neutralität und die restlose Deutung der Situation nach dem Gefühl und Erleben einer einzelnen Person. Die Teams, so die Autoren, zeigen keinerlei Interesse an der genauen Rekonstruktion und objektiven Bewertung des Einzelfalls. Die Schuld und der Schuldige stehen immer schon fest, weshalb es als überflüssig bis kontraproduktiv gilt, den Verdächtigten zu Wort kommen zu lassen. Wer sich gegen einen Vorwurf wehre, so das Credo, beweise, dass es ihm nur um die Verteidigung seiner Privilegien gehe.

Auf „Opfer-“ wie „Täterseite“ gibt es für die Teams keine individuellen Personen, sondern nur Repräsentanten von Gruppen. Menschen werden nicht als Individuen, sondern nach unveränderlichen Kategorien behandelt, ja aus der Sicht der Awareness-Teams sind sie nicht mehr als diese Kategorien. Auf der einen Seite, schreiben Maser und Neckel, stellt man sich ganz hinter das subjektive Erleben, das andere Mal teilt man Menschen nach unüberwindlichen Rastern ein, die man eigentlich überwinden zu wollen behauptet. Das Urteil lautet dann: schuldig qua Hautfarbe, Geschlecht oder Religion.

### **Es geht um moralische Ächtung**

Weil die Teams keine juristische Sanktionsmacht haben, ähnelt ihre Vorgehensweise in der Praxis oft Tribunalen und Hexenjagden. Es geht um die maximale moralische Ächtung. Dem Stigma ist kaum zu entkommen: Weil zwischen einer anzüglichen Bemerkung und schwerer physischer Gewalt kein Unterschied gemacht wird, kann jede Geste, jeder Blick zur öffentlichen Ächtung bis hin zum sozialen Ausschluss führen. Das Irritierende ist, dass diese Willkürjustiz von der Politik ohne Widerspruch abegesegnet wird, ja dass sie gefordert wird, um soziale Probleme zu lösen.

Die Awareness-Teams, resümieren demgegenüber die Autoren, tragen nicht zum gesellschaftlichen Ausgleich bei, sondern verbreiten die Unsicherheitsgefühle, denen sie begegnen wollen. Sie wirken destruktiv. Errungenschaften des Rechtsstaates werden abgewickelt und der Willkürjustiz wird das Wort geredet, Menschen werden wieder nach Hautfarbe und Geschlecht in Klassen unterteilt (die sozialen Unterschiede interessieren weniger, weil sie weniger leicht zu ermitteln sind) – und Politik und Universitäten applaudieren.

Aus akademischer Sicht besonders bedenklich ist, dass die Awareness-Konzepte auf einem breiten Sockel wirkmächtiger sozial- und geisteswissenschaftlicher Theorien stehen. Nur so ist ihr sprunghaftes Wachstum zu erklären. Es gibt sie heute in Fußballklubs, auf Theaterfestivals, in politischen Parteien, in der Klimabewegung oder den Universitäten. Sie werden staatlich gefördert, etwa vom Bundesfamilienministerium, ihre Konzepte greifen auf andere politische Institutionen aus. Es handelt sich nicht um ein Randphänomen, so die Autoren. Auch manche Rassismus-Meldestellen bekennen sich heute zum Prinzip der Parteilichkeit. Belege werden von ihnen nicht gefordert, es reichen Behauptungen.

### **Awareness ist ein Geschäftsmodell**

Anders als an britischen und amerikanischen Universitäten – wo dies zu schweren Verwerfungen führt – sind Awareness-Trainings hierzulande nicht verpflichtend. Das wäre mit rechtsstaatlichen Kriterien auch schwer zu vereinbaren. Ein verpflichtendes Awareness-Training ist eine Vorverurteilung der Person. Unbescholtenen Bürgern werden ohne Anlass und Begründung moralische und kognitive Defizite unterstellt, die nach einem irrationalen Muster therapiert werden sollen. Eine Universität kann ihre Wissenschaftler nicht auf die Einhaltung rationaler Prinzipien verpflichten und sie gleichzeitig Willkür und Subjektivismus ausliefern.

Freilich, man drängt darauf. Awareness ist auch ein Geschäftsmodell. Der kürzlich erschienene Bericht des Unabhängigen Expertenkreises zur Muslimfeindlichkeit etwa will Diversitätstrainings für angehende Beamten verpflichtend machen.

Es kostete die Teams theoretisch nicht viel, ihre Arbeit auf eine seriöse Grundlage zu stellen. Sie müssten nur das Prinzip der Parteilichkeit durch das der Neutralität ersetzen und beide Seiten befragen. Praktisch

würde das den Aufwand natürlich deutlich erhöhen. Doch das sollte es wert sein. Denn es würde die Teams erst in die Lage versetzen, ihren Auftrag zu erfüllen: Vorurteile abzubauen, auch die eigenen.

16 août 2023 (FAZ)

[Chinas Elektroauto-Boom: Peking hat Zehntausende Strom-Ladesäulen \(faz.net\)](#)

MILLIONEN VERKAUFTE E-AUTOS:

## So will China den E-Boom fortsetzen



In Chinas Städten sind Elektroautos selbstverständlich – doch über deutsche Hersteller spricht keiner. Allein in Peking sorgen Zehntausende Ladesäulen für Strom. Ein Blick in den Alltag.

VON [JOCHEN STAHNKE](#), PEKING

-AKTUALISIERT AM 16.08.2023-11:10

Es hupt und braust auf der fünften Ringstraße, Pekings mächtiger Verkehrsader, wo Fahrspuren vielen eher als Richtwerte dienen. Linker Hand zieht ein elektrischer Kleinlastwagen halb über die Spur. Zhus Nio-Geländewagen auf der Nebenbahn bremst automatisch ab. Der Bordcomputer entscheidet, die Spur zu wechseln. Der Blinker geht an, ein anderes Fahrzeug überholt noch rasch von rechts, dann wechselt das **E-Auto** die Fahrspur.

„Ganz schön super, oder?“, sagt Herr Zhu. Er befiehlt dem Bordcomputer, das System auf Sport zu stellen. Zhu bremst hart ab, um unvermittelt wieder voll durchzudrücken. Das Gefühl ähnelt dem wie beim Start eines Flugzeugs. Das Elektroauto beschleunigt in wenigen Sekunden auf hundert Stundenkilometer. Nio ist **Chinas** Edelmarke, der Motor besonders stark. Je näher Pekings Stadtmitte kommt, desto wohlhabender sind die Leute, desto mehr hellgrüne Nummernschilder finden sich auf den Straßen: die Erkennungsmarke der E-Fahrzeuge.

### **Sieben Millionen Fahrzeuge in Peking**

In Chinas Großstädten ist Elektromobilität selbstverständlich geworden. Nirgendwo auf der Welt werden mehr E-Autos verkauft als in der Volksrepublik. Mehr als die Hälfte aller E-Fahrzeuge der Welt fahren hier. Vergangenes Jahr waren ein Viertel aller verkauften Neuwagen in China Elektro- oder Hybridfahrzeuge. Allein **Peking** hat derzeit mehr als sieben Millionen Fahrzeuge registriert, von denen Ende 2022 bereits ein Zehntel elektrisch fuhren. Bis übernächstes Jahr will der Staat in Peking das Ziel von zwei Millionen Elektroautos erreichen.

Dass das klappt, ist nicht gewiss. Die Wirtschaft schwächelt, die Nachfrage geht zurück, viele Chinesen halten ihr Geld zusammen. Beim Staat und den Provinzen haben Jahre gigantischer Subventionen in den Batterie- und E-Fahrzeug-Sektor zu hoher Verschuldung geführt. Einige dieser Zuschüsse hatte die Staatsführung zuletzt gestrichen. Aber im Juli verlängerte das Politbüro dann doch noch eine Steuergutschrift für den Kauf von Elektrofahrzeugen, die Ende des Jahres eigentlich auslaufen sollte. So soll der E-Boom weitergehen. Am vergangenen Mittwoch verkündete Chinas Marktführer BYD die Fertigstellung seines fünfmillionsten Elektroautos.



Kabellose Ladestation in Hangzhou in der Provinz Zhejiang :Bild: Picture Alliance

Zhu fährt von der Ringstraße ab und lässt sich vom Navigationssystem zu einem Parkplatz führen, wo am Rand ein metallener Unterstand mit Hebebühne steht. Es ist eine der dreihundert Stationen zum automatischen Batteriewechsel in der Stadt. Zhu fährt vor die Wechselstation, drückt einen Knopf und lässt das Steuer los. Automatisch rangiert sein Fahrzeug in die Station und setzt zurück auf die Hebebühne. Das Auto wird leicht angehoben. Zwei, drei Minuten lang ruckelt es im Unterboden, dann ertönt ein Signal, dass fünfhundert Kilometer Reichweite geladen sind. Lautlos gleitet Zhu zurück in den Pekinger Verkehr.

Als Chinas Führung um das Jahr 2009 noch unter Staats- und Parteichef [Hu Jintao](#) entschied, E-Mobilität massiv zu fördern, folgte das vor allem drei Überlegungen: Das Land sollte unabhängiger von Treibstoffimporten werden, da China siebzig Prozent seines Öls importierte, das man wiederum zu siebzig Prozent für Motorenbenzin verwendete. Es war auch die Zeit heftiger Luftverschmutzung insbesondere in Städten, wo es deshalb öfter zu Protesten kam. Und nicht zuletzt zielte China darauf, mit einer strategisch wichtigen neuen Technologie die Spitze des Weltmarkts zu erreichen.

„Der Schlüssel liegt in all diesen Aspekten“, sagt Tu Le von der chinesisch-amerikanischen Beratungsfirma Sino Auto Insights. Seit 2009 ist China der größte Auto-Absatzmarkt der Welt. Dennoch habe Peking damals erkannt, dass es in der Herstellung von Verbrennerfahrzeugen nie Weltmarktführer werde könne, so Tu Le. Also habe die Staatsführung das Neue in den Blick genommen, mit riesigen Summen Batteriefabriken aufgebaut, Forschungsgeld ausgeschüttet und E-Auto-Hersteller subventioniert, um eine Massenproduktion hochzufahren. „Die chinesische Regierung hat den Vorteil, dass sie sehr viel langfristiger planen kann als andere Länder, eben weil China nicht demokratisch ist“, sagt Tu Le. Im Rahmen selektiver Industriepolitik schütteten Chinas Staats- und Provinzfürhungen über das folgende Jahrzehnt viele Dutzend Milliarden Euro aus. Und trotzdem blieb der Absatz von E-Autos im eigenen Land die ersten Jahre mau.

## Die Attraktivität von Tesla

Das ging bis 2019, als [Tesla](#) eine Fabrik in Schanghai eröffnete. Für Tesla galt die staatliche Vorschrift nicht mehr, dass ausländische Autobauer ein Joint Venture mit chinesischen Firmen eingehen müssen. Überhaupt sei es erst Tesla gewesen, das den bis 2019 schwachen chinesischen Absatzmarkt für E-

Fahrzeuge angekurbelt habe, sagt Tu Le. „Die Attraktivität der Marke Tesla trug dazu bei, dass mehr Chinesen elektrisch fahren.“ Die Umweltfrage sei weniger entscheidend gewesen, eher komme es Kaufinteressenten in China auf das Informations- und Unterhaltungssystem im Wagen an. E-Autos wurden cool in der Volksrepublik. Und Lieferketten, die um die Tesla-Werke in China herum aufgebaut wurden, speisen heute eine ganze Reihe einheimischer Hersteller von Elektrofahrzeugen.

Wer in China Tesla fährt, bekommt ihn dort bis zu vierzig Prozent günstiger als in den USA. Es gibt aber noch einen anderen Preis zu zahlen: Auch wenn die KP-Führung den Tesla-Chef [Elon Musk](#) regelrecht hofiert, wird Tesla-Autos die Fahrt in die Nähe chinesischer militärischer Einrichtungen und einiger Versammlungsorte der Kommunistischen Partei oftmals verwehrt. Es herrscht die Sorge, dass die in den Fahrzeugen eingebauten Kameras sensible Daten sammeln könnten. Viele Pekingler hält das trotzdem nicht vom Kauf eines Teslas ab. Die Stadt ist voll von ihnen. In China ist Tesla heute die am zweitmeisten verkaufte Marke hinter dem Marktführer BYD, noch vor acht weiteren chinesischen Herstellern der nachgefragtesten Marken.

Deutsche Autofirmen hingegen erwähnt in Gesprächen mit zahlreichen Pekingler Elektro-Autofahrern eigentlich niemand. Nur Herr Zhu erzählt, wie Nio einen Teil seiner Fahrzeugdesigner in München sitzen habe. In Form und Design seien die Deutschen gut, sagt er. Aber von Motoren, Batterien, Elektronik oder Software ist nicht mehr die Rede.



Elektromobilität auf dem Vormarsch: Ladestationen in Peking :Bild: Jochen Stahnke

Zhu ist Produktmanager des E-Wagen-Herstellers Nio. Sein Fahrzeug hat er mit Firmenrabatt gekauft, zudem bekam er noch ein paar Tausend Euro Subventionen des Staates. Nur auf ein Peking Nummernschild wartete er vergeblich. Die Metropole ächzt unter den Verkehrsmassen. Deshalb vergibt Pekings Verwaltung neue Nummernschilder nur nach einer festgelegten Quote. Es ist der Zwiespalt, die Stadt vor dem Verkehrsinfarkt zu bewahren und gleichzeitig [E-Mobilität](#) voranzutreiben. Dieses Jahr gibt Peking insgesamt hunderttausend neue Nummernschilder aus, von denen siebzigtausend E-Autos vorbehalten sind. Sie werden nach einem Lotterieverfahren zugeteilt, das die Behörden mit einem Punktesystem kombinieren: Wer mehr Kinder hat, erhält mehr Punkte und somit einen Vorteil in der Verlosung. Sonderpunkte erhalten Haushalte, die noch kein Auto haben.

Wer über keine guten Beziehungen verfügt, kann in Peking lange auf ein grünes E-Nummernschild warten. Von bis zu zehn Jahren ist die Rede. Zhu hat seinen Wagen deshalb in der Stadt Tianjin registriert. Insgesamt zwölf Mal im Jahr darf er damit für jeweils sieben Tage nach Peking hinein- und hinausfahren, aber zu bestimmten Tageszeiten seinen Wagen nicht innerhalb der fünf Ringstraßen lenken. Chinas Bürokratie macht auch vor den E-Fahrern nicht halt. Einige Fahrzeughalter mieten sich bereits existierende Nummernschilder auf dem grauen Markt, was noch einmal gut hundert Euro monatlich kosten kann.

Am Rande der vierten Ringstraße liegt einer der größten Ladeparks der Stadt, mit sechzig Plätzen. Eine Tafel zeigt an, wie viele Steckplätze bald frei werden und wo ein Auto bereits vollgeladen, nur noch nicht abgefahren ist. Die Preise variieren nach Tageszeit. Am günstigsten ist es nachts und früh morgens, am teuersten ist die Kilowattstunde zwischen Mittag und dem Nachmittag. Das folgt der Nachfrage, entspricht aber auch den Vorgaben der Behörden, das Elektrizitätsnetz zu schonen, damit es in Zeiten der Vollast nicht zu stark beansprucht wird.

### **Ein Drittel billiger als Benzin**

Zur Mittagszeit ist der Ladepark fast voll belegt. Manche nutzen die Ladezeit zur Mittagspause. Ein Mann hinter dem Steuer eines SUV der Marke Changan-CS75-Hybrid sagt, er unterhalte sich gern, aber zuerst möchte er noch sein Computerspiel zu Ende bringen. Wild drückt er mit beiden Daumen auf seinem iPad herum. Wenig später ist sein Spiel vorbei, er öffnet seine Autotür und bittet auf die Rückbank. Jiang Tao arbeitet in einem Versicherungskonzern als Manager. Das Elektroauto habe er sich gekauft, weil es komfortabler, schöner und stärker sei als ein Verbrenner. Und Ölwechsel habe er nicht mehr nötig. Der Listenpreis seines Autos beträgt umgerechnet zwanzigtausend Euro, mit den staatlichen Subventionen lag der Kaufpreis ein paar Tausend Euro darunter.



Auch für die Energieversorgung von E-Bikes wird in Peking gesorgt. :Bild: Jochen Stahnke

Jiang sagt, die Zahl der Ladestationen reiche ihm. „Sollte eine besetzt sein, findet sich ein anderer Platz innerhalb von drei Kilometern.“ Allein Peking hat 7700 Ladeparks mit insgesamt mehreren Hunderttausend Stromanschlüssen. Dass die Ladekosten rund ein Drittel niedriger sind als bei Benzinern, sei ihm eigentlich egal, sagt Jiang. Eher habe er an die Umwelt gedacht. Die Luft ist in Peking über die vergangenen Jahre besser geworden. Jiang sagt, das liege zwar auch an den E-Autos, doch vor allem daran, dass vor einigen Jahren schon viele Fabriken aus dem Stadtgebiet verbannt worden sind.

Die meisten Kunden im Ladepark sind Taxifahrer. Sie haben keine Wahl mehr. In Peking müssen seit zwei Jahren neu angemeldete Fahrzeuge zur Personenbeförderung elektrisch sein. Die Anordnung stößt vielen Taxileuten auf. Ein Fahrer sagt, er müsse jeden Morgen um vier aufstehen und fahre dann zu einer Ladestation, um bis sechs Uhr früh vollgeladen mit der Schicht zu beginnen. Mittags muss er dann noch mal eine Stunde laden, bis er abends gegen neun Uhr Feierabend macht. Als er noch einen Benziner fuhr, habe er länger schlafen und früher aufhören können. Ein anderer Taxifahrer ist richtig wütend. „Im Winter lädt die Batterie nicht wie sonst, die Reichweite wird kürzer“, ruft er. „Und im Sommer dürfen wir bei großer Hitze nicht laden, wegen der Gefahren.“ Immerhin könne man sich in solchen Fällen zu einem Batteriewechsel anmelden, aber das koste alles mehr. Am liebsten wünsche er sich seinen alten Benziner zurück.

In edleren Teilen Pekings dagegen stammen in der Tiefgarage eines luxuriösen Einkaufszentrums im Sanlitun-Viertel die meisten Fahrzeuge noch von deutschen Edelmarken. Es sind Verbrenner. Nur an einer Wand der Tiefgarage haften zehn Ladeboxen. An der Säule des chinesischen Marktführers TGood lädt der Arbeiter Zhang Fu seinen zerbeulten E-Lieferwagen auf. Seit zwei Jahren fährt er damit Wäsche aus. Sein Fahrzeug hat eine Genehmigung für die fünf Pekinger Ringe, deshalb kommt er oft direkt von zu Hause in der Nachbarprovinz Hebei. Zhang Fu ist zufrieden mit dem elektrischen Lieferwagen, nur für lange Strecken sei das nichts. Binnen einer Stunde lädt er in der Tiefgarage genug Strom nach, um damit siebzig oder achtzig Kilometer weit zu kommen. Das kostete ihn sechzig Renminbi, ungefähr acht Euro und damit nur ein Viertel von dem, was er für Benzin zahlen müsse.

Wenige Meter neben dem E-Parkplatz ist ein Autozubehörgeschäft. Der Betreiber sagt, viele Pekinger, die E-Auto fahren, nutzen diesen als Zweitwagen und fahren zusätzlich einen Benziner. Er sagt, E-Autos hätten zwar einen stärkeren Motor und seien insgesamt moderner. Trotzdem bevorzuge er das Fahrgefühl eines Benziners. „Ich werde mir kein E-Auto kaufen, weil die Preise im mittleren Preissegment im Vergleich zu Benzinern immer noch viel zu hoch sind.“ Sein Bruder aber habe sich gerade einen Tesla gekauft hat, Model 3. Der kostet hier umgerechnet nur rund dreißigtausend Euro.

### In China herrscht ein Preiskampf, und Beobachter erwarten eine Pleitewelle unter den vielen Herstellern.

Nur BYD und mit Abstrichen ein oder zwei weitere chinesische Hersteller von Elektrofahrzeugen sind derzeit profitabel. Das bedeutet: Die anderen rund hundertfünfzig E-Fahrzeug-Produzenten in China verlieren Geld. Viele von ihnen sind Tochtergesellschaften der großen Staatsunternehmen. „Auf Provinzebene besteht die Aufgabe eines Staatsunternehmens eben nicht darin, Gewinne zu erwirtschaften“, sagt der Analyst Tu Le, „sondern Menschen zu beschäftigen.“ Die Firma Nio etwa war vor drei Jahren noch pleite, nur durch eine Finanzspritze der Heimatprovinz Anhui von vielen Hundert Millionen Euro konnte sie gerettet werden.

### **Das Wachstum fällt – auf dreißig Prozent**

Zuletzt schwächelte der Absatz von E-Autos, was in hiesigen Dimensionen bedeutet, dass Chinas Automobilverband für dieses Jahr nurmehr ein Verkaufswachstum von dreißig Prozent gegenüber dem Vorjahr erwartet und nicht mehr neunzig Prozent wie noch vom Jahr 2021 auf 2022. China stehe vor einer gigantischen Marktberreinigung, sagt Tu Le. Zudem sei der Markt in großen Städten wie Peking langsam gesättigt. Vor diesem Hintergrund will der Staatsrat nun Chinas ländliche Regionen stärker beim Ausbau der Ladeinfrastruktur unterstützen. Dort werden bisher kaum E-Autos verkauft, Ladestationen sind seltener, und das Elektrizitätsnetz ist weniger stabil.

Die Staatsspitze versucht dieser Tage, die Nachfrage nach E-Autos in Zeiten riesiger Verschuldung auch ohne große Konjunkturprogramme zu vergrößern. Neben den verlängerten Steuererleichterungen etwa gelten seit dem ersten Juli auch strengere Abgasnormen.

Schon vor drei Jahren kündigte Staats- und Parteichef Xi Jinping an, China bis 2060 klimaneutral zu machen, zudem werde bis 2030 der Höchstwert der CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht. Ein Mittel dazu ist die Dekarbonisierung der Straßen. Allerdings kommt auch die Elektrizität für Chinas E-Autos aus dem chinesischen Stromnetz. Und dessen Strom wird zu zwei Dritteln über Kohle erzeugt, die China kostengünstig im eigenen Land abbaut. Die Zahl der Kohlekraftwerke nimmt weiter zu, wenn auch in geringerem Maß als der Gesamtstromverbrauch des Landes. Stattdessen hat sich der Anteil an Atomstrom auf knapp fünf Prozent verdoppelt, der jetzt einen ähnlichen Anteil einnimmt wie Solarkraft.

Nio-Besitzer Zhu sagt, die Umweltfrage sei schwierig, die könne er nicht spontan beantworten. Zhu fährt längere Zeit und schweigt, bis er irgendwann erklärt, eigentlich glaube er an Fusionskraftwerke. „Sie werden uns alle mit genug Strom versorgen.“ Den neuen Technologien gehöre die Zukunft.

15 août 2023 (NZZ)

[Global Wealth: Börse reduziert Vermögen in den USA und Europa \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

Vermögensverteilung: Franzosen im Mittel doppelt so reich wie Deutsche

Zum ersten Mal seit 2008 sind wegen der Börsenkorrekturen 2022 vor allem Amerikaner und Europäer ärmer geworden. Die Ungleichheit hat etwas abgenommen, und die Mittelklasse wächst. Zwischen der Schweiz, Deutschland und Österreich zeigen sich derweil grosse Unterschiede.

Peter A. Fischer 15.08.2023, 15.26 Uhr 4 min



**Das Leben am Times Square in New York pulsiert immer noch. Aber die Amerikaner sind wie auch die Europäer ärmer geworden.**

John Minchillo / AP

Es ist die wohl umfassendste Analyse der weltweiten Vermögensentwicklung, die das Credit Suisse Research Institute zum 14. Mal erstellt und nun zum ersten Mal als Teil der UBS vorgestellt hat. Für den [Global Wealth Report 2023](#) wurden nicht nur die finanziellen, sondern auch die nicht finanziellen Vermögen (vor allem Immobilien) der Haushalte in rund zweihundert Ländern ermittelt oder geschätzt und um Schulden bereinigt.

## Die Schweizer sind im Durchschnitt die Reichsten

Nimmt man das durchschnittliche Vermögen zum Massstab, so waren die Schweizer auch im vergangenen Jahr mit 685 000 Dollar die Reichsten weltweit. Zusammen mit den Amerikanern und den Hongkongern bilden sie die Gruppe, in der die Erwachsenen über ein Durchschnittsvermögen von über einer halben Million Dollar verfügen (vgl. Tabelle). Die Deutschen und die Österreicher waren mit knapp einer Viertelmillion Dollar weniger als zwei Fünftel so reich wie die Schweizer. Das ist auf den unterschiedlichen Wohlstand und den starken Franken zurückzuführen, rührt aber auch wesentlich daher, dass die Schweiz im Gegensatz zu den Nachbarländern mit der zweiten Säule der Altersvorsorge schon früh ein obligatorisches Alterssparen eingeführt hat, das nun wesentlich zur relativ hohen Vermögensbildung beiträgt.

Weil die Vermögen weltweit ziemlich stark konzentriert sind, liegt das Medianvermögen, also die Schwelle, bei der die eine Hälfte der Erwachsenen über mehr und die andere über weniger verfügt, überall unter dem Durchschnittsvermögen. Da in einigen Ländern die Vermögen gleichmässiger verteilt sind, liegt die Schweiz beim Medianvermögen nicht an 1., sondern an 6. Stelle, und die USA fallen vom 2. auf den 13. Platz zurück. Interessanterweise ist der Franzose im Mittel doppelt so reich wie der Deutsche.

## Die Schweiz ist Spitze und dank den Pensionskassen auch beim Medianvermögen auf Rang 6 – anders als Deutschland und Österreich

Nettovermögen pro Erwachsenen in Dollar 2022

•

Rang	Land	Durchschnitt	Rang	Land	Median
1	Schweiz	685 230	1	Belgien	249 940
2	USA	551 350	2	Australien	247 450
3	Hongkong	551 190	3	Hongkong	202 410
4	Australien	496 820	4	Neuseeland	193 060
5	Dänemark	409 950	5	Dänemark	186 040
6	Neuseeland	388 760	6	Schweiz	167 350
7	Norwegen	385 340	7	Grossbritannien	151 820
8	Singapur	382 960	8	Norwegen	143 890
9	Kanada	369 580	9	Kanada	137 630
10	Niederlande	358 230	10	Frankreich	133 140

Quelle: [Credit Suisse, Global Wealth Report](#)

Generell war 2022 allerdings ein schlechtes Jahr. Erstmals seit 2008 haben die Vermögen weltweit abgenommen. Nominal betrachtet reduzierten sie sich um 2,4 Prozent, pro Erwachsenen gar um 3,6 Prozent.

Die globale Ungleichheit bei der Vermögensverteilung hat 2022 leicht abgenommen. Entscheidend dafür waren die Kurskorrekturen an der Börse, die das Vermögen der reicheren Personen stärker reduzierten als jenes der Mittelklasse. Der Wert von Häusern und Boden hielt sich hingegen im vergangenen Jahr vergleichsweise gut.

Da das Vermögen in Dollar gemessen wird, spielen auch Wechselkursschwankungen eine wichtige Rolle. Der Dollar notierte Ende 2022 zum Euro deutlich und zum Franken leicht stärker als ein Jahr zuvor. Hingegen gewannen lateinamerikanische Währungen an Wert. Das zeigt sich in der regionalen Vermögensveränderung im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Grafik).

Am stärksten gelitten haben die stark in Finanzvermögen investierten Amerikaner. Sie haben im vergangenen Jahr nominal 4,5 Prozent ihrer Vermögen verloren, 7166 Milliarden Dollar wurden vernichtet. Die Europäer kamen mit einem Nettoverlust von 3,4 Prozent oder 3703 Milliarden Dollar davon. Die Chinesen verloren 1462 Milliarden Dollar, während die Vermögen der Inder in Dollar gemessen um 675 Milliarden und die der Lateinamerikaner 2022 um 2359 Milliarden Dollar zulegten.

## Die USA haben mit Abstand am meisten Millionäre

Weltweit gab es laut den Berechnungen des «Global Wealth Report» Ende 2022 59,4 Millionen Dollarmillionäre. Mehr als ein Drittel unter ihnen, nämlich 38,2 Prozent, lebten in den USA, immerhin 10,4 Prozent in Festlandchina. Die Schweiz zählte laut den Daten Ende vergangenen Jahres bereits 1,1 Millionen Dollarmillionäre; im Jahr 2000 waren es erst 195 000 gewesen. Zum Vergleich: Das viel grössere Deutschland kam im vergangenen Jahr auf 2,6 Millionen; europäische Spitze war Frankreich mit 2,8 Millionen. Dem Millionärsstatus hilft allerdings die Inflation: Ohne diese hätte es 2022 4,4 Millionen weniger gegeben.

## Mittlere Einkommen wachsen überproportional

Über einen längeren Zeitraum betrachtet ist nicht nur die Zahl der Millionäre grösser geworden. Es ist die Mittelklasse, die global gesehen in den vergangenen zwei Jahrzehnten am stärksten zugelegt hat. So hat sich der Anteil derjenigen, die über ein Nettovermögen zwischen 10 000 und 100 000 Dollar verfügen, seit 2000 von 13,4 auf 34,4 Prozent erhöht.

Basierend auf den neusten Prognosen des «World Economic Outlook» des Internationalen Währungsfonds schätzen die Studienautoren, dass der globale Wohlstand in den nächsten fünf Jahren um weitere 38 Prozent zunehmen wird. Weil das Wachstum wiederum in den Schwellenländern am stärksten sein dürfte, sollte sich auch der Anteil der mittleren Einkommen weiter auf 37 Prozent im Jahr 2027 erhöhen. Wie Professor Anthony Shorrocks, einer der Studienautoren, betonte, sind solche Prognosen allerdings im Gegensatz zur Ermittlung der gegenwärtigen Verteilung der Vermögen mit sehr grosser Unsicherheit behaftet.

10 août 2023 (The Economist)

[How green is your electric vehicle, really? \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Schumpeter

## How green is your electric vehicle, really?

EVs are in the middle of an obesity epidemic



image: brett ryder

Aug 10th 2023

Your columnist has just had the bittersweet pleasure of driving along America’s Pacific coast, wind blowing through what is left of his hair, in a new Fisker Ocean electric SUV. Sweet, because he was in “California mode”—a neat feature that with the touch of a button lowers all windows, including the back windscreen, pulls back the solar-panelled roof, and turns the car into the next best thing to an all-electric convertible. Bitter, because once he had returned the trial vehicle, he had to drive home in his Kia Niro EV, which is smaller, shorter range and has no open roof—call it “rainy Britain mode”. The consolation was that it is about a tonne lighter, and if you drive an EV, as Schumpeter does, to virtue-signal your low-carbon street cred, being featherweight rather than heavyweight should count.

Except it doesn’t. Just look at the future line-up that Fisker, an EV startup, unveiled on August 3rd. It included: a souped-up, off-road version of the Ocean, which Henrik Fisker, the carmaker’s Danish co-founder, said would be suitable for a monster-truck rally; a “supercar” with a 1,000km (600-mile) range, and a pickup truck straight out of “Yellowstone”—complete with cowboy-hat holder. Granted, there was also an affordable six-seater called Pear. But though Fisker says sustainability is one of its founding principles, it is indulging in a trait almost universal among car firms: building bigger, burlier cars, even when they are electric.

There are two reasons for this. The first is profit. As with conventional cars, bigger EVs generate higher margins. The second is consumer preference. For decades, drivers have been opting for SUVs and pickup trucks rather than smaller cars, and this now applies to battery-charged ones. EV drivers, who fret about the availability of charging infrastructure, want more range, hence bigger batteries. BNEF, a consultancy, says the result is that average battery sizes increased by 10% a year globally from 2018 to 2022. That may help make for a more reassuring ride. But eventually the supersizing trend will prove to be unsustainable and unsafe.

Already it is verging on the ludicrous. General Motors’ Hummer EV weighs in at over 4,000kg, nearly a Kia Niro more than its non-electric counterpart. Its battery alone is as heavy as a Honda Civic. General Motors also recently unveiled a 3,800kg Chevrolet Silverado electric pickup, which can tow a tractor and has a range of up to 720km. This year Tesla plans to start production of its electric “Cybertruck”, described by Elon Musk, its boss, as a “badass, futuristic armoured personnel carrier”. Such muscle trucks may be the price to pay to convince hidebound pickup drivers to go electric. Yet size matters to

suburbanites, too. The International Energy Agency, an official forecaster, calculates that last year more than half the electric cars sold around the world were suvs.

For now, carmakers can argue that however big the electric rigs, they have a positive impact on the planet. Though manufacturing evs—including sourcing the metals and minerals that go into them—generates more greenhouse gases than a conventional car, they quickly compensate for that through the absence of tailpipe emissions. Lucien Mathieu of Transport and Environment, a European ngo, says that even the biggest evs have lower lifetime carbon emissions than the average conventional car. That is true even in places with plenty of coal-fired electricity, such as China.

But in the long run the trend for bigger batteries may backfire, for economic and environmental reasons. First, the bigger the battery, the more pressure there will be on the supply chain. If battery sizes increase there are likely to be looming scarcities of lithium and nickel. That will push up the cost of lithium-ion batteries, undermining carmakers' profitability.

Second, to charge bigger batteries in a carbon-neutral way requires more low-carbon electricity. That may create bottlenecks on the grid. Third, the more pressure on scarce resources vital for ev production, the harder it will be to make affordable electric cars critical for electrifying the mass market. That will slow the overall decarbonisation of transport. Finally, there is safety. Not only is a battle tank that does zero to 100 kilometres per hour in the blink of an eye a liability for anyone that happens to be in its way. Tyres, brakes and wear and tear on the road also produce dangerous pollutants, which get worse the heavier vehicles are.

Governments have ways to encourage evs to shrink. The most important is to support the expansion of charging infrastructure, which would reduce range anxiety and promote smaller cars. Taxes could penalise heavier vehicles and subsidies could promote lighter ones. At the local level, congestion and parking charges could have similar effects. At a minimum, carmakers could be required to label the energy and material efficiency of their vehicles, as makers of appliances do in the European Union.

## Derange anxiety

Ultimately, the industry is almost sure to realise the folly of pursuing size for its own sake. The penny is starting to drop. Ford's ceo, Jim Farley, recently said carmakers could not make money with the longest-range batteries. His opposite number at General Motors, Mary Barra, has taken the unexpected step of reversing a plan to retire the affordable Chevy Bolt ev. In Europe, carmakers like Volkswagen are building smaller, cheaper evs. Tesla is said to be planning a compact model made in Mexico.

The pressure is partly coming from competition. Felipe Munoz of Jato Dynamics, a car consultancy, says China prizes battery efficiency above bigness and is hoping to [muscle in on overseas markets](#) with lighter, cheaper brands, such as byd. Innovation in batteries based on solid-state or sodium-ion chemistry may also make evs more efficient. For the time being, drivers with money to splurge will no doubt relish flaunting their low-carbon credentials from the vantage point of a large suv or monster truck. And so they should—until they realise that they may be making electrification less accessible to the rest of humanity.

10 août 2023 (Le Figaro)

[Mette Frederiksen, la dame de fer danoise \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## Mette Frederiksen, la dame de fer danoise

Par **Nadjet Cherigui**

Publié le 10/08/2023 à 06:00, mis à jour le 10/08/2023 à 10:41



Mette Frederiksen a été élue au poste de première ministre à la tête d'une coalition de gauche en 2019, et reconduite après des élections législatives anticipées en novembre dernier. *Ritzau Scanpix via Reuters*

**PORTRAIT - La première ministre danoise, reconduite dans ses fonctions lors d'élections anticipées en novembre dernier, assume son étiquette sociale-démocrate tout en défendant une politique digne de la droite dure, notamment en matière d'immigration.**

---

Au Danemark, la «Hygge attitude», ce principe plein de folklore s'appuyant sur l'importance de la douceur de vivre, est localement un état d'esprit. Il fait des Danois l'un des peuples les plus heureux, les plus décontractés d'Europe. Mais ce pays du bonheur est aussi dirigé par une dame de fer. Mette Frederiksen a été élue au poste de première ministre à la tête d'une coalition de gauche en 2019, en raison... de sa poigne de droite.

Durant la crise sanitaire, sa gestion avait été largement saluée car le pays était sorti de cette période avec un taux de mortalité parmi les plus faibles en Europe. Cependant, son mandat avait été empoisonné par la fameuse «affaire des visons». En novembre 2020, elle avait pris la décision extrême de faire abattre 17 millions de ces animaux pour prévenir l'apparition d'un hypothétique variant sur la base de recommandations scientifiques douteuses. Cette initiative avait considérablement coûté au pays qui était, jusque-là, le premier exportateur mondial de cette fourrure, et écorné l'image de la chef du gouvernement. Mette Frederiksen avait même reçu un blâme après une commission d'enquête parlementaire. En politique avisée, elle avait donc décidé de convoquer, en novembre dernier, des élections législatives anticipées.

Loin d'être éreintée, Mette Frederiksen a été reconduite. Avec un score de 27,5 % des voix, elle a obtenu avec sa coalition 90 sièges au Parlement, offrant à son parti social-démocrate son meilleur résultat depuis près de vingt ans. En remportant, ainsi, la majorité au Parlement, elle est ressortie de cette crise avec la confiance des citoyens.

Mais si Mette Frederiksen a su séduire et convaincre son électorat, c'est en affichant ses convictions solidement ancrées à gauche, mâtinées de postures droitières et sans complexe, notamment sur les questions migratoires. Elle ne se cache pas d'ambitionner, pour son pays, un objectif zéro réfugié, exception faite des Ukrainiens à qui elle accorde un traitement particulier. Elle durcit les conditions d'accès à la nationalité danoise, mais aussi celles des demandes d'asile, envisage de délocaliser le

traitement des dossiers des candidats à ce statut au Rwanda. Si sa rugosité est parfois critiquée, sa politique est suivie d'effets car entre 2015 et 2022, le nombre de réfugiés au Danemark a été divisé par quatre.

## Députée à 24 ans

Peu familière des milieux conservateurs, Mette Frederiksen a baigné depuis sa plus tendre enfance dans un environnement politiquement engagé à gauche. Issue de la classe moyenne, elle a grandi entre une mère enseignante et un père ouvrier typographe et militant social-démocrate. Comme une évidence, elle rejoint à l'adolescence les jeunesses socialistes et milite très activement contre l'apartheid en Afrique du Sud. À force de ténacité, elle se forge un parcours politique aussi solide que fulgurant en devenant députée à seulement 24 ans, ministre du Travail à 34 ans, ministre de la Justice à 37 ans, responsable du parti social-démocrate à 38 ans. Elle a 41 ans lorsqu'elle accède au pouvoir en 2019. Elle est alors la plus jeune première ministre de l'histoire du pays.

Véritable phénomène politique, elle veille à soigner son image de femme proche du peuple, aux goûts simples, aimant, dit-elle, manger du maquereau en boîte et des sandwichs au pâté. Elle a aussi ardemment défendu l'école publique avant que l'opinion découvre que ses deux enfants étaient scolarisés dans le privé. D'ailleurs sa situation de femme divorcée, mère de deux enfants et première ministre lui vaut d'être comparée à Birgitte Nyborg, l'héroïne de la série télévisée *Borgen* décrivant les difficultés d'une femme politique au pouvoir. Une ressemblance frappante, à la différence que celles de Mette Frederiksen sont bien réelles et n'ont rien d'une fiction.

9 août 2023 (FAZ)

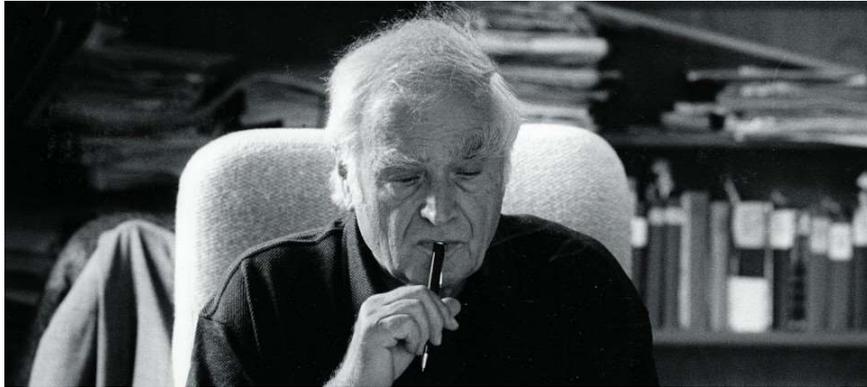
[Martin Walser über Auschwitz: Es gibt nichts mehr zu sagen \(faz.net\)](#)

MARTIN WALSER ÜBER AUSCHWITZ:

## Es gibt nichts mehr zu sagen

VON [EDO REENTS](#)

-AKTUALISIERT AM 09.08.2023-13:41



Beim Verfassen einer Sonntagsrede: Martin Walser in seinem Haus in Überlingen am 15. September 1998 Bild: Barbara Klemm

War Martin Walser ein Antisemit, wie es ihm auch nach seinem Tod vorgeworfen wird? Die lebenslange Befassung des Schriftstellers mit Auschwitz spricht klar dagegen.

Es konnte nicht ausbleiben, dass Martin Walser über das Ende seines Lebens hinaus als Antisemit oder als jemand, der den Antisemitismus befördere, bezeichnet wurde; so von Maxim [Biller](#) in der „Süddeutschen Zeitung“: „Gegen Juden hatte er sowieso immer etwas“. Nun hat er sich das auch selbst zuzuschreiben; schon deswegen, weil er seine Einlassungen zum Themenkomplex „Holocaust“ nicht als Wissenschaftler oder Sachbuchautor vortrug, sondern als Schriftsteller, die uneinholbare, buchstäblich indiskutable Subjektivität seines Standpunkts allerdings nie verhehlend. Diese Unterscheidung betrifft den Essayisten, den Redner.

Ein zweite, die Urteilsfindung nicht gerade erleichternde, kommt hinzu: [Walser](#) war in allererster Linie Romanschriftsteller, deswegen muss man, wenn man im literarischen Werk nach Belegen sucht, den Autor und den Erzähler auseinanderhalten und bei der Figurenrede durchweg Rollenprosa in Rechnung stellen.

Von diesen Unterscheidungen über weite Strecken abgesehen zu haben, ist der gravierendste Mangel der, rein was das Material betrifft, bisher gewichtigsten Studie zum Thema, der Dissertation von Matthias N. Lorenz: „Auschwitz drängt uns auf einen Fleck. Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser“. Das [Buch](#) erschien 2005, drei Jahre nach Walsers berüchtigtem Roman, über den Lorenz befindet: „„Tod eines Kritikers“ ist kein Roman, in dem Antisemitismus als Thema vorkommt oder der lediglich missverständliche Stellen hätte, sondern ein moderner antisemitischer Roman.“ Zur Skizzierung des letztlich nicht haltbaren Verfahrens von Lorenz mag es genügen, dass er fiktionale Texte als Diskussionsbeiträge liest, um in den Romanen, Erzählungen und Theaterstücken „jeweils am konkreten Text zu überprüfen, inwiefern und in welcher Form der Autor Position bezieht“. Position aber wozu?

### **Walsers Zorn auf Marcel Reich-Ranicki**

Dass „Tod eines Kritikers“ insbesondere in den die Figur des jüdischen Literaturkritikers André Ehrl-König porträtierenden Passagen antisemitische Klischees enthält, die sich einfach nicht gut machen, trifft genauso zu wie die Feststellung, dass es sich hierbei um einen Schlüsselroman handelt, in dem Walser

mit dem realen Vorbild Marcel Reich-Ranicki abrechnet. Dies tut er nun aber nicht, weil Reich-Ranicki Jude ist, sondern weil dieser ihn mehrmals und bis aufs Blut gereizt hat; die einschlägigen Kritiken, insbesondere die zum Roman „Jenseits der Liebe“ (1976), sind bekannt.

Vielleicht kann man eine Plausibilitätsannahme geltend machen: Walser hatte sich in einem Briefentwurf in Rage geschrieben und seinem Kritiker eine Ohrfeige angedroht. „Sie werden“, heißt es dort in direkter Anrede, „bitte, nicht auch noch die Geschmacklosigkeit haben, diese Ankündigung und ihre gelegentliche Ausführung als Antisemitismus zu bezeichnen.“ Seine Tagebücher aus dieser Zeit sind voll von Ranküne, aber eben auch von Verletztheit, für die er allen Grund hatte und an der zu zweifeln ungehörig wäre. Dass er sie, man darf annehmen: ziemlich ungeschminkt, 2010 veröffentlichte, deutet auf kein allzu schlechtes Gewissen hin.

Damit sind die üblen Stellen in dem viel später geschriebenen Roman natürlich nicht aus der Welt. Aber ein Werk der Fiktion, auch wenn es eine rein persönliche Rache Geschichte ist, als Beleg für den (umfassenden, grundsätzlichen) Antisemitismus seines Autors? Lorenz geht noch weiter und will zeigen, dass Walsers Antisemitismus schon im Frühwerk manifest sei, er in seinen Essays „Unser Auschwitz“ (1965) und „Auschwitz und kein Ende“ (1979) ein deutsch-nationales, das Täter-Opfer-Verhältnis stillschweigend umkehrendes Projekt betreibe. (Wolfgang Benz, der ein Nachwort zu Lorenz verfasst hat, spricht, weniger wertend, von Walsers „Ringeln um das Deutsche nach dem Holocaust“.) Und von hier aus führe eine direkte Linie zur Friedenspreis-Dankesrede in der Paulskirche 1998. Dies trifft zu, aber anders, als Lorenz meint.

Dass Walser selbst der Unterschied zwischen einem rein persönlichen, dazu unter den Bedingungen enormer Dünnhäutigkeit vorgebrachten Dichter-Bekennnis und den Ausführungen eines, sagen wir allgemein: Sachbuchautors erst im Nachhinein zu Bewusstsein kam, darauf deutet seine spätere Selbstkritik („Versagen“) hin. Unabhängig davon, ob man den Applaus, den er trotzdem oder gerade deswegen für die Friedenspreisrede bekam, nun als Bestätigung, Missverständnis oder selbst schon wieder als Indiz für Antisemitismus deutet, darf gefragt werden: Konnte jemand, der „Unser Auschwitz“ und „Auschwitz und kein Ende“ geschrieben hat, ein Antisemit sein oder danach noch werden?

## **Die Fähigkeit zu trauern**

Wie die Debatten gezeigt haben, ist das durchaus denkbar, aber extrem unwahrscheinlich. Beide Essays stellen nämlich das wahrscheinlich Subtilste und gleichzeitig Radikalste dessen dar, was ein nicht-jüdischer Deutscher zur Sache geäußert hat. Die Mitscherlichs sprachen von der „Unfähigkeit zu trauern“. Das war eine psychoanalytische, die Deutschen mit der Ausflucht ins Pathologische wenigstens im Nachhinein und, mit der unnötigen Annahme einer unbewältigten Trauer um Hitler, absehbar missverstandene, eher triviale Diagnose. Walser ging die Sache tiefer an. Sein Befund läuft auf die Unfähigkeit zu sprechen und die Fähigkeit zu trauern hinaus; und zu trauern nur dann, wenn nicht gesprochen wird. Sein Nachdenken führte ihn an den Punkt, an dem sich ihm Auschwitz nicht nur als moralisches Problem darstellte, sondern auch als erkenntnistheoretisches, welches, wenn man nur tief genug in sich hinabsteigt, letztlich nicht vermittelbar ist. Es zur Sprache zu bringen gab paradoxerweise schon seine Lösung an die Hand: Schweigen.

Das war 1965, in bis heute unbemerkter Übereinstimmung mit der Arbeitshypothese, die Claude Lanzmann seinem 1985 fertig gewordenen „Shoah“-Film gab, ihm gleichsam wie einen Mantel überhängte: Auschwitz, der Holocaust als solcher halte nicht nur zur Sprachlosigkeit an, sondern sei diese selbst schon. Ohne hier eine Beeinflussung annehmen zu wollen, lässt sich vereinfachend feststellen, Lanzmann habe das eingelöst, was Walser mit „Unser Auschwitz“ unter dem Eindruck der Frankfurter Prozesse an Möglichkeiten und vor allem Unmöglichkeiten des Umgangs mit Auschwitz skizziert hatte.

An Nietzsche geschult, formuliert Walser zunächst ein perspektivisches Problem: „Aber eine wirkliche Macht über uns können diese Kommentare, die wir dem Gedächtnisstoff jetzt begeben, nicht erringen. Deshalb sollte man sich nicht zu sehr darüber wundern, dass die Angeschuldigten oft lächeln oder fast

ironisch wirkende Antworten geben. Das ist nicht Zynismus. Sie können auch heute die Auschwitz-Realität der ‚Häftlinge‘ nicht begreifen, weil ihnen ihr Gedächtnis ein ganz anderes Auschwitz aufbewahrt hat; ihr Auschwitz nämlich, das der SS-Chargen.“

### **Nur die Opfer verlangen Gehör**

Man kann jedenfalls nicht, wie Lorenz, aus dem Essay herauspräparieren, Walser sei es schon damals nur um die Täter(-Nation) gegangen: „Auschwitz ist aber seiner ‚Häftlinge‘ wegen wichtig geworden, das an den ‚Häftlingen‘ Begangene ist der Prozessstoff und unsere nationale Schwierigkeit. Und eben von dieser Realität des Lagers wissen wir noch weniger als von der der SS-Leute. Die Situation dieser absoluten Rechtlosigkeit ist uns einfach nicht vorstellbar.“ Das ist das Dilemma, eigentlich schon eine Aporie: die Unvorstellbarkeit von Auschwitz.

Aus der Gegebenheit dieses negativen Abstraktums folgert Walser, nur den überlebenden Opfern Gehör zu schenken: „Was Auschwitz war, wissen nur die ‚Häftlinge‘. Niemand sonst. Wenn ein ehemaliger ‚Häftling‘ im Gerichtssaal nicht weitersprechen kann, wenn er Mühe hat, die ehemaligen Quäler überhaupt anzuschauen, um einen zu erkennen, wenn er wie unter Zwang Redewendungen seiner Folterer wiederholt, Sätze, zwanzig Jahre alt, auch Sätze von Gefolterten, wenn ein paar Minuten lang das Gedächtnis seinen schlimmen Stoff einfach und unverarbeitet hergibt, dann wird ein wenig von Auschwitz real.“



Martin Walser und Marcel Reich-Ranicki am Rande einer Veranstaltung des Literaturforums der Frankfurter jüdischen Gemeinde am 17. April 1996. Walser las an diesem Abend aus seinem in Wiesbaden und Frankfurt spielenden Schlüsselroman „Finks Krieg“, Reich-Ranicki sagte als Moderator, es gebe wohl keinen Schriftsteller der Gegenwart, der ihm näher stehe als Walser. :Bild: dpa

Für Lanzmann war das allemal genug, sonst hätte er dem wohl kaum neun Stunden eingeräumt. Ihnen eignet nichts eigentlich Spektakuläres. Darin, in der taktvollen Geduld beim Zuhören, liegt das Neuartige und Bedrückende. Lanzmann hat den Verzicht auf Originaldokumentation letztlich religiös begründet und deren Verwendung für Blasphemie erklärt. Walser sieht die Überforderung in der Sache selbst angelegt: „Unsere mangelnde Erfahrung und das Übermaß des Begangenen sind sicher ein Grund dafür, dass wir uns Auschwitz mit solchen Wörtern vom Halse halten. Man kapituliert einfach vor soviel ‚Unmenschlichkeit‘. Dann sammelt man Zitate nach Maßgabe der darin spürbaren Brutalität. Die Bedingungen, die diese Brutalität ermöglichten, sind viel zu farblos, viel zu sehr im Historischen, im Politischen, im Sozialen zu Hause“.

## **Der Dante-Vergleich ist fast eine Frechheit**

Vor dem Sprachgebrauch des Reißerisch-Metaphorischen schreckte Walser zurück und wies ihm, abgesehen noch von dessen letztlich exkulpatorischer Wirkung, einen Denkfehler nach: „Auschwitz mit Dantes Inferno zu vergleichen ist fast eine Frechheit, falls nicht Unwissenheit mildernd ins Feld geführt werden kann. Im Inferno werden schließlich die ‚Sünden‘ von ‚Schuldigen‘ gesühnt. Dem Inferno folgen immerhin noch Purgatorio und Paradiso. Die Menschen in Auschwitz wären grauenhaft überfragt gewesen, wenn sie einem durchwandernden Dante hätten die Sünden aufsagen sollen, um derentwillen sie da gequält wurden. Und ihrer Qual folgte lediglich die Vernichtung.“

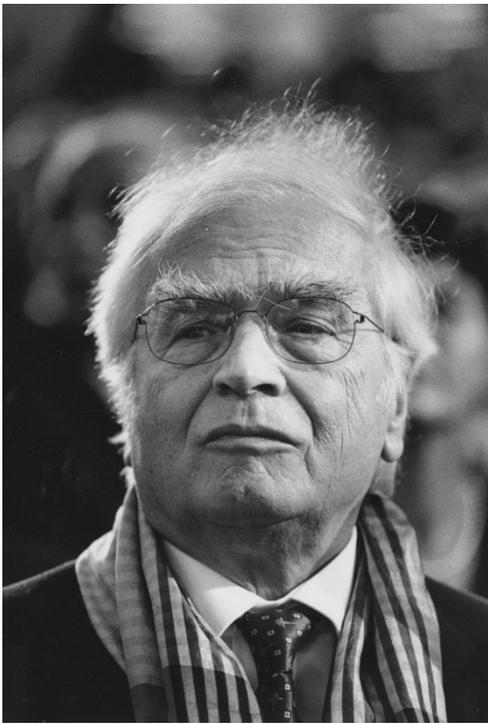
Von hier aus nimmt Walser die politische, nationale Verantwortung in den Blick: „Nun war aber Auschwitz nicht die Hölle, sondern ein deutsches Konzentrationslager. Auschwitz ist überhaupt nichts Phantastisches, sondern eine Anstalt, die der deutsche Staat mit großer Folgerichtigkeit entwickelte zur Ausbeutung und Vernichtung von Menschen.“ Das ist eine eindeutige, allerdings auch die einzig mögliche Adressierung.

Über die nationale Zugehörigkeit, über Mentalität, Sprache und Kultur, hängt, wie an ein unsichtbares Band der Verstrickung geknüpft, jeder mit drin: „Man muss leider vermuten, dass wir jenem Staat näher waren, als wir seiner Manifestation in Auschwitz gegenüber wahrhaben wollen. Oder geht mich Auschwitz überhaupt nichts an? Wenn in Auschwitz etwas Deutsches zum Ausbruch kam, was ist dann in mir das Deutsche, das dort zum Ausbruch kam?“ Schärfer kriegt er den Blick nicht gestellt. Was sich dahinter verbirgt, ist Privatsache. Erstaunlich, dass der Katholik in seiner Gewissenserforschung völlig wie ein Lutheraner redet.

## **Mutmaßlich unbewusste Nähe zu Thomas Mann**

Die Einzigartigkeit und Unsühnbarkeit des Holocaust hatte zuvor Thomas Mann am Ende des „Doktor Faustus“ und in dessen publizistischem Umfeld mit der nämlichen Grundsätzlichkeit geltend gemacht – eine Nähe, die Walser womöglich nicht bewusst war. In diesem Sinne sind der Titel und der romanhafte Anfang von „Auschwitz und kein Ende“ von 1979 zu verstehen: „Seit Auschwitz ist noch kein Tag vergangen.“ Hier finden sich schon Bausteine für seine Kultur des Wegschauens, die er 1998 in der Paulskirche dann durchdeklinieren sollte. Bis dahin richtet er sein Augenmerk auf politisch-gesellschaftliche Ursachen, Begleitfaktoren und Konsequenzen: „Diese Schuld ist unter den Bedingungen unserer Geschichte entstanden. Wir haben die ganze Geschichte geerbt. Nicht nur die Patentämter und die Staatsgalerien. Wir sind die Fortsetzung. Auch der Bedingungen, die zu Auschwitz führten.“

Zu Ende gedacht, ist damit die Unmöglichkeit einer (adäquaten) Staatsräson eingeräumt. Die Unendlichkeit der Schuld findet ihre Entsprechung in Walsers unendlichem Nachdenken darüber, welches bei einem Sprachkritiker wie ihm sich dann bald im Kreis dreht und heiß läuft: „Nicht dass wir ein Gewissen demonstrieren sollen, das wir nicht haben, aber wir sollten wenigstens zugeben: Auschwitz ist nicht zu bewältigen. Dass wir überhaupt nach all dem, was war, auf dieses Wort kamen: Bewältigung der Vergangenheit!“



Martin Walser während der Zeremonie zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche am 11. Oktober 1998. Seiner Rede gab er den Titel „Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede“. :Bild: Wolfgang Eilmes

Aus dem metaphysischen Schuldzusammenhang gibt es einen Ausweg nur über den Rekurs aufs persönliche, öffentlich nicht verhandelbare Gewissen. Das ist dann der springende Punkt der Paulskirchen-Rede, die insofern ein reines Selbstgespräch ist. Die Denkbewegung gibt es aber schon 1979. „Ich glaube“, sagt er da: „man ist Verbrecher, wenn die Gesellschaft, zu der man gehört, Verbrechen begeht. Dafür haben wir in Auschwitz ein Beispiel geliefert. Keiner kann uns sagen, wie wir mit dem Bewusstsein dieser Täterschaft umgehen sollen. Zu welchem Teil und mit welchen Folgen sich einer als zugehörig, also zurechnungsfähig betrachtet, ist seine Sache. Darüber kann es wohl keine Vorschrift geben.“

Grundsätzlich anderes sagt er auch 1998 nicht, wo er die nämliche Perspektive einnimmt, an die er nun allerdings – das war der entscheidende Fehler – von außen gewissermaßen keine Luft gelassen hat. Kritik, auch ehrabschneiderische, ließ nicht lange auf sich warten. Doch wer die alten Essays noch im Kopf hatte, konnte selbst die Aussage, die er im von Frank Schirrmacher organisierten Friedensgespräch gegenüber Ignatz Bubis tat (dass er sich mit Auschwitz schon viel länger beschäftige als dieser), nachsichtiger betrachten. So unbedacht sie gewesen sein mag – werkbiographisch war sie nicht abwegig.

### **Offensiv und skrupulös zugleich**

Der Eindruck, Walser habe 1998 einen Schlussstrich ziehen wollen, konnte deshalb aufkommen, weil die Rede, genährt durch die seit 1979 – hier ist an die amerikanische Fernsehserie „Holocaust“ zu erinnern – gewissermaßen Fahrt aufnehmende Thematisierung, so energische, offensive Züge trug, das Skrupulöse der alten Essays aber beibehielt. In „Auschwitz und kein Ende“ hieß es: „Ein einziges Bild aus einem KZ, und wir haben nichts mehr zu sagen. Oder möchte sich jemand zutrauen, uns zu erklären, wie wir, wie unsere Leute dazu kamen, so etwas zu tun?“

Der Gesprächsraum von 1998 war schon nicht mehr so leer. Walser sah oder setzte sich selbst unter Druck („Der Ausgesuchte kam sich eingengt vor, festgelegt“) und agierte anfangs vorsichtig, sarkastisch zwar, defensiv und steigerte sich dann in die umstrittenen Passagen geradezu hinein: „Von den schlimmsten Filmsequenzen aus Konzentrationslagern habe ich bestimmt schon zwanzigmal weggeschaut. Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch

deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, dass sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen. Ich möchte verstehen, warum in diesem Jahrzehnt die Vergangenheit präsentiert wird wie noch nie zuvor. Wenn ich merke, dass sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören, und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, dass öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessen dürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken. Immer guten Zwecken, ehrenwerten. Aber doch Instrumentalisierung.“

„Aber doch“: Dieser Ausdruck deutet darauf hin, dass er die seiner Ansicht nach zu geläufig gewordene Geltendmachung von Auschwitz inzwischen als Sakrileg betrachtete. Wie man daraus den Schlusstrich-Vorwurf stricken konnte, bleibt rätselhaft. Und was daran verwerflich sein soll, bei den entsprechenden Bildern wegzusehen, versteht man ebenfalls nicht. Walser stahl sich ja auch in der Paulskirche keineswegs aus der Verantwortung. Ehrlicher dürfte niemand vor dem schlechthin Unbewältigbaren kapituliert haben. Die mit Parolen wie „Gegen das Vergessen“ garnierten Transparente, mit denen Walser sich seither bei seinen Auftritten konfrontiert sah, darf man deshalb als uninformiert bezeichnen.

### **Überdruss auch am eigenen Grübeln**

Was den Literaten betrifft, so ist seine grundsätzliche Sprachskepsis in Rechnung zu stellen. In deren Licht erschien ihm sein eigenes Nachdenken allemal als skrupulös genug, seine ebenfalls frühzeitig spürbare Aversion gegen jede Art von Gedenkvorschrift hat damit zu tun. Psychologisch mag die Mutmaßung nicht abwegig sein, dass die Dauer seiner alles andere als leichtfertigen Befassung mit Auschwitz in den von spürbarem Überdruss geprägten Paulskirchenauftritt hineinwirkte und ihn seine Zuflucht bei Begriffen wie „Moralkeule“ und „Lippengebet“ nehmen ließ.

Erst damit gab er seinen Kritikern Munition für die Unterstellung, er verleite sein Publikum dazu, doch genauso zu empfinden und mit Auschwitz langsam mal abzuschließen; ja, er leiste mittelbar, gestützt auf eine schweigende, durch ihn nun befreite Mehrheit, einer anderen Staatsräson Vorschub. Doch über seine redliche Auskunft von 1979 über die Unabschließbarkeit und die absolute Heillosigkeit des Holocaust konnte er ja gar nicht mehr hinaus: „Opfer und Täter stehen immer noch auf zwei Seiten. Es gibt zu unseren Lebzeiten kein Verhältnis zu Auschwitz. Es gibt für mich keinen Standpunkt, den ich erreichen könnte, um von ihm aus dann eine feste Meinung zu haben über das, was getan wurde; oder wenigstens eine von der Seite der Opfer anerkennenswerte und auf der Seite der Täter erträgliche Empfindung.“

Vielleicht wäre es klüger gewesen, wenn Martin Walser es mit diesem Befund hätte gut sein lassen und 1998 für die vorgesehene Rededauer einfach geschwiegen hätte.

9 août 2023 (FAZ)

[Wie das heute journal im ZDF Bild und Ton manipuliert \(faz.net\)](#)

BEITRAG IM ZDF-„HEUTE JOURNAL“:

## Manipulation in Bild und Ton

VON BERND STEGEMANN

-AKTUALISIERT AM 09.08.2023-17:27



Bildsprache: aus dem „heute journal“ vom 16. Juli Bild: ZDF/Screenshot

Peter Voß erkennt bei den Öffentlich-Rechtlichen eine hohe „Skandaldichte“. Stefan Brandenburg räumt Fehler ein und weist Manipulationsverdacht zurück. Ein Beispiel aus dem „heute journal“ zeigt, wie man Dinge dreht. Ein Gastbeitrag.

Die Klagen darüber, im öffentlich-rechtlichen Fernsehen folge die politische Meinung der Redaktionen einer einseitigen Agenda, reißen nicht ab. Die jüngsten Aufregungen, dass die Aussage von [Friedrich Merz](#) „Die Grünen sind der Hauptgegner“ um den entscheidenden Nachsatz „in dieser Bundesregierung“ gekürzt wurde, oder um eine WDR-Mitarbeiterin, die in einem „Tagesschau“-Beitrag die höheren Penny-Preise gelobt hat, konnten nur darum so hochkochen, weil sie ein tief sitzendes Misstrauen bestätigt haben. Der Vorwurf lautet, dass die Redaktionen eine politische Einstellung teilen, die sich selbst als fortschrittlich bezeichne und im Parteienspektrum am ehesten den Grünen zuzuordnen ist.

### **Vorwurf der Parteilichkeit nicht gerechtfertigt?**

Der Chefredakteur Aktuelles des [WDR](#), Stefan Brandenburg, [hat in seinem Beitrag](#) in der F.A.Z. bei seiner [Erwiderung auf den früheren Intendanten des Südwestrundfunks, Peter Voß](#), selbst auf diese Schlagseite hingewiesen. Doch zugleich betont er, dass man sich dessen bewusst und darum der Vorwurf der Parteilichkeit nicht gerechtfertigt sei. Die Aufreger der jüngsten Zeit reduziert er in einer Mischung aus ehrlichem Bedauern und dem Hinweis auf menschliches Versagen als lässliche Fehler. Die Misstrauischen wird diese Rechtfertigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wenig überzeugen. Denn zwei Argumente widersprechen Brandenburgs Ausführungen.

Zum Ersten passieren solche Fehler immer nur in eine politische Richtung. Es ist noch kein AfD-Politiker unbemerkt in eine Befragung geraten, wo er seine Partei als „neutrale Stimme“ über den Klee loben konnte. Und es wurden auch noch keine Halbsätze von [Annalena Baerbock](#) „zufällig“ herausgeschnitten, um ihre Aussagen substanziell zu verändern. Gäbe es diese Fehler auf allen Seiten des politischen

Spektrums, so müsste man sich um die Qualität der Mitarbeiter sorgen, aber nicht um ihre politisch einseitige Ausrichtung.

## **Der Eindruck, manipuliert zu werden**

Das zweite Argument ist meiner Einschätzung nach aber viel entscheidender. Die Empfindung, dass mit manchen Beiträgen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk etwas nicht stimmt, teilen inzwischen viele Menschen. Und dieser Eindruck, manipuliert zu werden, folgt nicht aus einzelnen Fehlern, die man gutwillig oder böswillig interpretieren kann. Der Eindruck der Manipulation rührt von einem viel tiefer gehenden Phänomen her. Als Beispiel soll ein Beitrag der Nachrichtensendung „heute journal“ im [ZDF](#) dienen.

Am 16. Juli dieses Jahres wurde dort über die engere Zusammenarbeit zwischen der [EU](#) und Tunesien bei der Eindämmung der Migration berichtet. Man muss es so hart sagen, aber der knapp dreiminütige Beitrag ist ein Paradebeispiel für die Techniken der Manipulation, die im öffentlich-rechtlichen Rundfunk alltäglich angewendet werden. Seit den Propagandameisterwerken von Sergej Eisenstein weiß jeder Filmstudent, dass der Schnitt und die Collage der Sequenzen die Aussage bestimmen.

Die Verführungskraft des Filmschnitts besteht darin, dass die einzelnen Bilder als wahr gelten, durch ihre Reihenfolge jedoch in ihrem Inhalt verändert werden können. Das einfache Beispiel, das man in jedem Film findet, geht so: Man sieht einen Mann, der etwas anschaut, was jenseits des Bildes liegt. Im nächsten Bild sieht man eine nackte Frau. Durch diesen Schnitt wird der Blick des Mannes zu dem eines Voyeurs. Sieht man im nächsten Bild aber, wie ein Unfall passiert, wird aus dem gierigen Blick ein Ausdruck des Entsetzens. Die Umdeutung vollzieht sich unmittelbar, und das filmische Wunder besteht darin, dass wir Zuschauer äußerst willig diese Beeinflussung mitmachen.

## **Die Collage im „heute journal“**

Wie nutzt ein „heute journal“-Beitrag diese Technik der Collage? Der Bericht von Florian Neuhann und Moez Elbey beginnt mit einer Kameraeinstellung, die die trostlose Straße in einem aus Planen und Zelten notdürftig errichteten Flüchtlingslager zeigt. Eine Stimme aus dem Off beschreibt die Lage und dass nur wenige hier mit den Journalisten sprechen wollten. Einer, Mohammed, tut es dann doch, und er berichtet, dass er aus Guinea kommt und mit dem Boot nach [Europa](#) und dann nach Deutschland will. Einmal wurde seine Flucht von der Küstenwache schon verhindert, doch er wird es wieder versuchen. Bis hierher sind die Kameraeinstellungen nah an der Person, und in einer Großaufnahme der unruhigen Hände von Mohammed wird seine Anspannung fühlbar.



Nahaufnahme im „heute journal“: die Hände von Mohammed, einem Flüchtling aus Guinea :Bild: ZDF/Screenshot

Nach diesen einfühlsamen Bildern folgt ein scharfer Perspektivwechsel. Aus der Untersicht wird der Aufmarsch der EU-Vertreter gefilmt, die über den roten Teppich eines Rollfelds schreiten, als wollten sie

wie in „Independence Day“ die Welt erobern. Die Collage beider Sequenzen erzeugt eine Aussage, wie ein junger, nervöser Mann um sein Leben kämpft, während die Macht von drei weißen Politikern genau dieses verhindern will. Und tatsächlich wiederholt die Offstimme noch einmal diesen Inhalt. Zu den Bildern von Mohammed spricht sie „Er will es wieder versuchen“ und leitet damit zu den Bildern vom roten Teppich über – „und sie wollen es verhindern“. Ein Kinotrailer aus dem Filmgenre David gegen Goliath hätte ähnliche Bilder finden können.

### **Das „Team Europa“ wird von unten gefilmt**

Nun wird das „Team Europa“ in den üblichen Einstellungen gezeigt, mit denen Staatsbesuche illustriert werden. Schon Enzensberger schrieb in seiner Fernsehkritik aus den 1960er-Jahren, wie viel Sendeminuten man doch gewänne, zeigte man nicht jedes Treffen von Staatsoberhäuptern mit vorfahrenden Limousinen, Händeschütteln und Treppenbesteigungen. In diesem Fall erfüllt das Ritual der Annäherung jedoch den Zweck, die prächtige Welt der Macht gegenüber der Welt der Ohnmacht zu betonen. Diese Sequenz endet mit den Einlassungen von [Giorgia Meloni](#) bei der Pressekonferenz nach der Vertragsunterzeichnung.

Dass die rechtspopulistische Politikerin die Einzige ist, die an dieser Stelle zu Wort kommt, und nicht [Ursula von der Leyen](#) oder Mark Rutte, die ebenfalls zum Team Europa gehören, bestätigt die bisherige Wertung: Migration steuern zu wollen ist rechte Unheilspolitik. Und als wäre die Parteinahme nicht deutlich genug, werden Melonis Worte durch die nachfolgenden Bilder moralisch disqualifiziert. Es wird ein überfülltes Flüchtlingsboot gezeigt, das mit den Worten unterlegt ist, „Europa hat ein Problem. Steigende Flüchtlingszahlen, Druck von rechts in jedem Land.“

### **Von der Leyens Aussage wird als „Floskel“ gerahmt**

In dieser Sequenz folgt ein Wechsel von Bildern mit erschöpften Flüchtlingen, die um eine Flasche Wasser bitten, und einer lachenden Ursula von der Leyen, die in einem prunkvollen Raum am Verhandlungstisch mit dem tunesischen Präsidenten Saïed sitzt. Nachdem die Offstimme Saïed als Diktator bezeichnet hat, wird eine Expertin in Deutschland dazu befragt. Diese bestätigt noch mal das zuvor Gesagte, indem sie Saïed als Rassisten und Diktator beschreibt.

Nach dieser Einordnung, die als neutral gelten soll, da sie von einer Expertin stammt, springt der Beitrag wieder zurück nach Tunesien. Hier verändert sich nun der Bildausschnitt. Die Bilder wurden offensichtlich von einer wackeligen Handykamera aufgenommen und zeigen, wie erschöpfte Menschen mit Wunden an Händen und Füßen an der Grenze von Tunesien und Libyen ausgesetzt wurden. Die Offstimme kommentiert diese Bilder mit den Worten „Die EU drückt beide Augen zu“, um dabei zurück zur Pressekonferenz zu springen. Von der Leyen wird mit einigen Worten gezeigt, die jedoch von der Offstimme zuvor als „Floskel“ gerahmt worden sind. Das letzte Wort hat dann der tunesische „Diktator“, der davon spricht, dass man an einer Zukunft arbeite, in der jeder Mensch seine Träume erreichen könne. Danach kehrt der Beitrag zurück ins Flüchtlingslager, um sein Resümee zu sprechen: „Sollten sie im Lager irgendwann davon erfahren, es dürfte sich wie Hohn anhören.“

Es mag einen journalistischen Standard geben, nach dem in diesem Bericht alles in schönster Ordnung ist. Jedes Bild ist echt, die Einordnung von Saïed wird von einer Expertin belegt, und die Flüchtlinge werden in ihrem realen Elend gezeigt. Nichts ist inszeniert, kein ZDF-Mitarbeiter hat sich verkleidet, um eine Rolle zu spielen. Doch vielleicht konnte die kurze Beschreibung der Collage sichtbar machen, dass die Manipulation nicht auf dieser offensichtlichen Ebene der Inszenierung passiert. In der Reihenfolge der Szenen steckt die Botschaft. Dass der Bericht mit den Flüchtlingen beginnt und mit ihnen aufhört, gibt ihnen das erste und das letzte Wort. Alle Bemühungen des Teams EU bekommen hierdurch einen brutalen Charakter. Die Bilder suggerieren, dass die EU blind ist für das Elend, sich von der rechten Giorgia Meloni treiben lässt und lieber mit einem Diktator paktiert, als den Flüchtlingen zu helfen.

## **Das filmische Argument**

Wer zu den Versuchen der EU, dem wachsenden Migrationsdruck entgegenzutreten, eine neutrale Haltung hat, der fühlt sich von diesem Beitrag manipuliert. Denn seine Botschaft ist: An den Bemühungen der EU ist nicht nur nichts richtig, sondern sie sind im Kern böse. Das filmische Argument hierfür sind die Bilder des Flüchtlingsleids und die Art ihrer Collage mit den Bildern der Politiker.

Um die Dimension dieser Tendenz zu ermessen, stelle man sich einmal einen entsprechenden Beitrag über das Heizungsgesetz vor. Dieser Beitrag würde mit einem alten Ehepaar beginnen, das frierend in einem ärmlichen Haus mit einer alten Heizung sitzt. Nun marschieren in Berlin die Politiker der Grünen auf und predigen aus ihren warmen Regierungspalästen, dass es nun ein Ende mit dem schmutzigen Heizen hat. Eingebildet wird ein Experte, der über die Vetternwirtschaft im grünen Wirtschaftsministerium spricht. Und am Ende des Beitrags sieht man das alte Paar, wie es seine Habseligkeiten zusammenpackt und das Haus verlassen muss, weil es sich die neue Heizung nicht leisten kann.

Wer hier die Manipulation sofort erkennt, der sollte sich bei dem „heute journal“-Beitrag über den Migrationspakt nicht dumm stellen. Genau diese Mittel werden dort verwendet. Und dass diese Mittel von jedem empfunden werden, gehört zur Macht der Bilder. Wer die politische Stoßrichtung begrüßt, mag die Manipulation für nebensächlich oder sogar richtig halten, doch wer mit der Aussage hadert, dem stoßen die Versuche der unterschweligen Beeinflussung übel auf.

Aus diesem Grund interessiert mich, wie offensiv in den Redaktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über den Einsatz dieser Mittel diskutiert wird. Eine ehrliche Antwort auf diese Frage könnte dem Image der Sender helfen. Eine Beschwichtigung, dass es alles nur Einzelfälle seien, die als menschliche Fehler zu erklären sind, geht an der Dimension des Problems vorbei. Denn dass die raffinierte Collage des „heute journals“ aus Zufall entstanden ist, das glaubt wohl selbst ein Chefredakteur nicht.

*Bernd Stegemann ist Professor für Dramaturgie an der HfS Ernst Busch in Berlin und Autor politischer Sachbücher. Im August erscheint „Identitätspolitik“ im Verlag Matthes & Seitz.*

9 août 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/series-d-ete/article/2023/08/03/peut-on-etre-amis-quand-on-ne-partage-pas-les-memes-idees\\_6184292\\_3451060.html](https://www.lemonde.fr/series-d-ete/article/2023/08/03/peut-on-etre-amis-quand-on-ne-partage-pas-les-memes-idees_6184292_3451060.html)

## Peut-on être amis quand on n'a pas les mêmes idées ?

Par [Marion Dupont](#) Publié le 03 août 2023 à 05h30, modifié le 03 août 2023 à 16h47

Décryptage « Les métamorphoses de l'amitié » (4/6). Les relations amicales peuvent-elles survivre au dissensus ? Si la bienveillance envers les idées de ses amis est importante, les désaccords peuvent provoquer des difficultés de communication.

Ce n'est presque rien, un grain de sable dans une machine autrefois si bien huilée. Soudain, de minimes points de friction sont apparus entre vous et vos amis, symptômes d'une divergence d'opinions. Il y eut d'abord un désaccord mineur sur le lieu des prochaines vacances (prendre l'avion pour rester au bord d'une piscine est-il bien nécessaire ?) ; puis une escarmouche à la suite d'une blague aux accents sexistes. Rien qui ne puisse faire l'objet d'une discussion apaisée entre adultes ; rien qui ne mette en danger une amitié.

Mais, dans l'interstice creusé par le désaccord entre les camarades, un doute s'est logé. Peut-on vraiment être ami avec quelqu'un qui ne partage pas nos idées ? Si, dans la fiction, les tandems contrastés ont du succès, de Sherlock Holmes et le docteur Watson à Astérix et Obélix, qu'en est-il dans la réalité, lorsque des divergences dans les valeurs et dans les idées se font jour ?

Tout dépend, semble-t-il, de si l'on s'intéresse aux discours ou aux pratiques. En matière de religion, par exemple, l'inimitié entre croyants de cultes différents a longtemps été la règle, officielle ou officieuse. Aurélie Prévost, docteure en histoire, a notamment étudié cette question pour le XVI<sup>e</sup> siècle, alors que les guerres de religion battent leur plein. « *Aux yeux des religieux de l'époque moderne, l'amitié doit être conforme à la raison et à la religion ; si le protestantisme s'est étendu, c'est selon eux à cause de l'existence de mauvaises amitiés. Un catholique ne peut agir contre Dieu, même au nom de l'amitié* », souligne l'historienne.

### « Amitié voisinale »

Il s'agit cependant là d'un interdit de principe : « *Même pendant la période des guerres de religion, la différence religieuse n'est pas systématiquement vue comme une barrière empêchant les liens sociaux. Comme, dans les faits, il n'y a pas de ségrégation professionnelle ou spatiale stricte, des amitiés peuvent naître entre protestants et catholiques* », nuance Aurélie Prévost. Les liens de sociabilité prévalent ainsi parfois sur le sentiment religieux ; c'est l'idée d'« *amitié voisinale* » (une amitié entre voisins).

Quelques siècles plus tard, cette tolérance est devenue la norme, et les Français figurent parmi les Européens qui se déclarent les moins regardants quant aux convictions religieuses de leur partenaire ou de leurs amis. Ce discours est en partie dû au processus de sécularisation très avancé en France, et à l'importance de la laïcité dans le système de valeurs français.

Une telle bienveillance envers les opinions de ses amis s'étend d'ailleurs au domaine politique, note la sociologue Anne Muxel, directrice de recherche au Centre de recherches politiques de Sciences Po (CNRS/Sciences Po). Dans l'enquête « *Amour, famille et politique* », qu'elle a coordonnée en 2011, seules 30 % des personnes interrogées considéraient comme important de partager les mêmes opinions politiques que leurs proches pour construire « *une relation vraie et durable* ». Les idées politiques arrivaient ainsi loin derrière les valeurs morales, les principes éducatifs ou les goûts culturels, jugés plus cruciaux par les sondés. « *Du point de vue des normes et des représentations, nous assistons à une démocratisation de l'intime*, note la sociologue. *C'est-à-dire que le processus d'individualisation à l'œuvre dans nos sociétés a renforcé l'application de la norme démocratique, qui suppose le respect des différences et du pluralisme des opinions, à l'intime.* »

### Souffrance psychologique

Pour autant, là encore, l'écart entre les principes et la réalité est grand. « *Si, d'un point de vue normatif, l'idée prévaut que l'on doit accepter et respecter les désaccords et que c'est même louable, ils sont difficiles à supporter dans la réalité des interactions affectives* », souligne Anne Muxel. La dissension politique peut effectivement mener au conflit et engendrer des difficultés de communication entre amis, voire une souffrance psychologique. Résultat, une majorité d'individus (61 %) déclare dans la même enquête préférer une discussion politique avec « *quelqu'un qui a plutôt les mêmes idées* » que lui, et 70 % des personnes interrogées indiquent fréquenter des amis du même bord politique qu'elles. Au sein des relations affinitaires comme le couple ou l'amitié, « *l'homogamie politique reste le modèle que l'on préfère, et c'est d'ailleurs le modèle majoritaire* », remarque l'autrice de *Toi, moi et la politique. Amour et convictions* (Seuil, 2008).

Cet écart entre les discours et les pratiques n'est d'ailleurs pas le même partout : selon les travaux d'Anne Muxel, l'intolérance aux opinions différentes des proches est par exemple plus grande dans les milieux de gauche que dans les milieux de droite. Une divergence qui s'explique en partie par leurs systèmes de valeurs, analyse-t-elle : « *La gauche porte un projet d'émancipation des individus et de transformation de la société : pour mener à bien ce projet, il faut être plusieurs, et donc fréquenter des personnes qui partagent vos choix.* »

Et du côté des savants, peut-on rester amis malgré les désaccords ? Dans l'histoire des sciences, les anecdotes de savants restés bons amis malgré un dissensus scientifique profond sont aussi nombreuses que les récits de ruptures amicales tonitruantes entre intellectuels. Béatrice Cherrier et Cléo Chassonnery-Zaïgouche, historiennes de l'économie rattachées pour l'une au CNRS et pour l'autre à l'université de Bologne, se sont notamment penchées sur cette question pour tenter d'appréhender ce que l'amitié fait à la science.

## Débusquer les oppressions

A ce titre, l'exemple de l'amitié qui a uni Thomas Malthus et David Ricardo au XIX<sup>e</sup> siècle leur paraît significatif. Les deux économistes ont en effet entretenu une étroite relation amicale malgré un désaccord théorique durable autour des *corn laws* – les droits de douane sur le blé étranger, sujet de la plus haute importance pour les théoriciens de l'époque puisque l'enjeu est ni plus ni moins de nourrir le Royaume-Uni. « *Les historiens considèrent souvent aujourd'hui que ce désaccord dans l'amitié les a mutuellement poussés à exposer respectueusement leurs arguments, à prendre au sérieux leurs arguments respectifs, et à raffiner leurs propres théories. Leurs discussions privées comme le débat public y auraient gagné en qualité* », souligne Béatrice Cherrier.

S'apprécier pour mieux penser ? L'idée est séduisante, mais, là encore, cette croyance dans les bienfaits des relations amicales pour la recherche du vrai n'est pas universellement partagée. Prenant pour exemple le séminaire d'économie de l'université de Chicago fondé par Milton Friedman (1912-2006), figure emblématique du libéralisme, Béatrice Cherrier rappelle que ce lieu est célèbre pour sa violence : « *L'idée y régnait qu'une bonne théorie n'émergerait que dans la compétition et l'adversité : tous les moyens étaient bons pour éprouver, voire détruire, les modèles des autres et ainsi tester leur résistance* », favorisant ainsi l'instauration d'une ambiance parfois plus délétère qu'amicale entre collègues.

La question de la compatibilité entre les affects et les idées est en tout cas d'actualité. Les luttes féministes, antiracistes ou encore écologistes du XXI<sup>e</sup> siècle se mènent précisément sur le terrain de la sociabilité : en passant les interactions et les modes de vie au crible des combats actuels, il s'agit de débusquer les mauvais réflexes et les oppressions lovés au cœur des relations les plus intimes. Claire Bidart, sociologue et autrice de *L'Amitié, un lien social* (La Découverte, 1997), tempère pourtant l'influence des divergences d'idées sur les ruptures d'amitié. Celles-ci interviennent, rappelle-t-elle, bien plus souvent après des changements dans le cycle de vie des deux amis qui les « *éloignent* » l'un de l'autre sur le plan social : l'entrée dans la vie professionnelle quand l'autre reste étudiant, la naissance d'un enfant quand l'autre est encore célibataire, ou encore un déménagement – souvent évoqué comme excuse, car bien des amis restent liés à distance.

9 août 2023 (FAZ)

[Ukraine-Krieg: Ben Hodges fordert Raketen für Kiew \(faz.net\)](#)

GENERAL A. D. BEN HODGES:

„Das ist ein Versagen“

VON [MORTEN FREIDEL](#)

-AKTUALISIERT AM 05.08.2023-10:01



Die Besatzung eines ukrainischen Panzers in einem Waldstück in der Nähe der Front (Aufnahme von Anfang Juli 2023) Bild: EPA

Der ehemalige Oberbefehlshaber der US-Armee in Europa, Ben Hodges, geht mit den Unterstützern der Ukraine hart ins Gericht. Der Westen müsse sagen, dass er einen Sieg der Ukraine wolle. Hodges fordert die Lieferung von Raketen.

Herr General, ist die ukrainische Gegenoffensive gescheitert?

Nein, die Gegenoffensive ist nicht gescheitert, aber sie ist eindeutig nicht so schnell vorangekommen, wie man es sich gewünscht hätte.

Warum ist das so?

Der Westen hat den Ukrainern nicht die Waffen geliefert, die sie brauchen. Sie müssen ohne nennenswerte Luftstreitkräfte und ohne Kurzstrecken-Präzisionswaffen wie etwa ATACMS kämpfen. Ohne die würden wir niemals einen amerikanischen oder deutschen Soldaten in einen Kampf gegen solche Verteidigungsanlagen schicken.

Viele Beobachter erwarteten einen Durchbruch im Süden der [Ukraine](#), in Richtung Melitopol. Aber für Monate hat die ukrainische Armee nur kleine Fortschritte dort gemacht. Was ist das Problem?

Das Problem ist, dass der Westen, angeführt von den USA und Deutschland, nie gesagt hat, dass unser Ziel ein ukrainischer Sieg ist. Und weil wir uns nicht verpflichtet haben, der Ukraine zum Sieg zu verhelfen, haben wir zu wenig geliefert. Eben solche Kurzstreckenraketen, mit denen man Stützpunkte und logistische Knotenpunkte angreifen kann und die Krim unhaltbar machen kann für die russische Marine.

Also hat die ukrainische Armee gar keine Fehler gemacht bei ihrer Offensive?

Natürlich haben Kommandeure auch Fehler gemacht. So etwas passiert. Die fehlenden Waffen sind aber wichtiger.

Die Ukraine hat vor allem unerfahrene Soldaten an westlichen Waffen und Panzern trainiert statt ihre erfahrensten und im Kampf geschulten Soldaten. War das ein Fehler?

Nein. Versetzen Sie sich mal in die Lage des Oberkommandierenden Walerij Saluschnyj. Er steckt mitten in einem existenziellen Krieg. Er muss ständig Kompromisse machen. Er muss sich fragen: Wie können wir unsere Linien halten, weiter Druck auf die Russen ausüben und trotzdem zehn, elf, zwölf neue Brigaden aufbauen, die mit westlichen Panzern ausgestattet sind? Das ist eine ungeheuer schwierige Aufgabe, die er noch dazu in kürzester Zeit bewältigen musste.

Viele rechneten mit einem Kampf der verbundenen Waffen: Panzer sollten vorrücken, unterstützt von Infanterie und aus der Luft, und so einen Durchbruch erreichen. War diese Annahme zu optimistisch?

Das würde ich so nicht sagen. Der Westen hat doch wiederholt die Fähigkeiten der ukrainischen Armee unterschätzt. Natürlich versucht sie, ihre Vorstöße zu koordinieren und alles einzusetzen, was sie hat, um eine örtliche Überlegenheit zu erreichen, aber die Soldaten müssen sich an die Bedingungen vor Ort anpassen. Und die zahlreichen Landminen, auf die sie gestoßen sind, haben alles viel schwerer gemacht. Noch schwerer wird die Sache dadurch, dass Soldaten von der russischen Artillerie beschossen werden, während sie die Minen räumen.

Sind die Ukrainer wirklich in der Lage, den Kampf der verbundenen Waffen in größerem Umfang zu führen?

Das Ausmaß der Herausforderung ist doch das eigentliche Problem. Und natürlich sind die Russen nicht dumm. Sie haben ausgenutzt, dass wir Monate gebraucht haben, um die Ukraine mit Waffen zu beliefern. Sie haben ihre Verteidigungsstellungen ausgebaut. Denken Sie nur mal an die amerikanischen Operationen „Desert Shield“ oder „Desert Storm“. Bevor wir irgendeinen Soldaten losschickten, haben Kampfflugzeuge die irakischen Artilleriestellungen, Stützpunkte und logistischen Knotenpunkte in Grund und Boden gebombt. Die Ukrainer können das nicht tun.



Generalleutnant a.D. Ben Hodges. :Bild: Foto Felix Schmitt

Sind einige Offiziere der Ukraine vielleicht noch zu sehr der sowjetischen Militärdoktrin verhaftet, mit strengen Hierarchien und unflexiblen Entscheidungsstrukturen?

Das sehe ich komplett anders. General Saluschnyj hat von Beginn an sehr bewusst alle Offiziere ausgetauscht, die nicht in der Lage oder willens waren, sich einer flexibleren Kampfweise anzupassen. Natürlich wird es Offiziere geben, die etwas risikoscheu sind oder was auch immer. Die gibt es auch in der amerikanischen Armee und in der Bundeswehr. Aber die Kultur, die im ukrainischen Militär herrscht, ist eine völlig andere als noch zu Sowjetzeiten.

Sie haben gerade gesagt, dass der Westen dazu tendierte, die Ukrainer zu unterschätzen. Passiert jetzt vielleicht das Gegenteil? Hat die Öffentlichkeit die Ukrainer überschätzt, nach all den Erfolgen im vergangenen Jahr und zu viel von ihnen erwartet?

Ja, da ist etwas dran. Und es gibt natürlich einen großen Unterschied zwischen Verteidigung und Angriff. Die Russen haben katastrophal gekämpft, als sie die Angreifer waren, sie kämpfen aber wesentlich besser, seit sie sich verteidigen. Die Alliierten haben sich auf die Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 zwei Jahre lang vorbereitet. Anschließend saßen sie fest. Sie brauchten fast zwei Monate, um endlich aus dem Belagerungsring auszubrechen, und das gelang ihnen nur, weil sie die Lufthoheit hatten. Trotzdem verloren die Alliierten dabei Zehntausende Soldaten, Hunderte von Offizieren und Unteroffizieren. Wir sollten nicht annehmen, dass die Ukraine grundsätzlich etwas falsch macht. Was sie tut, ist einfach sehr schwierig.

Die Hoffnungen der Ukraine liegen nun auf amerikanischen Kampfflugzeugen wie der F-16, mit denen sie die Lufthoheit erringen will, zumindest an den Stellen, an denen sie angreift. Aber selbst wenn die Amerikaner nun schnell ukrainische Soldaten daran ausbilden sollten, würde es doch lange dauern, bis diese Flugzeuge einen Unterschied machten, oder?

Ja, das stimmt. Es ist ein Unterschied, so ein Kampfflugzeug zu fliegen oder es zielgenau zur Unterstützung von Bodentruppen einzusetzen. Dafür müssen sie zum Beispiel in der Lage sein, einen Piloten auch aus dem besetzten Gebiet wieder rauszuholen, falls er abgeschossen wird. Selbst wenn wir heute damit anfangen würden, die ukrainischen Piloten an den F-16 zu schulen, und ich hoffe, wir fangen heute damit an, wird es der Ukraine frühestens in vier oder fünf Monaten helfen.

Deutschland hat monatelang gezögert, der Ukraine schlagkräftige Waffen zu liefern. Zu lange?

Deutschland ist der zweitwichtigste Unterstützer der Ukraine, das sollte man nicht ausblenden. Aber es ist wahr, dass es mehr tun sollte. Ich denke, die deutsche Regierung versteckt sich hinter uns, weil wir Amerikaner auch keine ballistischen Kurzstreckenraketen liefern. Das ist das Resultat einer Regierung, die nicht willens oder in der Lage ist zu sagen, dass sie der Ukraine zum Sieg verhelfen will. Es fällt aber in die Verantwortung jeder zivilen Regierung, zu sagen, was das Ergebnis eines militärischen Engagements sein soll. Sobald sie das tut, fallen alle Ausreden weg, und dann werden sofort die Waffen geliefert, die nötig sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Warum wird dieses Ziel nicht klar benannt?

Ich denke, die Biden-Regierung ist übermäßig besorgt, dass [Russland](#) den Krieg mit Atomwaffen eskalieren könnte, wenn sich abzeichnet, dass es die Krim verlieren könnte. Selbstverständlich will keiner so eine Eskalation. Aber ich fürchte, die amerikanische Regierung denkt in einer Absolutheit darüber nach, die sie zögern lässt. Zweitens sind sie in Washington vielleicht besorgt über die Folgen, sollte Putin gestürzt werden. Drittens hat Präsident Biden immer wieder betont, dass ihm der Zusammenhalt unter den Verbündeten wichtig ist. All das führt dazu, dass er nicht klar benennt, was das Ziel ist. Das ist ein Versagen. Es ist ein großer Fehler, trotz all der guten Dinge, die diese Regierung getan hat.

Ist das eine Art Selbstabschreckung?

Ja, genau das ist es: Selbstabschreckung.

Wie kann der Westen aus dieser Situation lernen?

Ich höre mich vielleicht an, als hätte ich einen Sprung in der Platte, aber wir sollten alte Fehler nicht wiederholen. Unsere Soldaten waren zwanzig Jahre lang in Afghanistan. Wir hatten nur das erste Jahr nach der Invasion ein klares Ziel. Wir haben zwei Billionen Dollar ausgegeben und Tausende von Soldaten verloren. Es endete im Desaster.

Welche Waffen brauchen die Ukrainer jetzt am dringendsten?

Sie könnten etwa die schon erwähnten Kurzstreckenraketen gebrauchen. Die reichen 300 Kilometer weit. Odessa ist genau 300 Kilometer von Sewastopol entfernt. Wenn die Ukraine diese [Raketen](#) hätte,

würde die russische Schwarzmeerflotte längst von der Krim abgezogen sein. Ein anderes Waffensystem, das wir liefern könnten, sind Grey-Eagle-Drohnen, die 25 Stunden in der Luft kreisen und Hellfire-Raketen abschießen können. Ein drittes System ist die „Ground launched small diameter bomb“. Der Name klingt nicht besonders aussagekräftig, aber es hat eine hohe Reichweite und ist äußerst präzise.

In Deutschland fordern immer mehr angesichts der schleppenden Erfolge der Ukraine einen Waffenstillstand und Verhandlungen mit Russland. Was sagen Sie dazu?

Ich bin sicher, dass es all diese Leute nur gut meinen. Aber sie sollten sich Karten und Geschichtsbücher anschauen und sich fragen, was sie da genau fordern. Die Krim ist das entscheidende Landstück in diesem Krieg. Solange Russland sie besetzt hält, kann es alle ukrainischen Häfen blockieren. Selbst wenn Mariupol und Berdjansk befreit würden, könnten die Ukrainer mit diesen Häfen niemals etwas anfangen, solange die Krim besetzt ist. Und zwar, weil die Russen das Asowsche Meer blockieren. Die drei anderen großen Häfen, Odessa, Cherson und Mykolajiw, können von der russischen Marine und Luftwaffe ständig angegriffen werden. So werden die Ukrainer niemals ihre Wirtschaft wiederaufbauen können. Das bedeutet, dass fünf Millionen ukrainische Flüchtlinge vor allem in Polen und Deutschland nicht zurückkehren können und im Zweifel noch mehr kommen. Jeder, der sagt: ‚Liebe Ukrainer, die Krim müsst ihr wohl abtreten‘ hat keine Ahnung von Wirtschaft und Geographie. Ich würde diese Leute gerne fragen: ‚Warum gebt ihr nicht einfach Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern auf?‘ Das würde Deutschland niemals tun, aber genau das verlangen wir von der Ukraine. Es gibt auch keine Garantie, dass Russland sich an irgendeinen Friedensschluss halten würde, solange man es nicht dazu zwingt. So war es bisher immer. Bismarck hat einmal gesagt, dass kein Vertrag mit Russland das Papier wert ist, auf dem er geschrieben steht. Es wäre naiv, zu glauben, dass sich das ausgerechnet jetzt ändert.